Städt. Bücherei Lesehalle Dresden

Nr. 58 Donnerstag, 10. März 1921 28. Jahrgang.

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telephon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Ausdehnung der Besetzung im Ruhrgebiet.

Hamborn, 9. März. Die Meldung von der **Besetzung Hamborns und des Kohlenhafens der August Thyssenschen Hütte Swelgern ist zutreffend.** Es ist eine Kompanie belgischer Radfahrer und eine Eskadron belgischer Kavallerie eingerückt. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen. Der Belagerungszustand ist soeben erklärt worden. Die Schutzpolizei ist bisher nicht entwaffnet worden. Man erwartet für morgen den **Einmarsch größerer Truppenmassen.** Es geht das Gerücht, daß man die Absicht habe, **auch Oberhausen zu besetzen.** In Duisburg liegen sieben Kompanien Franzosen und fünf Kompanien Belgier sowie eine Fliegerstaffel.

Um die Regierungsbildung in Preußen und Reich.

Die Stinnespartei will an die Macht.

Berlin, 10. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Interessanteste an der politischen Situation ist die Tatsache, daß im Zusammenhang mit der **Neubildung der Regierung in Preußen** von deutschnationaler Seite auch die **Neubildung der Regierung im Reich** in die Debatte gezogen wird. Die gestrigen Abendblätter der Rechtspresse bringen die **schärfsten Angriffe** auf den Reichsminister **Simons** und das Tageblatt weist mit Recht darauf hin, daß die Deutsche Tageszeitung in derselben Nummer, in der sie sich über den Vorwärts beklagt, weil er an Simons eine gewisse Kritik geübt habe, gleichzeitig eine **Meldung aus München** wiedergibt, in der es heißt, **die Deutsche Volkspartei** glaube die **weitere** Belastung ihres Namens durch Simons **nicht vertreten zu können.** Es wird weiter bekannt, daß in der **Sitzung der Sachverständigen,** die vorgestern in Berlin stattgefunden hat, Herr **Stinnes den schärfsten Vorstoß gegen den Minister Simons** unternommen hat. Die Deutschnationalen versuchen also, durch den Sturz des Ministers Simons ihren Eintritt in die Koalition im Reich vorzubereiten. Sie stoßen dabei vor allem auf den **Widerstand des Ministers Wirth.** Minister Wirth ist bekanntlich vom ersten Tage der Londoner Verhandlungen an ein Gegner des Ministers Simons gewesen. Er hat auch heute noch **andere Vorschläge in Vorbereitung,** von denen er hofft, daß sie den **Gegenstand weiterer Verhandlungen** bilden werden. Minister Wirth treibt seine Politik in der Hauptsache durch das Berliner Zentrumsorgan, die Germania. Die Deutsche Tageszeitung schreibt nun heute: „Gewisse Kreise, zu deren Sprecher sich **die Germania** macht und hinter denen man mit greifbarer Deutlichkeit den Schatten Erzbergers auftauchen sieht haben im Sinn, **die bisherige Koalition in Preußen beizubehalten.** Die Germania macht gerade in ihrer gestrigen Abendausgabe noch einen besonders bezeichnenden Versuch, es zum offenen Bruch mit den Deutschnationalen zu treiben." Die Deutschnationale Partei wird also, wenn sie zur Regierung gelangen will, nicht nur den Minister Simons, sondern auch den Schatten Erzbergers, den Minister Wirth, beseitigen müssen. Immerhin beginnt sie die heftigsten Anstrengungen zu machen. Die deutschnationale Fraktion des preußischen Landtages hat, wie die Deutsche Tageszeitung mitteilt, in ihrer ersten Sitzung am 9. März sich eingehend mit der politischen Lage, insbesondere mit der Regierungsbildung, beschäftigt. Da die Mehrheitssozialdemokraten sich der Bildung einer, gegen den Druck des Feindbundes gerichteten Notkoalition im Reiche und in Preußen versagt haben, hat die **deutschnationale Landtagsfraktion** nunmehr an die Fraktionen der **Deutschen Volkspartei und der Deutsch-demokratischen Partei die Aufforderung gerichtet,** alsbald **in** Besprechungen über die **Herstellung einer gemeinsamen Regierungsgrundlage für Preußen** einzutreten.

Der Vorwärts schreibt über die Regierungsbildung in Preußen: „Die alten Koalitionsparteien des preußischen Landtages traten am Mittwoch um 7 Uhr zu erneuten Besprechungen über die Bildung der preußischen Regierung zusammen. Die Sozialdemokraten, vertreten durch Siering, Limbertz und Heilmann gaben die Erklärung ab, daß sie eine **Koalition mit der Deutschen Volkspartei ablehnen,** umgekehrt erklärte das **Zentrum,** daß es eine neue Regierungskoalition in Preußen **nur unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei schließen wird.** Die **Demokraten** empfehlen, daß die beiden Parteien zunächst einmal die **Deutsche Volkspartei fragen,** unter welchen Bedingungen und mit welchen Grundsätzen sie in die preußische Regierung eintreten will. Die Sozialdemokraten erwiderten, daß die Deutsche Volkspartei die Beantwortung dieser Frage mit Recht ablehnen werde, nachdem ohnedies feststehe, daß die Sozialdemokraten eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei in Preußen nicht schließen würden. Es **wurde daher festgestellt, daß vorläufig eine Einigung über die Regierungsbildung nicht in Aussicht stehe,** der Landtag **wird sich darauf** beschränken müssen, sein Präsidium zu wählen und die Frage **der Regierungsbildung bis nach Ostern zu vertagen.** Inzwischen müßten die bisherigen Minister und parlamentarischen Staatssekretäre ihre Aemter fortführen. Zugleich seien die bisherigen **Koalitionsparteien bereit, in** Verhandlungen über die **Regierungsbildung mit anderen Parteien einzutreten.**

Die internationale Front der Sozialisten.

Die Lockpfeifen der nationalen Rattenfänger ertönen auf beiden Seiten des Rheins und der Nordsee. Der Ruf nach der nationalen Einheitsfront geht um, die deutschen Kapitalisten wollen wieder einmal an dem Diktat der Entente beweisen, daß die deutschen Proletarier sich ihrer Führung zum Kampf gegen den Imperialismus des Westens anvertrauen müssen, während in Frankreich und England die Bourgeoisie dem Proletariat von dem gemeinsamen Interesse erzählt, das beide Klassen daran haben müßten, Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden zu zwingen. Ueberall dient der Konflikt zwischen den Machthabern der Entente und Deutschland dazu, das nationalistische Feuer aufs neue zu entzünden, und also die Kapitalistenherrschaft neu zu stärken. Die Stinnes und Konsorten aller Länder wollen bei diesem Krieg ohne Waffen ebenso ihren Kriegsgewinn machen wie bei der furchtbaren Blutkatastrophe der Jahre 1914—1918. Die deutsche Bourgeoisie, die mit Entsetzen sieht, daß ihr die Entente das Erstgeburtsrecht auf die Ausbeutung des deutschen Proletariats streitig macht, will aus diesem Malheur wenigstens soviel Gutes für sich herausschlagen als noch möglich ist. Sie wird die wirtschaftlichen Maßnahmen der Sieger, wie die weitere Besetzung deutschen Gebietes als Vorwand benutzen, um jegliche wirtschaftliche Reform in der Richtung der Sozialisierung zu sabotieren, für unmöglich zu erklären. Sie wird sich damit nicht begnügen, sondern wird versuchen, die winzigen wirtschaftlichen Eroberungen des Proletariats, wie den Achtstundentag, die Arbeitslosenunterstützung, die Demobilmachungsbestimmungen zu zertrümmern, wie sie ja schon die Verhandlungen mit der Entente benutzt hat, um dem Ausbau der direkten Steuern eine Schranke zu setzen und die weitere Vermehrung der indirekten Steuerlasten vorzubereiten. Und sie wird diese wirtschaftliche Reaktion zu ergänzen versuchen durch die politische Ausnutzung des nationalistischen Taumels, den sie im Volke zu erzeugen unternimmt. Sie wird unter dem Banner des „Widerstands gegen den Feind" das deutsche Proletariat zu fesseln, die deutsche Republik zu unterwühlen versuchen.

Deshalb ist es jetzt gebieterische Pflicht der proletarischen Parteien, diesem Treiben mit aller Kraft entgegenzutreten, die proletarischen Massen auf diese drohende Gefahr aufmerksam zu machen, um zu verhüten, daß sie wieder wie 1914 durch nationale Schlagworte von ihrem Wege fortgelockt und in den Abgrund des Verderbens geführt werden. Deshalb muß heute mit ganz besonderem Nachdruck betont werden, daß die einzige Einheitsfront, die die klassenbewußte Arbeiterschaft kennen darf, nur die der revolutionären Proletarier aller Länder sein kann. Pflichtvergessen handelt jede sozialistische Partei, die in diesen Schicksalsstunden nicht klaren, geraden Weg innehält, die den nationalistischen Schreiern aus Angst vor den nächsten Wahlen auch nur das kleinste Zugeständnis macht. Es ist hochbedauerlich und es zeigt wieder, wie wenig die rechtssozialistische Partei bisher aus den Ereignissen der letzten Jahre gelernt hat, wie weit sie noch von der Rückentwicklung zu einer revolutionären Partei entfernt ist, daß sie in diesen Tagen keinen festen Standpunkt zu finden gewußt hat. Die Leitartikel des Vorwärts entbehren der entschieden sozialistischen Note, die sie gerade in diesen Tagen haben müßten, es genügt nicht, den Belgiern ihre Sünden gegen den Internationalismus vorzuhalten, die Rechtssozialisten müssen zunächst den Internationalismus im eigenen Hause wieder lebendig werden lassen. Die belgischen Sozialpatrioten können sich gegen die empörten Hinweise des Vorwärts auf ihre Unterstützung der Versailler Raubpolitik schließlich darauf berufen, daß die deutschen Rechtssozialisten seinerzeit den Vertrag von Brest-Litowsk nicht abgelehnt (in manchen ihrer Blätter seine Unterzeichnung sogar gefordert) und den Bukarester Vertrag angenommen haben. Und diese Raubverträge unterscheiden sich zwar dem Grade nach etwas, aber doch nicht grundsätzlich von dem Diktat von Versailles. Die Rechtssozialisten könnten allerdings sagen, die Sache liege schon länger zurück und inzwischen hätten sie und hätten auch die Sozialisten der andern Länder zulernen müssen. Aber einmal betonen die Rechtssozialisten heute noch bei jeder passenden Gelegenheit, daß ihre Kriegspolitik richtig gewesen sei und niemals haben sie ihre Haltung in den Tagen von Brest-Litowsk und Bukarest bedauert oder preisgegeben. Und dazu kommt, daß sie der Einheitsfront mit den bürgerlichen Parteien durchaus nicht entschlossen ablehnend gegenüberstehen, daß sie sie vielmehr in Teilen des Reiches schon hergestellt haben, daß sie in den besetzten Gebieten gemeinsam mit allen bürgerlichen Parteien einen Aufruf herausgegeben haben, dessen Schlußsatz lautet:

„Eure schöne Heimat, die Perle der deutschen Länder, ist in Gefahr! Das Vaterland kann sie nicht schützen, **ihr allein könnt sie retten.** Was auch kommen mag, wahrt euer Deutschtum, haltet fest am Reich! Keine Macht der Erde ist stark genug, euch gegen euren Willen von Deutschland loszureißen. **Vor allem: seid einig! Schließt eure Reihen! Was immer auch kommen mag! — reicht euch die Hände zu dem einen einmütigen Gelöbnis: Komme, was kommen mag, wir bleiben deutsch.**

Rheinländer! Rheinhessen! Pfälzer! Die Augen der ganzen Welt sind auf euch gerichtet. Zeigt ihr, daß **deutsche Treue kein leerer Wahn ist, daß ihr eher alles ertragt, als daß ihr Deutschland jemals die Treue brächet. Haltet treue Wacht am deutschen Rhein! Das Vaterland vertraut auf euch!"**

Im Reichstag haben die Rechtssozialisten mehr als einmal in diesen Tagen zu den bürgerlichen Parteien gestanden und selbst in Horthy-Bayern, dessen Putschpräsident Kahr nicht zum wenigsten an der Verschärfung der Lage von heute schuld trägt, sind sie geschlossen hinter die Kappregierung getreten.

Auf der andern Seite treiben die Kommunisten eine Politik, die in ihrer letzten Konsequenz zur kriegerischen Auseinandersetzung, zum militärischen Aufgebot der Proletarier der verschiedenen Länder gegeneinander führen müßte. Wenigstens die russischen und die deutschen Kommunisten. In der französischen kommunistischen Presse klingt das Lied anders. In der Pariser Humanité vom 9. März wird eine vom Vorstand ihrer Partei gefaßte Resolution veröffentlicht: Hiernach soll in der Humanité, in der Kammer und in öffentlichen Versammlungen eine energische Propaganda zum Protest gegen die Kriegsgefahr entfaltet werden. Außerdem ist beschlossen worden, in kürzester Frist eine internationale Konferenz einzuberufen, um ein gemeinsames Vorgehen des französischen, deutschen, englischen und italienischen Proletariats herbeizuführen.

Das ist dieselbe Taktik, die die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands, die die in der Internationalen Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft vereinigten sozialistischen Parteien bereits längst eingeschlagen haben. Wenn die Kommunisten aus den Wolken ihrer Revolutionsromantik herabsteigen, können sie eben auch nichts andres tun als das, was die wirklich revolutionären sozialistischen Parteien zu Wien in Richtlinien bereits vorgezeichnet haben. Aber die französischen Kommunisten würden mit dieser internationalen Konferenz eigentümliche Erfahrungen machen, sie würden hören, daß die russischen und die deutschen Kommunisten ihre Hoffnung setzen auf einen Feldzug gegen die Entente, daß sie davon träumen, die Gewaltherrschaft der Siegerstaaten durch militärische Gewalt niederzuwerfen, daß die Konsequenz ihres Standpunktes die erneute Entfesselung der Kriegsfurie in Europa bedeutet. Etwas, was die französischen Kommunisten dem französischen Proletariat gar nicht zu sagen wagen — von all den aufgeregten Auseinandersetzungen über das Bündnis mit Sowjetrußland, die in diesen Wochen in der deutschen kommunistischen Presse zu finden waren, fand sich in der französischen kommunistischen Presse nicht das kleinste Echo. Aus guten Gründen. Womit der schlagende Beweis geliefert ist, daß die kommunistischen Parteien bezw. Parteisplitter eine internationale proletarische Politik ebensowenig zu treiben vermögen wie die Rechtssozialisten.

Die einzige internationale proletarische Front, die heute steht, ist die von Wien. Hier ist die Arbeitsgemeinschaft revolutionärer sozialistischer Parteien, die mit einem klaren Programm sich an die Arbeiter aller Länder wenden kann, die am 13. März zum erstenmal das öffentliche Gewissen und das Klassenbewußtsein des Proletariats aufrütteln wird zur Anbahnung politischer Tat. Diese Arbeitsgemeinschaft lebt, wie uns die Stimmen aus der Presse der sozialistischen Partei Frankreichs wie aus der der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands nahestehenden zeigen. Im Populaire vom 8. März schreibt Jean Longuet einen Artikel „Die sozialistische Pflicht", worin er sagt:

„Die Anwendung der famosen „Sanktionen" erlaubt allen Kriegshetzern, sich breitzumachen. Schon meldet uns der Telegraph, daß die große Industriestadt Düsseldorf heute morgen von den alliierten Truppen besetzt worden ist. Die Proletarier dieses großen sozialistischen Zentrums, die so prächtig fest zum internationalen und revolutionären Sozialismus unsrer unabhängigen Freunde gestanden sind, sollen hier Ausdruck unsrer brüderlichen Solidarität in ihren gegenwärtigen Prüfungen finden.

Das positive Ergebnis dieser militärischen Maßnahmen, die mit so viel Lärm angekündigt wurden, wird übrigens ein absolutes Nichts sein. Sie werden uns nicht einen Sou mehr verschaffen, sie werden die Ruinen unsrer Nordprovinzen nicht verringern, sie werden nichts zu ihrer Wiederherstellung beitragen.

Gegen diese Entfesselung der chauvinistischen Bestialität hat das Proletariat besondere dringliche Pflichten. Warum muß uns die Stunde der Gefahr töricht gespalten, grausam geschwächt durch Bruderhaß finden? Durch einen Haß, der selbst vor der gemeinsamen Gefahr nicht halt macht. Denn wir hören, daß die „Kommunisten" von Pre Saint Gervais soeben den Maire dieser sozialistischen Stadt gezwungen haben, den Festsaal der Bürgermeisterei, der bereits unsern Freunden für die Kundgebung gegen den Krieg, die die Konferenz von Wien in ganz Europa auf den nächsten Sonntag festgesetzt hat, zu verweigern.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210310/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Unsre Freunde werden gewiß nicht das Beispiel des albernen und antirevolutionären Sektierertums der Pseudobolschewiki von Pre Saint Gervais nachmachen. Ueberall werden sie sich mit ihren Arbeitskameraden — seien sie Kommunisten oder nicht — vereinigen, um ihren Haß gegen den Krieg zu bekunden und gegen die Politik der Vernichtung des deutschen Volkes, um ihren lebendigen und kampfbereiten Internationalismus kundzugeben.

Und um anzufangen, werden sie geschlossen für Loriot und Souvarin stimmen (zwei in Paris zur Nachwahl stehende Kammerkandidaten der Kommunisten, die von der französischen Justiz lange inhaftiert waren, zu deren Gunsten die Sozialisten bereits auf eigene Kandidaturen verzichtet hatten und die jetzt in Stichwahl mit den Nationalisten stehen. Red. L. V.). Die Wahl der beiden revolutionären Kandidaten muß die entscheidende Antwort auf die unverschämte Behauptung der Börsenjournalisten sein, die erklären, daß die französische öffentliche Meinung einstimmig hinter ihrer Regierung steht.

In drei aufeinanderfolgenden Wahlen in fünf Tagen hat das englische Volk soeben den Kandidaten der Arbeit den Sieg über die Kandidaten Lloyd Georges verschafft. Am Volk in Paris ist es, dem prächtigen Beispiel zu folgen, das ihm seine Brüder von der andern Seite des Kanals gegeben haben."

Der Daily Herald, das Londoner Arbeiterblatt, schreibt in einem Artikel Die Papierjagd:

„Die alliierten Truppen sind im Marsch, die „Sanktionen" werden in Anwendung gebracht. Die große Papierjagd hat begonnen. Es ist nicht bekanntgegeben, ob die Truppen mit besonderen Schnappsäcken ausgerüstet werden, um Papiermark zu sammeln.

Ganz abgesehen von der Ethik dieses theatralischen Säbelrasselns, ganz abgesehen von der Frage, ob die Alliierten nicht ihren eigenen Fetzen Versailler Papier zerreißen, um andre beschriebene Papierfetzen zu sammeln, ist die offenbare Tollheit des ganzen Beginnens kolossal.

Wir sind durchaus einverstanden, daß die Deutschen zahlen sollten für den Schaden, den sie in Belgien und Nordfrankreich angerichtet haben. Wir stimmen durchaus überein, daß denen, deren Häuser zerstört wurden, Gerechtigkit werden muß. Aber wie kann die ihnen am besten gegeben werden? Das ist die schwierige Frage.

Indem die Alliierten die Kriegsmethoden erneuern, zerstören sie ihre eigene Wirtschaft und vergrößern die Zerstörungen der Arbeitslosigkeit.

Je mehr Chaos die Staatsmannskunst der Alliierten erzeugt, um so weniger Wiedergutmachung kann sie jemals zu gewinnen hoffen. Chaos kann nur mehr Chaos gebären. Wir sind dabei, eine große Nation in passive Resistenz und Verzweiflung zu treiben. In Irland haben wir unsre Wirtschaft mit unserm guten Namen zerschlagen, was können wir zu gewinnen erwarten, indem wir den Schiffbruch Europas vollkommen machen?

Lloyd Georges schlaue Beredsamkeit kann nicht Tatsachen umstürzen, wenngleich er sie verhehlen mag.

Die Taktlosigkeit des Dr. Simons erlaubte ihm, streitige Punkte anzukreiden, aber streitige Punkte sind nicht Goldmark.

Die Reaktionäre von Paris sind ihren Weg gegangen. Sie mögen fortfahren, zu versuchen, das ganze tolle Programm des französischen Jingoismus auszuführen, die Eroberung Europas bis zu den weitesten Grenzen. Aber England kann nicht an das Wagenrad des Fochismus gebunden werden, ohne die Zustimmung der britischen Arbeiterklasse. Und die britische Arbeiterklasse hat soeben gesprochen. Sie beabsichtigt nicht, in dieser wilden Papierjagd mitzujagen.

•

London, 10. März. (TU.) Laut Daily Herald hält die Arbeiterpartei heute eine Sitzung ab, um den Zustand, der durch den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland entstanden ist, zu untersuchen.

Paris, 9. März. Der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) ist zusammenberufen worden, um Stellung zu der Frage zu nehmen, ob ein Einverständnis zwischen den deutschen und den französischen Arbeitern angängig erscheint, um den Wiederaufbau in die Wege zu leiten.

Die Sanktionen.

Vorbereitungen zur Durchführung der Ausfuhrabgabe.

London, 9. März. Wie Reuter erfährt, ist das Gesetz zur Durchführung der Vorschläge betreffend die Abgabe von 50 Prozent des Wertes eingeführter deutscher Waren jetzt im Entwurf fertig. Heute nachmittag beschäftigten sich die englischen, französischen, **italienischen** und belgischen Sachverständigen damit, um ähnliche Maßnahmen für die andern Länder zu entwerfen. Wie verlautet, sollen die Verhandlungen der Konferenz morgen im Unterhause erörtert werden.

Die Zollsanktionen beginnen.

Paris, 10. März. (TU.) Nachrichten aus Koblenz melden, daß die Erhebung **der deutschen Zölle zugunsten der Alliierten** bereits begonnen hat.

Wie lange sollen die Sanktionen dauern?

London, 9. März. Ein amtlicher Bericht besagt: Die Führer der alliierten Delegationen traten heute nachmittag zusammen und regelten die verschiedenen Einzelheiten der Anwendung der Sanktionen auf Deutschland gemäß dem Rate der Sachverständigen. Man kam überein, daß **die Sanktionen erst aufhören werden, wenn eine befriedigende Lösung der Reparations-, Entwaffnungs- und Kriegsverbrecherfrage** durch die Alliierten angenommen worden ist. Die Konferenz beauftragte den Oberkommissar in den Rheinlanden, einen italienischen Vertreter zur Teilnahme einzuladen, wenn wirtschaftliche Fragen, die sich aus der Anwendung der Sanktionen ergeben, zur Beratung stehen.

Verordnungen der Düsseldorfer Besatzungsbehörde

Düsseldorf, 10. März. Die Besatzungsbehörde in Düsseldorf hat eine Verordnung erlassen, wonach der **Aufenthalt auf den Straßen** von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens verboten ist. Die Straßenbahnen stellen infolgedessen um 9 Uhr abends den Betrieb ein. Auf Befehl des Oberkommandierenden Generals Degoutte muß die **grüne Polizei** in Düsseldorf auf 600 Mann **vermindert** werden. Die Auswahl der Beamten, die hierbleiben dürfen, liegt in den Händen der Besatzungsbehörde.

Ein amerikanisches Dementi.

Paris, 9. März. Nach einer Havasmeldung aus Washington widerspricht der Staatssekretär des Krieges dem Gerücht, die amerikanische Regierung habe sich mit der Frage der **Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein** beschäftigt.

Französische Absichten.

Paris, 9. März. Wie Pertinax mitteilt, habe die belgische Delegation auf Veranlassung von Lloyd George ihre Rückreise aufgeschoben, weil eine Beratung über die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen erfolgen soll.

Einige Worte, die Lloyd George am Schluß der Montagssitzung des Obersten Rates gesprochen habe, hätten darauf schließen lassen, daß die **wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen nur ausgeführt werden sollten, wenn die militärischen Maßnahmen** erschöpft und ihr Ergebnis unbefriedigend befunden worden sei. **Das** sei ein Standpunkt, den die französische Regierung nicht annehmen könne. Die militärischen Zwangsmaßnahmen seien als notwendige Ergänzung der wirtschaftlichen anerkannt worden. Sie sollten hauptsächlich dazu dienen, **die Versorgung der Rheinlande, die als autonomes Wirtschaftsgebiet konstituiert werden sollten, mit Kohlen sicherzustellen.** Pertinax sagt weiter, die französische Regierung würde die sofortige Aufrichtung der Zollinie an der Grenze der Brückenköpfe verlangen und außerdem die **Erhebung der Zölle an der französisch-deutschen, belgisch-deutschen und holländisch-deutschen Grenze.** Die Waren, die vom unbesetzten deutschen Gebiet nach den Rheinlanden gingen, sollten mit einer Statistikabgabe belegt werden, während die Ausfuhr des Rheinlandes nach dem Reich mit einem Zoll ad valorem belegt werden müsse. Das sei aber nur der erste Schritt zu einem umfassenden Regime. Schließlich müsse die Konferenz heute noch über die 50 prozentige Abgabe vom Verkaufswert der deutschen Waren beraten, deren Genehmigung der verschiedenen alliierten Parlamenten zustehe. In dieser Frage solle **Belgien sich passiv verhalten.** Japan spreche von dem geringen Handel mit Deutschland und Graf Sforza **habe die Feindseligkeit des italienischen Parlaments gegen diese Abgabe** betont. Pertinax selbst, der die Maßnahme als eine Konfiszierung bezeichnet, glaubt nicht an ihre Dauer, da hierdurch der deutsche Handel nach Amerika und den neutralen europäischen Staaten getrieben werde. Die Alliierten selbst würden diese Maßnahme in keinen allgemeinen Reparationsplan aufnehmen.

Die chauvinistische Hetze beginnt!

Die Deutsche Zeitung fordert Gegensanktionen.

Die Deutsche Zeitung veröffentlicht in ihrer Mittwochabendausgabe an leitender Stelle einen Offenen Brief an den Reichspräsidenten eines reckenhaften freiherrlichen Hüneseld, der, nachdem er seinem Entzücken über den Abbruch der Londoner Verhandlungen mit den Worten Ausdruck gegeben:

Die Verhandlungen in London sind abgebrochen, und damit ist das erstemal seit langer Zeit in Deutschland wieder eine Tat geschehen. Kurzweg: eine Tat!

auf Grund der berühmten alldeutschen „Rechtsauffassung", daß der Versailler Vertrag durch die Verhängung der Sanktionen gebrochen sei, den Reichspräsidenten kurzweg zum **Abbruch der diplomatischen Beziehungen** mit denjenigen Mächten, „die sich an dem neuen Vergehen beteiligen", auffordert.

Was aber dann? Sehr einfach, dann soll einerseits dafür gesorgt werden, daß „unsre Industrie schafft, um Werte hervorzubringen, auf die fremde Hand nicht mehr gelegt werden kann", anderseits absolute passive Resistenz durchgeführt werden kann. Wie sich diese beiden völlig entgegengesetzten Pläne miteinander vereinbaren ließen, darüber macht sich der deutsche Hüne weiter keine Gedanken. Hingegen ist er bereit, seiner Treue für das angestammte Herrscherhaus blutigen Herzens ein Opfer zu bringen und sich „in diesem Falle" hinter den Reichspräsidenten zu stellen.

Wenn die chauvinistische Hetze nicht eine so ungeheure Gefahr für das deutsche Volk darstellte, so könnte man sich damit begnügen, über die kindische Art, in der sie betrieben wird, herzhaft zu lachen. So aber gilt es, sich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß die unsinnige Politik der Entente nicht zum Wiedererstarken der nationalistischen Stimmung führt.

Das Erwachen des ungarischen Proletariats.

Wien, 8. März 1921.

Seitdem Horthys Galgen und das Kastriermesser christlicher Offiziere Ungarn regieren, ist es jetzt zum erstenmal zu einer großen und disziplinierten Bewegung der Arbeiter gekommen. Die Setzer von Budapest sind in den Streik getreten, der Bewegung haben sich die Buchdrucker und Setzer in der Provinz angeschlossen und es gährt auch unter den Arbeitern der andern Gewerbe, vor allem unter den Eisenbahnern und den Arbeitern der Maschinenfabriken. Der Kampf der Setzer ist ein rein gewerkschaftlicher Kampf: ihre Löhne sind viel niedriger, als die andrer Arbeiter, und der Wochenlohn des bestbezahlten Setzers, Zeitungssetzers mit inbegriffen, beträgt höchstens 1000 ungarische Kronen, nicht einmal zehn schweizer Franken, nicht einmal fünf holländische Gulden, wobei die Preise der Lebensmittel kaum etwas unter dem Weltmarktspreis stehen. Ein andres Ziel des Kampfes ist, die Unternehmer zur Anerkennung der Vertrauensmänner in den Betrieben zu zwingen und auf die Regierung, die im Dezember vergangenen Jahres die Gewerkschaft der Buchdrucker aufgelöst, ihre mehrere Millionen betragende Unterstützungsfonds einfach geraubt hat und sie einer weißgardistischen Organisation übergeben will, einen Druck auszuüben.

Aber der Streik, obwohl er mit rein gewerkschaftlichen Parolen geführt wird, hat auch eine ungeheure politische und psychologische Bedeutung: er ist ein Beweis, daß die mehr als anderthalbjährige Schreckensherrschaft das Proletariat nicht gebrochen, daß es sogar schon soviel Macht gesammelt hat, um sich offen, mit den Mitteln des Klassenkampfes gegen die Mörderherrschaft aufzulehnen. Dabei ist zu bedenken, daß die Setzer in Ungarn immer die konservativste Arbeiterschicht waren, und daß dieser Streik nur ein Symptom der tiefgehenden Gährung ist, die sich des ganzen Proletariats bemächtigt hat, daß sie nur der Auftakt zu weiteren größeren Kämpfen ist. Die Terror-Regierung lebte in dem Glauben, daß unter ihrer Herrschaft so was, wie ein Streik, ganz unmöglich ist, und nun ist ihre Bestürzung dieser ihrer getäuschten Erwartung angemessen. Sie behandelt den Streik nicht als einen Lohnkampf, sondern als den Auftakt einer neuen revolutionären Periode. Horthy zog große Truppenmassen in Budapest zusammen, ließ alle illegalen Vertrauensmänner der Buchdrucker verhaften, besetzte das Gebäude der sozialdemokratischen Druckerei, das Parteisekretariat durch Offiziersabteilungen, stellte aus den Mitgliedern der „Gendarmerieabteilung der technischen Hochschule" — das sind „Studenten", die auf der Hochschule eingeschrieben sind, Offiziersgehalt beziehen und das System des Terrors auf den Hochschulen stützen — eine Streikbrecherbande zusammen, die in der Druckerei des katholischen Presseunternehmens ein Informationsblatt von Regierungs wegen herstellen und ließ durch ihren Pressechef Eckhardt den Unternehmern folgende Erklärung zugehen:

„Die Regierung betrachtet jeden Vorschlag, die Forderungen der Arbeiter vor der Beendigung des Streiks zu erfüllen, als einen Angriff auf den christlichen Kurs und betrachtet den Zeitungsunternehmer, der mit den Streikenden verhandeln wollte, als einen Regierungsfeind. Die Regierung wird den Streik niederschlagen, denn sie betrachtet ihn als eine politische Aktion. Die Regierung sieht in der Vertrauensmännerfrage eine politische Frage und sie wird sich mit allen Mitteln der Anerkennung des Vertrauensmännersystems widersetzen."

Ferner ließ die Regierung eine Gesetzesvorlage, betreffend „den wirksameren Schutz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung", auf die Tagesordnung der Nationalversammlung stellen, die Aufforderungen zum Streik mit schweren Kerkerstrafen von 10 bis 15 Jahren ahnden soll und bereitet einen andern Gesetzentwurf vor, der die „in den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter aufgehäuften moralischen und finanziellen Güter vor Mißbrauch zu politischen Zwecken hindern soll", d. h. alle Fonds und jedes Eigentum der Gewerkschaften einfach rauben will. Aber es hat den Anschein, daß der Bann, der bisher auf Ungarns Proletariat lastete, doch gewichen ist, daß die Entmutigung, eine natürliche Folge der bisherigen entsetzlichen Unterdrückung, einer kampfmutigeren Stimmung und einer größeren Entschlossenheit Platz gemacht hat und daß nun Horthy auch im eigenen Lande auf einen Widerstand gestoßen ist, dessen Größe von Tag zu Tag zunehmen muß.

Das Milliardengeschenk an die Reeder vom Hauptausschuß bewilligt.

Der Hauptausschuß des Reichstags beriet Mittwoch über den Reederei-Abfindungsvertrag. Dabei erinnerte Abg. Hoch (Soz.) daran, daß in dem Gesetz über die Wiederherstellung der deutschen Handelsflotte vom 7. November 1917 ausdrücklich einem späteren Reichsgesetz vorbehalten wurde, ob und in welcher Höhe **das Reich an den Gewinnen** der auf Grund jenes Gesetzes **wiederhergestellten Schiffe zu beteiligen** ist und ob hinsichtlich der Verwendung **dieser Schiffe Beschränkungen notwendig** sind, und den Antrag, dem Reederei-Abfindungsvertrag nur unter der Voraussetzung zuzustimmen, daß darin auch eine Bestimmung aufgenommen wird, wonach der in Frage stehende Paragraph des des Gesetzes vom 7. November 1917 auch für die Schiffe Geltung haben soll, die auf Grund des jetzigen Reederei-Abfindungsvertrags gebaut werden.

Nach längerer Beratung in der Abgeordneter Henke im Namen unserer Partei die **Liebesgabe an die Kriegsgewinnler** ablehnte, während die bürgerlichen Parteien sie unter dem Deckmantel der praktischen Erwerbslosenfürsorge verteidigten, wurde der **Antrag Hoch und schließlich das ganze Gesetz angenommen,** jedoch mit der Einschränkung daß gegenüber gewissen darin vorgesehenen Vereinbarungen der Hauptausschuß innerhalb einer Frist von 8 Tagen nach Kenntnisnahme das Einspruchsrecht hat, und daß im Falle des Einspruchs der ganze Hauptvertrag als aufgehoben gelten soll. Vorher gelang es aber noch den bürgerlichen Parteien, in das Gesetz eine reaktionäre Bestimmung einzuschmuggeln, wonach in der Zusammensetzung der Arbeitnehmervertretung in der Reeder-Treuhand-Gesellschaft neben den Arbeitern und Matrosen auch die Angestellten als gleichberechtigte Gruppe angesehen werden sollen.

Der Streit in der bayrischen Königspartei.

München, 10. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Nach Mitteilungen in der bayerischen Staatszeitung hat der Monarchist **Graf** aus **Ansbach** am 6. März die **Kreisobleute der bayerischen Königspartei nach Regensburg** zusammenberufen. Dort wurde **Herr Mayer-Kay** seines Postens als **erster Vorsitzender** der Königspartei für enthoben erklärt und **Graf Bothmer** aus der Partei **ausgeschlossen.** Die Leitung der Königspartei soll vorläufig an die Kreisvorsitzenden übergehen.

Dazu erklärt Mayer-Kay, daß sämtliche **in Regensburg gefaßten Beschlüsse ungültig** seien, weil der engere Vorstand, mit Ausnahme des Grafen Bothmer, in Regensburg nicht anwesend war. Am nächsten Sonntag tritt in München die satzungsgemäße **Landesvorstandschaft** zusammen, um zu der Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Graf Bothmer wird bekanntlich der **Konspirationen mit Frankreich** beschuldigt, und in der Presse ist schon wiederholt gesagt worden, daß er **französische Gelder angenommen** habe. Es schweben in der Sache **verschiedene Beleidigungsprozesse.** Mayer-Kay ist durch den bekannten Brief, in dem er mitteilt, daß der stellvertretende Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehr Leute, die Waffen verraten, umbringen lassen wollte und durch seinen Bescheid über die Einwohnerwehr an den Landtag mißliebig geworden.

Der neue Sklarz-Prozeß.

(Neunter Tag.)

Das Gericht setzt die Vernehmung des Angeklagten von Frankenberg fort. Ihm war von den Sonnenfelds wiederholt angedeutet worden, daß diese sehr kompromittierendes Material gegen Sklarz, sowie die rechtssozialistischen Regierungsmänner besitzen und daß dessen Veröffentlichung zu einer Revolution führen würde. Mit diesem Material wurde nachgewiesen, daß **Sklarz im Nachrichtendienst des Generalstabes gewesen sei und der imperialistischen Regierung gedient habe.** Scheidemann hätte unter dem Namen Professor Philipp im Auslande eine politische Mission zu erfüllen gehabt und dort auch mit Bolschewisten verhandelt. Da Sonnenfeld (Vater) behauptet habe, über alle diese Dinge Dokumente zu besitzen, habe er, um einen Skandal zu vermeiden, einen Vergleich für das Beste gehalten.

Hermann Sonnenfeld erzählt dann von seinen mit Heinrich Sklarz geführten Verhandlungen, der im Auftrage seines Bruders Georg Sklarz nach Holland gereist war, um die von Sonnenfeld weggebrachten Geldsummen zurückzuschaffen. Heinrich Sklarz habe ihm förmlich den Revolver auf die Brust gesetzt. Auch den Verteidiger Grünspach habe er zu beeinflussen versucht. Heinrich Sklarz habe ihm auch gesagt, daß sein Bruder Georg Sklarz durch seine Beziehungen zu Ebert, Scheidemann und den Regierungskreisen so geschützt sei, daß ihm nichts passieren könne.

Ernst Sonnenfeld sagt aus, daß Heinrich **Sklarz drei- bis viermal in Holland gewesen sei** und ihm sogar einen Anwalt vermitteln wollte, was er aber abgelehnt habe. Auf die Bemerkung Sonnenfelds, daß er nur zivilrechtlich und nicht strafrechtlich verfolgt werden könne, habe ihm Sklarz erwidert, daß er das wohl wisse, er sei aber mit dem Berliner Staatsanwalt bekannt und dieser habe auch ein Interesse an der Strafverfolgung. Eines Tages sei dann sein eigener Verteidiger zu dem Angeklagten gekommen und habe bei ihm angeregt, er solle **seinen Vater für verrückt erklären,** er würde dann eine bestimmte Summe und einen Paß nach Argentinien erhalten. Der Staatsanwalt Hoyer habe dann Heinrich Sklarz die weiteren Besuche im Untersuchungsgefängnis verboten und dem Angeklagten geäußert, er solle sich mit der schmutzigen Gesellschaft nicht mehr abgeben.

Hermann Sonnenfeld berichtet dann noch über eine Konferenz, die am 7. September stattgefunden hat, und an der u. a. die Rechtssozialisten Baumeister, Davidsohn und vier bekannte rechtssozialistische Abgeordnete, sowie auch Redakteur Stampfer teilgenommen haben sollen. Diese Konferenz habe den Zweck gehabt, die Korruption in der Partei zu beseitigen. Stampfer habe davon aber sofort Mitteilung an Scheidemann gemacht.

Alsdann erfolgt die Vernehmung des Zeugen Heinrich Sklarz. Er berichtet über seine Unterredungen mit Sonnenfeld in Holland. Als er Ernst Sonnenfeld von den Skandalplänen seines Vaters gesprochen habe, habe dieser erwidert, daß er schon seinem Bruder Herbert telegraphiert hätte: **„Steck den alten Mann ins Irrenhaus".** Als dann doch die Pressetreibereien gegen Sklarz losgingen, ist der Zeuge nochmals nach Holland gereist und hat von Sonnenfeld eine briefliche Erklärung gefordert, daß Sonnenfeld (Vater) verrückt sei. Dieser Brief ist dann durch den holländischen Rechtsanwalt des Sklarz geschrieben worden.

In einer vertraulichen Besprechung habe Ernst Sonnenfeld dem Zeugen damals selbst erklärt, daß an den ganzen Erzählungen von Ebert, Scheidemann und Noske nichts wahr sei und daß er das Geld unterschlagen habe. Der Angeklagte Sonnenfeld bestreitet dies. Auf die Frage eines sachverständigen Sa-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210310/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

nitätsrats, ob Sonnenfeld spontan erklärt habe, sein Vater sei geisteskrank, erwidert Sklarz: **„Ich glaube zuerst auf diese Sache gekommen zu sein“.**

Der Angeklagte Hermann Sonnenfeld protestiert dagegen, daß er für geisteskrank gehalten werde und schildert zum Beweise in einstündiger Rede seinen Lebenslauf. Er beginnt dabei mit der französischen Revolution und endet mit einer Feierung der Hohenzollern. Seine Rede ist eine einzige Konfusion.

Die Verhandlungen werden auf Dienstag vertagt.

Die Gewerkschaftsdelegation an der Einreise nach Oberschlesien verhindert.

Paris, 9. März. Eine **internationale gewerkschaftliche Abordnung**, bestehend aus dem Deutschen Wissell, dem Franzosen Jouhaux, dem Holländer Fimmen und dem Engländer Poultan, sollte eine Enquete in Oberschlesien veranstalten. Die **interalliierte Kommission** in Oberschlesien hat den Gewerkschaftsführern jedoch die **Pässe verweigert.**

Die erste Sitzung unserer preußischen Landtagsfraktion.

DA. **Berlin**, 9. März. Die Unabhängige Sozialdemokratische Fraktion des Landtages hat heute vormittag ihre erste Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde der Abg. Ludwig zum ersten und Abg. Leid zum zweiten Vorsitzenden gewählt. **Die Fraktion hat sich in ihrer Sitzung mit der Frage der Regierungsbildung in Preußen beschäftigt.**

Die Alldeutschen dürfen Pazifisten verprügeln.

Einer Mitteilung des Bundes Neues Vaterland entnehmen wir folgendes erbauliche Geschichten von der deutschen Justiz: Vor beinahe einem Jahre wurde bei einer Versammlung des Bundes Neues Vaterland Herr v. Gerlach und Dr. Gumbel stark verprügelt. Einige namentlich festgestellte Offiziere und Angehörige der Marinebrigade Ehrhardt wurden als Täter ermittelt, auf das Polizeipräsidium Charlottenburg gebracht und nach Feststellung ihrer Personalien auf Grund ihrer Moskauweise entlassen. Eine Gegenüberstellung mit den zahlreich vorhandenen Zeugen und Geschädigten fand nicht statt, ein Verfahren gegen sie wurde nicht eingeleitet. Denn dem Staatsanwalt genügte die Erklärung der Offiziere, sie hätten sich an der Schlägerei nicht beteiligt. Dagegen wurde ein Verfahren gegen drei Leute eingeleitet, die nach ihrer Behauptung damals erst auf der Straße festgenommen worden waren. Da die Zeugen in ihnen die Täter nicht mit Bestimmtheit wiedererkannten, hat der Oberstaatsanwalt beim Landgericht III Berlin am 18. Februar das ganze Verfahren eingestellt.

Ein weiterer Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei.

Innerhalb einer Woche hat die englische Arbeiterpartei den dritten Wahlsieg errungen. Nachdem sie die Wahlkreise von **Dudley** und **Kirkcaldy** erobert hat, brachte sie nun auch bei der Nachwahl in **Penistone**, das bisher von einem unabhängigen Liberalen vertreten war, ihren Kandidaten **Gillis** mit 8560 gegen 7984 unabhängig-liberale und 7123 koalitions-liberale Stimmen durch. Bei der letzten Wahl hatte die Arbeiterpartei nur 4556 Stimmen bekommen, hat also ihre **Stimmenzahl seither fast verdoppelt.** In den Bezirken, in denen Nachwahlen bisher stattfanden, **verzeichnet die Arbeiterpartei einen Stimmenzuwachs von 25 Prozent.**

Der letzte Wahlsieg ist umso bemerkenswerter, als er knapp nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen errungen wurde, also einen deutlichen Protest gegen die imperialistische Politik der englischen Regierung darstellt, die auch von den unabhängigen Liberalen bekämpft wird.

Die Unruhen in Rußland.

Die Kämpfe um Kronstadt.

Terioki, 8. März, abends. (OE.) Der **Widerstand Kronstadts dauert** bis zur Stunde **an.** Das **Bombardement** hat heute den ganzen Tag über **nicht nachgelassen.** Einschlagende Geschosse haben **große Feuerbrände in Kronstadt, Krasnaja Gorka und Seltrorjezk** und starke Verheerungen in der Umgegend Petersburgs verursacht. Die **Sowjettruppen** machten den Versuch, ein Fort von Kronstadt durch eine **Infanterieattacke** zu nehmen. Sie sind jedoch **zurückgeschlagen** worden. — Die Presse, auch die finnische, bringt vielfach unzutreffende Meldungen über die Vorgänge in Sowjetrußland, die nur geeignet sind, das Bild der tatsächlichen Lage zu verwirren. **In Petersburg ist es ruhig,** da die Stadt sich unter verstärkter Bewachung der regierungstreuen Truppen befindet. Das elektrische Licht brennt in Petersburg die ganze Nacht. Die **Unzufriedenheit in der Petersburger Garnison wegen der unzureichenden Lebensmittelversorgung dauert an;** die Soldaten erhalten ein halbes Pfund Brot täglich ohne warme Kost dazu. Die **Verpflegungslage Petersburgs** ist, ungeachtet der Aufhebung der Sperrkommandos, **sehr schwierig.** Brot kostet zur Zeit über 5000 Rubel das Pfund, Butter und Zucker etwa 30 000 **Rubel** das Pfund. Holz ist überhaupt nicht zu haben. Eben aus Petersburg eingetroffene Personen heben in ihren Schilderungen **hervor,** daß die Arbeiter- und Matrosenunruhen einen elementaren **Charakter** getragen haben, **der** sich allenthalben in unorganisierten einzelnen Ausbrüchen offenbarte. **Es wird bestätigt, daß es auch im Gouvernement Pleskau (Pskow) zu Aufständen gekommen sei;** es seien dort zahlreiche Kommunisten erschlagen worden, ein Teil der Kommunisten sei über die Grenze geflüchtet. In **Moskau** ist der letzte Sonntag, dem von kommunistischer Seite nicht ohne Besorgnis entgegengesehen wurde, **ruhig verlaufen.** Die Eisenbahnzüge zwischen Moskau und Petersburg verkehren dreimal wöchentlich.

Zugeständnisse der Sowjetregierung.

(OE.) Die Krasnaja Gaseta vom 27. Februar bringt den **Wortlaut des durch die Unruhen veranlaßten Aufrufs** von Kalinin und Sinowjew **an die Bevölkerung von Petersburg.** Der Aufruf teilt beschwichtigend mit, daß gegen Gold **im Auslande 300 000 Tonnen Kohlen für Petersburg angekauft** seien, daß **unter Kontrolle der parteilosen Arbeiter Eilzüge nach Getreide entsandt** wurden, und enthält **wichtige Zugeständnisse** der Sowjetregierung. Alle zwangsweise durch die Arbeitsmobilisation aus den Dörfern nach Petersburg verbrachten Arbeiter sollen sofort entlassen werden, die Sperrkommandos gegen die private Lebensmittelzufuhr nach Petersburg nur noch den Schleichhändlern und nicht den Arbeitern gegenüber in Tätigkeit bleiben. Vor allem **verkündet der Aufruf,** die Sowjetregierung wolle die **Lage der Bauernschaft erleichtern** und plane, das bestehende Ablieferungssystem für Getreide durch eine **feste Getreideabgabe** in der Höhe eines bestimmten Prozentsatzes der Ernte zu ersetzen und den Bauern **das freie Verfügungsrecht über den Rest einzuräumen.** Dahingehende Vorschläge sind bisher von der Sowjetregierung und der Sowjetpresse aufs schärfste bekämpft und als praktisch gleichbedeutend mit der Wiederherstellung des freien Handels bezeichnet worden. Es herrscht offenbar in der Sowjetregierung starke Beunruhigung **nicht nur wegen der Stimmung in den Städten,** sondern auch bei der Bauernschaft. In seiner Moskauer Rede vom 28. Februar hat auch **Lenin** erklärt, die **Sowjetregierung sei geneigt, jeden vernünftigen Vorschlag der Bauern hinsichtlich der Getreidebeschaffung zu prüfen,** und der bevorstehende Parteikongreß werde über die Getreideabgabe beraten.

Stocken der Verhandlungen in Riga.

Warschau, 9. März. (OE.) Der Korrespondent des Dombski nahestehenden Przeglad Wieczorny meldet von einem unerwarteten **Rückschritt in den Rigaer Verhandlungen.** Danach waren bereits fünf Artikel des Friedensvertrages ganz und der sechste annähernd endgültig angenommen. Am Montagabend trat jedoch die **Sowjetdelegation mit einer überraschenden Erklärung hervor,** wodurch der grundlegende Artikel 2 völlig umgestoßen wurde. Die Schwenkung der Sowjetdelegation bezieht sich auf die **Frage der bisherigen Abgrenzung Weißrußlands gegen Polen.** Nach der bisherigen Vereinbarung stieß Polen im Süden an die Sowjet-Ukraine, im Norden an Sowjet-Weißrußland, während es mit Groß-Rußland nominell gar keine Grenzen aufwies. Die am Montag abgegebene Erklärung der Sowjetdelegation beschränkt nunmehr das **Gebiet Sowjet-Weißrußlands** auf den Minsker, Borysower, Bobruisker, Mosyrer und Sluczer Kreis des Minsker **Gouvernements.** Das übrige, bisher Weißrußland genannte Sowjetgebiet soll künftig **Sowjet-Großrußland einverleibt** werden, so daß dieses jetzt **eine 150 Kilometer lange, unmittelbare Grenze mit Polen** haben würde. Ferner zog die Sowjetdelegation ihre **Zustimmung zu den Gebietsabtretungen** an Polen im Kreise Lepel **zurück.** Der Korrespondent des Przeglad Wieczorny erklärt, daß diese Veränderungen die Grundlagen des Friedensvertrages verletzen. Diese Ansicht dürfte jedoch in Anbetracht der bloßen Scheinexistenz Weißrußlands übertrieben sein, obwohl beide Vertragsparteien Weißrußland formell anerkannt haben. Der Grund der veränderten Stellungnahme der Sowjetdelegation ist nicht ohne weiteres ersichtlich.

Deutschland.

Wo sind die 4½ Millionen?

Fragen an den Reichsfischkommissar.

Der Reichskommissar für die Fischversorgung ist schon einmal Gegenstand einer gerichtlichen Aktion gewesen. Damals hatte eine rheinische Staatsanwaltschaft gegen einen seiner Beamten und gegen ihn selbst das Verfahren eröffnet, weil er als verantwortlicher Leiter der Reichsgesellschaft für die Fischversorgung im Verdacht des Wuchers stand. Jetzt werden Tatsachen bekannt, die der Genossin Zietz und dem Genossen Breunig Veranlassung gegeben haben zu folgender Anfrage:

„Der **Reichsverband für See- und Küstenfischer** hat 4½ Millionen Mark aufgebracht, um seinen aus dem Felde heimkehrenden Mitgliedern die Wiederaufnahme des Fischereibetriebes durch den Ankauf von Schiffen, Motoren, Netzen oder anderem Material zu ermöglichen. Die genannte Summe wurde dem **Reichskommissar für Fischversorgung, Herrn von Flügge,** übermittelt, der für geeignete Verwendung Sorge tragen sollte.“

Bereits am 5. Februar 1919 erklärte der Herr Fischereidirektor Duge-Hamburg in der Generalversammlung der Genossenschaftsfischer, daß die 4½ Millionen dem Herrn v. Flügge übersandt seien und daß bereits Motore und Schiffe für die heimgekehrten Fischer in Auftrag gegeben seien. Die Fischer Cuxhavens, die als Ortsgruppe dem Reichsverband angeschlossen sind, haben trotz eifrigster Nachforschung nicht erfahren können, wo die 4½ Millionen geblieben sind; ihren Kollegen, die aus dem Kriege heimgekehrt sind, ist keine Hilfe zuteil geworden.

Ist der Reichsregierung dieser Fall bekannt?

Was gedenkt sie zu tun, um Aufklärung über den Verbleib der Summe zu schaffen und den Fischern zu ihrem Recht zu verhelfen?“

Verurteilung eines Oberregierungsrates durch ein französisches Kriegsgericht. Der kürzlich vom Kriegsgericht in Landau zu acht Tagen Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe verurteilte Oberregierungsrat Böhm von der Reichsvermögensverwaltung wurde vom Kriegsgericht in Mainz zu **neun Monaten Gefängnis und 7000 Mark Geldstrafe** verurteilt. Er hatte seinerzeit der Anordnung der Besatzungsbehörde auf Ueberlassung der Einrichtung von Schullokalen für französische Kinder sowie auf Lieferung von Möbeln für Unteroffiziersfamilien keine Folge geleistet.

Gewerkschaftsbewegung.

Reichswehr- und Orgeschoffiziere als Spitzel in den Betrieben.

Das Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften in Düsseldorf macht in Nr. 9 darauf aufmerksam, daß **Reichswehr- und Orgeschoffiziere als Arbeiter** in Betrieben eingestellt worden sind, die die Aufgabe haben, die **Arbeiterschaft zu bespitzeln** und das Material ihren Formationen, mit denen sie in Verbindung stehen, übermitteln. In Vohwinkel wurden in voriger Woche wieder **zwei Offiziere entlarvt,** die sogar in der **gewerkschaftlichen Organisation** und in der **Partei schon Eingang** gefunden hatten. In Elberfeld ist in voriger Woche wieder eine bayrische Abteilung der Orgesch eingetroffen, die von dort auf die Betriebe der Umgegend verteilt werden soll. Auch in die Reihen der **Arbeitslosen** suchen die Orgeschleute schon sich einzuschleichen. Vor 14 Tagen meldete sich in Solingen jemand arbeitslos, von dem feststeht, daß er noch vor kurzer Zeit in Düsseldorf Leute auf der Straße verhaftete, also als „Sipo“ fungierte.

Auch die **„Arbeitsgemeinschaft Roßbach“,** eine gegenrevolutionäre Verschwörergesellschaft, gibt sich mit der Bespitzelung der Arbeiter ab. Innerhalb dieser Organisation besteht ein Verband, der „Soldaten-Treubund“, dem nur „zuverlässige“ Unteroffiziere angehören. Die Aufgaben dieser Leute sind: 1. Angehörige der Arbeitsgemeinschaft zu beobachten und **zuviel Wissende zu beseitigen;** 2. Nachrichtendienst zu verrichten und 3. **werden sie in Fabrikbetrieben untergebracht, um die Arbeiter auszuhorchen.**

Nach amerikanischem Muster sollen also auch in Deutschland sogenannte Pinkerton-Spitzel herangezüchtet werden. Die amerikanischen Arbeiter haben mit dieser Gesellschaft die furchtbarsten Erfahrungen gemacht. Sorgen wir dafür, daß diesem Banditentum das Handwerk gelegt, bevor Schaden angerichtet wird. Sollten sich auch bei uns solche Herren einschleichen, so ist sofortige Selbsthilfe am Platze und die zuständigen Stellen sind zu verständigen.

Die Tätigkeit der Kommunisten im Buchdruckerverband.

Gegen die Tarifgemeinschaft mit den Unternehmern war im Buchdruckerverband schon von Anfang an eine starke Opposition lebendig. Mehr und mehr wuchs sich diese gegen den Reformismus der Verbandsleitung schlechthin aus. Die Opposition setzte sich aus Anhängern aller politischen Parteien zusammen, das Rückgrat aber bildeten die U. S. P.-Genossen. Sie gaben der Bewegung Richtung und Ziel und verhüteten, daß die oppositionelle Bewegung Formen annahm, die zum Schaden der Gewerkschaftsbewegung ausschlagen mußten. Nach der Revolution bestand begründete Hoffnung, in absehbarer Zeit auch im Buchdruckerverband der Idee des Klassenkampfes zum Sieg zu verhelfen. Mehr und mehr mußten sich die Führer dem Willen der Kollegen fügen. Das konnte jedoch nur geschehen, weil die Opposition von einheitlichem Geiste getragen war und bei ihren Handlungen nie das Wohl des Verbandes aus den Augen verlor.

Mit der Einheitlichkeit der Opposition scheint es nunmehr vorbei zu sein. Nach dem hallischen Parteitag der U. S. P. bildeten die Kommunisten auch im Buchdruckerverband besondere Zellen, die ihre Direktiven von K. P. D.-Parteizentrale erhalten und in erster Linie dazu dienen sollen, der kommunistischen Partei einen größeren Einfluß zu verschaffen. Wie die Kommunisten dabei zu Werke gehen, zeigt ein Rundschreiben der Reichsgewerkschaftszentrale der K. P. D. an ihre Anhänger in Nürnberg und Fürth. Die kommunistischen Führer wissen, daß ihre Anhänger bedeutungslos an Zahl und Geist sind, deshalb weisen sie diese an, nach außenhin recht harmlos aufzutreten und zu versuchen, auch die oppositionellen U. S. P.-Gewerkschaftler vor ihren Wagen zu spannen. Wie man dann aber weiterhin die U. S. P.-Genossen über das Ohr hauen will, verraten folgende Sätze:

Wo deshalb noch eine unkompromittierte „Gesamtopposition“ besteht, müssen sich unsere Genossen weiter daran beteiligen unter Wahrung unserer Grundsätze und unserer Handlungsfreiheit. Sollte in einem solchen Falle die Leitung in Händen der U. S. P. liegen und dieselbe noch mit dem „Graphischen Block“ in Verbindung stehen, so ändere man an diesem Zustande vorläufig nichts. Die V. K. P.-Genossen müssen in diesem Falle selbstverständlich gesondert mit uns in Verbindung treten, unter Umständen ohne Wissen der U. S. P.-Kollegen.

Es werden dann den Leuten noch eine Reihe organisatorischer Maßnahmen empfohlen. In taktischer Beziehung werden sie unter anderem aufgefordert, im Buchdruckergewerbe überall Anträge auf Kündigung der Teuerungszulagen zu stellen. Ausdrücklich wird betont, daß die Arbeit im Sinne der gewerkschaftlichen Richtlinien der V. K. P. D. zu erfolgen hat.

Unsere Genossen im Buchdruckerverband werden sich nach alledem sehr ernsthaft zu überlegen haben, ob sie unter diesen Umständen auch fernerhin mit den K. P. D.-Kollegen Hand in Hand arbeiten können. Wenn die Kommunisten dazu übergehen, hinter den Rücken ihrer Freunde mit der Reichsgewerkschaftszentrale der V. K. P. D. zu beraten, wie sie am ehesten die U. S. P.-Gewerkschafter an die Wand drücken können, so schalten sie als ehrliche, zuverlässige Bundesgenossen aus. Unsere Genossen haben nicht die geringste Ursache, sich zu Steigbügelhaltern der Anhänger Moskaus mißbrauchen zu lassen. Sie werden in diesem Falle natürlich nicht auf die Verfolgung ihrer Ziele verzichten und sich etwa mit den rechtssozialistischen Führerpraktiken aussöhnen, sondern sie werden au chin Zukunft dafür wirken, daß nach und nach die Ideen der Opposition zum Allgemeingut der Kollegenschaft werden.

Der Vorgang im Buchdruckerverband zeigt aufs neue, daß die kommunistischen Führer in erster Linie die Interessen ihrer Partei im Auge haben und daß sie die Opposition in dieser Gewerkschaft nur als Mittel zum Zweck benutzen.

Hauptbetriebsratswahl im Versorgungswesen.

Nach der Bekanntmachung des Hauptwahlvorstands sind bei der Hauptbetriebsratswahl bei 39 960 Wahlberechtigten 25 572 gültige Stimmen abgegeben worden. Ueber die Zahl der von ihm für ungültig erklärten Stimmen schweigt er sich aus und teilt selbst den Bezirken die von ihm festgestellten Ergebnisse nicht mit. Er hat auch allen Grund dazu, denn die Ungültigkeitserklärung von sicherer Annahme nach 10 000 Stimmen würde einen Sturm der Entrüstung bei der Angestelltenschaft hervorrufen. Der Hauptwahlvorstand zeigt durch sein Schweigen, daß er seiner Maßnahme selbst nicht traut. Verständlich aber wird sein Verhalten im Hinblick darauf, als er als erster auf einer wilden Zersplitterungsliste figurierte. Der Hauptwahlvorstand stützt sich auf einen Satz der Verordnung in den amtlichen Nachrichten, welcher lautet: „Die Stimmzettel sind von den Wählern mit der Nummer der entsprechenden zu wählenden Liste zu versehen“ und hat hiernach alle Stimmzettel, auf welche die Nummer aufgedruckt war, und wohl auch die mit der Schreibmaschine hergestellten für ungültig erklärt. Dieser Satz sagt aber nicht, daß die Listennummer eigenhändig und handschriftlich vom Wähler aufzubringen ist, auch kennt das Betriebsrätegesetz eine solche einengende Bestimmung nicht.

Also verehrter Hauptwahlvorstand: Heraus aus der Reserve, das Zahlenmaterial bekanntgegeben und zwar nach Bezirken, damit die Angestelltenschaft sich ein Bild von der wirklichen Stimmung in ihren Kreisen machen kann! Die jetzige Zusammensetzung des Hauptbetriebsrates gibt die Stimmung verfälscht wieder. Eine Preisfrage ist es, ob der Reichswirtschaftsrat, der sich mit dieser Angelegenheit nunmehr beschäftigt, die Maßnahmen des Hauptwahlvorstands unbeanstandet läßt. R.

Im **Transportarbeiterstreik in Mittweida** sind die hier geführten Einigungsverhandlungen von Erfolg gewesen. Die Arbeiter erhielten beträchtliche Zugeständnisse und beschlossen demzufolge das Ende des Streikes.

In der Streikfrage zwischen den Siegerländer Metallarbeitern und Arbeitgeberverbänden haben die Metallarbeiterverbände, da eine Einigung bisher unmöglich war, das Reichsarbeitsministerium um Vermittlung angerufen. Es handelt sich um die Zusammenlegung der Löhne und die Erhöhung der Stundenlöhne um 60 bezw. 40 Pfg.

Die luxemburgische Regierung hat, wie die Köln. Ztg. aus Luxemburg meldet, auf Betreiben Frankreichs und Belgiens ihren Erlaß vom 8. Oktober für die Errichtung von Arbeiterausschüssen (Betriebsräten) in gewerblichen Betrieben widerrufen. Die Arbeiterabordnungen haben darauf die Verhandlungen mit der Regierung abgebrochen. Die Ausstandslage bleibt unverändert.

Im Schiffbauerstreik in Schandau, Königstein, Zehren und Riesa ist nach fünfwöchiger Dauer durch Vermittlung eines Kommissars der Kreishauptmannschaft Dresden eine Verständigung zustandegekommen. Die Arbeit soll am Donnerstag in allen Betrieben wieder aufgenommen werden.

Von Nah und Fern.

Explosion eines Munitionsdepots.

TU. **Paris**, 10. März. Aus **Athen** wird gemeldet, daß ein **Munitionsdepot bei Salonik explodierte. 60 Personen wurden getötet** und eine große Anzahl von Personen verwundet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fleißner in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Piller, Borsdorf-Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210310/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Internationale sozialistische Demonstration

Sonntag, den 13. März 1921, vormittags 10 Uhr

Drei große Demonstrations-Versammlungen

im **Volkshaus**, Leipzig, **Zentraltheater**, Leipzig, **Schützenhaus**, Sellerhausen.

Tagesordnung:

Gegen die Versklavung der deutschen Arbeiter
Für den Weltfrieden
Für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundsätzen der internationalen sozialistischen Solidarität.

Redner sind die Reichstagsabgeordneten Genosse **Henke,** Bremen, Genosse **Puchta,** Plauen, und der Landtagsabgeordnete Genosse **Karl Leid,** Berlin.

Kein Leipziger Arbeiter, keine Arbeiterin darf fehlen! Sorgt für Massenbesuch der Kundgebung!

Es geht um das Schicksal der deutschen, der internationalen Arbeiterschaft!

Der Hauptvorstand U. S. P. D. Groß-Leipzig.

Amtliche Bekanntmachungen.

Taucha. Freitag, vorm. 8–11 Uhr: Briefeiverkauf bei Bunge. Zentner 17 Mk.
Der Stadtrat.

Sparkasse Wahren.

Geschäftszeit von 8 bis ½2 Uhr.

U.S.P.D. Gross-Leipzig

Liebertwolkwitz. Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Gasthof zum Schwarzen Roß. Tagesordnung: Die wirtschaftliche Lage Deutschlands und die Forderungen der Entente. Ref.: Gen. **A. Kretzschmar,** Leipzig. Zahlreiche Beteiligung erwartet. D. V.

Stünz. Freitag, den 11. März, abends 7 Uhr, **Diskussionsabend** im Landhaus. Thema: Die Ehe, wie sie ist und wie sie sein soll. Ref.: Genossin **Kühn.** Es wird erwartet, daß sich unsere Mitglieder, besonders die Jugendgenossinnen und -Genossen, zahlreich daran beteiligen.

Wahren. Freitag, den 11. März, abends ½8 Uhr, **Mitgliederversammlung** im Birkenschlößchen (Lehmicke). Tagesordnung: 1. Fortsetzung des Vortrages: Die Krise des Kapitalismus, eine wirtschaftlich-geographische Betrachtung der Staatenveränderung. Ref.: Gen. **Braunthal.** 2. Diskussion hierzu. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

L.-Eutritzsch. **Turnverein Vorwärts.** Mittwoch, den 16. März, abends ½8 Uhr, im Gosenschlößchen **Große öffentl. Versammlung.** Vortrag des Turng. C. Gellert: **Warum und wo soll der Arbeiter Leibesübungen betreiben?** Wir laden alle Brudervereine hierzu ein. D. T.

L.-Gohlis. Morgen Freitag, nach der Turnstunde im Brauerei-Ausschank **Mitglieder-Versammlung.** Vollzählig. Erscheinen erwünscht.

L.-Süd. **Turn- und Sportverein Vorwärts. (E. V.)** Am Sonnabend, dem 12. März, findet im **Eiskellerpark,** L.-Connewitz, unsere **Osterfeier** statt, wozu wir alle Eltern mit ihren Kindern einladen. Anfang ½6 Uhr. Eintritt für Kinder 50 Pfg., für Erwachsene 1 Mk.

Radfahrer-Bund Solidarität

Reigenfahrwarte. Sonntag, den 13. März, vorm. 9 Uhr, **Bezirksfahrstunde** in Leutzsch, Schwarzer Jäger. Infolge wichtiger Besprechung ist unbedingtes u. pünktliches Erscheinen notwendig, auch der **Saalfahrwarte des 11. Bezirks,** soweit Saalmaschinen vorhanden sind. **Fr. Bartsch.**

Abt. L.-Stünz. Sonnabend, den 12. März, abends 6 Uhr, im Gasthof zu L.-Stünz, **Frühjahrsfest. Lebende Bilder** (Radfahrer-Szenen), verschiedene andere Aufführungen.

ff. Margarine, goldfrisch Pfd. **9.—**
Prima Essmargarine, goldfrisch . . . . Pfd. **10.—**
Prima Tafelmargarine, wie Butter . . Pfd. **11.—**
Alle Hülsenfrüchte billigst und gut
Prima Schmalz, das Beste vom Besten
Prima Kernseife, Doppelstück ca. 250 Gramm **3.50**
Prima Krystallsoda . . . . . Pfd. **90 ₰**
Milch mit Zucker . . . . . Dose **8.50**
Milch ohne Zucker . . . . . Dose **6.80**
Dyck Stötteritzer Strasse Telephon 4904. **8b.**

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleussig

U. S. P. D.

Freitag, den 11. März, abends ½8 Uhr
im Gosenschlößchen, Plagwitz (Kolonnadensaal, Eingang Elisabethallee)

Eltern-Versammlung

für die 47., 48. und 49. Volksschule.

Tagesordnung:

1. **Vortrag** über: **Die Bedeutung der Elternräte.**
2. Aufstellung der Kandidaten zur Elternratswahl.
3. Verschiedenes.

Die Genossinnen und Genossen, welche Kinder (auch Neuaufgenommene) in die drei obigen Volksschulen schicken, sind unbedingt verpflichtet, diese Versammlung zu besuchen.
Der Vorstand.

Sonntag, den 13. März, vormittags 10 Uhr
im „Felsenkeller", Leipzig-Plagwitz

Gedächtnisfeier zu Ehren der im März 1920 gefallenen Arbeiter.

Neben Rezitation, Gedächtnisrede und Gesangsdarbietungen wird das

Große Melodrama „Der Tag des Proletariats"

von Toller aufgeführt.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Diese Veranstaltung soll neben der Ehrung der Gefallenen gleichzeitig eine wuchtige Demonstration gegen den Weltkapitalismus und seine Auswüchse (Londoner Beschlüsse) sein. **Sorgt deshalb für Massenbesuch!**

Eintrittskarten zu 3 Mk. sind an allen bekannten Stellen zu haben.
Der Vorstand des Ortsvereins.

Kohlen- Groß-Handlung
Paul Bockisch
Leipzig, Neumarkt 31/33
Telephon 3593
beliefert prompt und reell **Briketts, Kohlen, Koks** auf Bahn- und Landbezug und erbittet Anmeldung der neuen Kohlenkarten für Hausbrand, Gewerbe und Zentralheizungen. |*

— **Aeusserst preiswert!** —
Vierfrucht-Marmelade
Pfd. **3.80** Mk., bei 5 Pfd **3.50** Mk.
Johannisbeer, Apfel à Pfund **4.50** Mk.
Desgleichen empfehle meine **reinen Marmeladen** in bester Qualität und billigsten Preisen.
ff. Schnittbohnen 5.30
solange Vorrat . . . . 2 Pfd.-Dose
Konserven-Fabrik Friedrich Hörig
Leipzig-Lindenau, Leutzscher Strasse 14.
Detail-Verkäufe: **L.-Lindenau,** Leutzscher Strasse 14, und **Leipzig,** Petersteinweg 15 (Laden) **Eingang Härtelstrasse.**

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband

Filiale Leipzig
Braustraße 17, III. — Telephon 19367.

Freitag, den 11. März, abends 7 Uhr, findet in den Coburger Bierhallen, Brühl 8

Wichtige Funktionärsitzung
für die Herren u. Damenschneiderbranche

statt. Wir erwarten, daß jede dieser beiden Branchen vertreten ist. Die Ortsverwaltung.

Asphalteure!

Sonnabend, den 12. März, abends 6 Uhr, im Sanssouci

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. Wahl der Delegierten zum Verbandstag. 2. Beschlußfassung über den neuen Tarif. 3. Verschiedenes. Der Einberufer.

Baugenossenschaft Portitz, e. G. m. b. H.

Freitag, 25. März, nachm. 2 Uhr, in Schmidts Restaur., Portitz: **Ordentliche Hauptversammlung.** T.-O.: 1. Geschäftsbericht. 2. Genehmigung der Bilanz u. der Gewinn- u. Verlustrechnung. 3. Entlastung des Vorst. 4. Vert. v. Gew. u. Verl. 5. Antr. 6. Wahl d. Aufsichtsr. 7. Versch.

Portitz, den 10. März 1921.

Der Aufsichtsrat. Hempel. Der Vorstand. Rich. Nietzschmann. M. Rieger.

Familien-Nachrichten

Nach langem schwerem, aber mit großer Geduld ertragenem Leiden verschied am Mittwoch, früh 11 Uhr, mein lieber Gatte, unser treusorgender Vater, Großvater, Schwiegervater und Bruder, der Buchbinder

Gustav Richter

im Alter von 68 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt an

L.-Reudnitz, Mühlstraße 36, II. l.

Therese Richter geb. Schulze und Hinterbliebene.

Beerdigung Sonnabend, den 12. März, nachm. 2 Uhr, von der Kapelle des neuen Johannisfriedhofes aus.

Hierdurch zur traurigen Nachricht, daß meine liebe Frau, meine gute Mutter

Martha Klemm geb. Steyer

schnell und unerwartet am 8. März verschieden ist.

L.-Kleinzschocher, Dieskauerstraße 72.

Hugo Klemm
nebst Sohn und allen Angehörigen.

Einäscherung Sonnabend, vorm. 11 Uhr, Südfriedhof. Blumenspenden dankend abgelehnt.

Allen denen, die unsere treue unvergeßliche Mutter, Schwiegermutter, Großmutter Schwester, Schwägerin und Tante, Frau

Alma verw. Heimbold geb. Firo

noch im Tode ehrten und uns durch Blumenschmuck und Trostworte in wohltuender Weise ihre Anteilnahme an dem uns betroffenen unersetzlichen Verlust kundgegeben haben, sei hiermit herzlichst gedankt.

Knautkleeberg und Großzschocher.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Danksagung. Für die wohltuenden Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Tochter, Schwester und Mutter

Marie Preußer

sagen wir hierdurch unseren tiefempfundenen Dank. Besonderen Dank Herrn Willi Naumann für die trostreichen Worte am Sarge unserer lieben Entschlafenen.

L.-Connewitz, den 8. März 1921.

O. Preußer nebst Hinterbliebenen.

Prima weißes Mehl
verkehrsfreies Maisprodukt von feinster Qualität
1 Pfund nur **2.75 Mk.**
Maisgrieß (weiß) **2.75**
Maispuder **3.50**
Für Koch- u. Backzwecke bestens geeignet.
Ferner.
Reisstärke **8.00**
Reiner Kakao **16.25**
Max Werner Tel. 6462 gegr. 1872
Albertstraße 52 am Floßplatz
Ausgabe für Lindenau: **L. Schmidt,** Cranachstr. 19.

Kognak 40proz. Fl. 42 Mk.
Rum . . Fl. 50 Mk.
empfiehlt
Leipzig-Plagwitz
L. O. Kaspar Nachf.

Haut-, Geschlechts-
u. Harnleid., norg. nerv. Schwäche behand. **Dr. med. Dorl,** nicht approbiert. Mitgl. naturwiss. Gesellsch. Leipzig, Kurprinzstr. 5, Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr. |*

Kurt Welz, Tanzlehrer
Einzel-Unterricht 100 Mk.
— Zentrum 40305. — |*

Achtung, Tierhalter!
Kleinkörniger gesunder Mais
1 Pfund nur **1.70 Mk.**
Großabnehmer Vorzugspreise (Säcke mitbringen).
Ferner das beliebte
Maisfuttermehl 1.60 Mk.
Max Werner Tel. 6462 gegr. 1872
Albertstraße 52 am Floßplatz
Ausgabe für **Lindenau: L. Schmidt,** Cranachstr. 19.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210310/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. März.

Parteiangelegenheiten.

Alt-Leipzig, Nordbezirk. Morgen Freitag, den 11. März, abends ½8 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre und Gruppenführer im Restaurant Berliner Tor, Berliner Straße 15.

Zeitungskommission von Alt-Leipzig. Dienstag, den 15. März abends 7 Uhr, im Volkshause: Sitzung. Wichtige Tagesordnung!

Sellerhausen. Sonnabend, den 12. März, abends ½8 Uhr, Funktionärsitzung im Restaurant Krone. Wichtig.

Thonberg-Neureudnitz. Beikassierer! Morgen Freitag, abends 7 Uhr, bestimmt erscheinen.

Der Vortrag im Kursus Jensen beginnt morgen Freitag, abends ½7 Uhr, im Lehrsaal, Braustraße 17.

Arbeiterbildungsinstitut.

Südostbezirk, Kinderschutzmitglieder! Morgen Freitag, den 11. März, abends 7 Uhr, wichtige Zusammenkunft in Stötteritz Bibliothek, Glasenstraße 27. Tagesordnung: Unsre Aufgaben. Interessenten sind freundlichst eingeladen.

Das Ortskartell Leutzsch, dem alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereine angehören, ehrt am Sonntag, dem 13. März, die Märzgefallenen auf dem Leutzscher Friedhof. Die Mitglieder der U. S. P. versammeln sich früh ½10 Uhr am Restaurant Vater Jahn, Lindenauer Straße.

Taucha. Arbeiterbildungsausschuß, morgen Sonnabend, den 12. März, abends ½8 Uhr, wichtige Sitzung im Goldenen Löwen.

Der Geist von 1914.

Am Mittwoch, abends ¾10 Uhr! In den inneren Straßen der Stadt herrscht noch immer Meßtrubel. Vor dem Hauptbahnhof ist der Verkehr besonders stark. Da ertönt von der Hauptpost her Gesang: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen, sterben wie ein tapfrer He—e—e—eld usw." Dazwischen hört man: „Deutschland, Deutschland" und „Fest steht und treu die Wacht am Rhein". Schon um 7 Uhr abends war eine Demonstration von der Deutschnationalen Partei angesetzt, die Einladungen dazu waren aber bezeichnenderweise ausgegeben von „Meßfremden und Leipziger Bürgern". Auf dem Augustusplatz war die Beteiligung sehr schwach, die eingeladenen Meßfremden vertrubelten sich gleich wieder, aber vor dem Bismarckdenkmal „schwur die Riesenversammlung in Liebe und Treue zu Vaterland und Gott, dem ehernen Kanzler nachzustreben". So ist es zu lesen in den Leipziger Neuesten Nachrichten. Bemerkenswert ist dazu noch, daß dieser Bericht in der zweiten Beilage der Nachrichten erscheint, während am Tage vorher der Bericht über die Kommunistendemonstration in viel auffälliger Weise mit hervorgehobenem Druck auf dem Titelblatt abgedruckt wurde.

Nach dem Rütlischwur am Bismarckdenkmal zogen die Nationalisten nach dem Innern der Stadt, an der Hauptpost vorbei, den Ring entlang zum Hotel Astoria. Die Neuesten schreiben von 12 000 Demonstranten, es mag der sechste Teil gewesen sein. An der Spitze des Zuges ein Fahnenträger mit schwarz-weiß-roter Flagge. Hinter dem Fahnenträger ein kaum der Schule entwachsener Junge, der nach Knabenart auf den Achseln eines Erwachsenen ritt und ein Schild trug mit der Aufschrift: Wir protestieren gegen London. Etwa 10 schwarz-weiß-rote Flaggen mit und ohne Hakenkreuzen wurden in dem Zuge geführt. Beteiligt waren an dem Zug zumeist blutjunge Leute, wie sie in Sportvereinen zu treffen sind, Schüler, Studenten, auffallend viel Reichswehrsoldaten, Pfadfinder, Mitglieder des Bundes der Kaisertreuen, auch einige ältere Männer und nicht wenige junge Mädchen. Unter den Beteiligten war mancher, der den Stempel der elenden Ernährung und der traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse deutlich an sich trug. Diese Gezeichneten erprobten ihre Lungenkraft nicht weniger als die andern. Und dann die Mädchen! Aus einem Trupp klangen die Mädchenstimmen besonders stark hervor: „Siegreich wolln wir Frankreich schlagen, sterben als ein deutscher He—e—e—eld". Mit Schwung und Begeisterung sangen die Todesmutigen in hohem Diskant, die Straßenpassanten lauschten und machten gute oder schlechte Witze über den „He—e—e—eld".

Welch eine Ironie! Die nationalistisch Begeisterten singen 1921 wie 1914 „Siegreich wolln wir Frankreich schlagen!" oder „Fest steht und treu die Wacht am Rhein". Jawohl, sie steht fest, aber sie wird in Frankreichs Auftrag von Farbigen aus Afrika und sonstwoher ausgeübt. Der bis zum Jahre 1914 systematisch herangezüchtete Wahnsinn wirkt 1921 lächerlich. Aber es geht manchen Leuten trotzdem nichts über so eine schwarz-weiß-rote-deutsch-nationalistisch-radaupatriotische Abendbegeisterung unter dem Hakenkreuz. Diese Begeisterung hat auch Ausdauer, denn sie erfordert weiter keine Opfer. Daher erprobten die Hakenkreuzler vor dem Astoriahotel mit Ausdauer ihre Lungen. Zur Abwechslung sangen hier die Nationalisten auch den Choral: „Eine feste Burg ist unser Gott". Erinnerung: „Gott strafe England!" — „Gottes Strafgericht über die Feinde!" Aber auch das Wort vom sogenannten alten Fritz: „Der liebe Gott ist immer bei den stärksten Bataillonen!"

Da die Sache vor dem Astoria langsam langweilig wurde, verzog sich ein Teil der zuschauenden Meßfremden und die Demonstranten selbst bekamen auch genug vom Astoriahotel, deshalb zogen sie noch einmal durch die innere Stadt auf den Augustusplatz, wo sich dasselbe Spiel wiederholte.

Es ist der Geist von 1914! Urteilslose Angehörige der Arbeiterklasse lassen sich von nationalistischen Treibern mißbrauchen. „Einheitsfront!" brüllten die schwarz-weiß-roten Nationalisten, und „ein gutes Volk muß in Zeiten der Gefahr einig sein" verkündet der rechtssozialistische Landtagspräsident Fräßdorf. Der Sinn ist hier wie dort derselbe: Gefährliche Machinationen der Nationalisten, gefährliche Illusionen der Rechtssozialisten. Die Arbeiterschaft aber braucht gerade heute mehr denn je klaren Kopf und kühle sozialistische Erkenntnis ihrer Klassenlage. Dem Geist von 1914 gilt es schärfsten Widerstand in jeder Form und an jedem Ort zu leisten! Die Zukunft gehört der sozialistischen internationalen Arbeiterschaft!

Drei große Demonstrations-Versammlungen

finden am **Sonntag, den 13. März,** in Leipzig statt.

Das internationale sozialistische Proletariat veranstaltet an diesem Tage eine

Kundgebung in allen Ländern

gegen die Versklavung der deutschen Arbeiter
gegen den Militarismus
gegen einen neuen Krieg
für den Weltfrieden
für die allgemeine Umgestaltung der Friedensverträge
für das Selbstbestimmungsrecht der Völker
für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme nach den Grundsätzen internationaler sozialistischer Solidarität.

In Massen muß die Arbeiterklasse erscheinen, denn ihr Schicksal steht zur Entscheidung.

Sorgt für eine gewaltige Beteiligung an der Demonstration!

Wie die Kommunisten lügen.

In der Nummer vom 9. März berichtet der Rote Kurier über die Vorgänge im Landtag, die sich an die Erklärung des Präsidenten Fräßdorf zu den Londoner Vorgängen anknüpften, folgendes:

Die Kommunisten verlangten, daß der Landtag sofort in eine Besprechung dieser „Rede" und der Londoner Vorgänge eintreten sollte. Wir kamen mit unserm Ansturm, die Besprechung zu erzwingen, nicht durch, denn wir blieben allein. Die USP. schloß wieder einmal — es ist dies keine Seltenheit mehr — die Einheitsfront mit den Deutschnationalen.

Man staunt über die Frechheit des Lügenbeutels, der das geschrieben hat, trotzdem man doch allerhand von den Kommunisten gewöhnt ist. Tatsache ist: **die Kommunisten haben überhaupt nicht verlangt, daß sofort in eine Besprechung dieser Rede und der Londoner Vorgänge eingetreten werden soll.** Sie konnten es gar nicht verlangen, weil ihnen ja das Wort zur Geschäftsordnung vom Präsidenten verweigert wurde. Daher konnten die Unabhängigen die Kommunisten auch nicht allein lassen. Die Unabhängigen haben keinen Zweifel darüber gelassen, wie sie über den Bruch der klaren Geschäftsordnungsbestimmungen durch den Präsidenten denken. In der Sitzung am nächsten Dienstag wollten die Unabhängigen und auch die Kommunisten eine Erklärung zu den Vorgängen abgeben. Dabei gab die scharfe Formulierung der Protesterklärung der Unabhängigen dem Landtagsvorstand Anlaß, die Abgabe dieser Erklärung zu verweigern, **während er an der Erklärung der Kommunisten keinen Anstoß nahm.** Die Unabhängigen haben sich also viel schärfer als die Kommunisten gegen das Auftreten Fräßdorfs gewendet. Der Unterschied zwischen Kommunisten und Unabhängigen bestand nur darin, daß die Unabhängigen nicht so blöde Zwischenrufe wie „Salat" machten. Weil die Unabhängigen nicht diese kindische Freude an albernen Zwischenrufen haben, deshalb faselt der alberne Berichterstatter vom Roten Kurier über die Einheitsfront der Unabhängigen mit den Deutschnationalen. Lügen haben kurze Beine und heute schon glaubt dem Roten Kurier kein vernünftiger Mensch mehr, was er gestern zusammengelogen hat.

Aus Uebermut.

Hiesige Blätter wissen zu berichten: „Ende November vergangenen Jahres wurde nächtlicherweise der am Bismarckdenkmal angebrachte **bronzene Lorbeerkranz herausgebrochen und entwendet.** Als der Täter wurde der 27jährige Student der Medizin und Leutnant der Reserve Friedrich Martin Döring aus Oschatz ermittelt und festgenommen, gegen den das Strafverfahren wegen Sachbeschädigung im Sinne des Paragraphen 304 des Reichsstrafgesetzbuches eingeleitet worden ist. Bei seinen Vernehmungen hat Döring angegeben, daß er aus Uebermut auf das Denkmal geklettert sei, dabei sei der Kranz abgebrochen, den er dann fortgeworfen habe. Seitens seines Verteidigers ist der Antrag eingegeben, Döring, der Feldzugsteilnehmer war, auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen, dem Antrage ist stattgegeben und Döring der ärztlichen Beobachtung überwiesen worden."

In andern Orten sind Arbeiter, die sich lange nicht so schwer gegen Denkmäler vergangen hatten, zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden. (Der § 304 des R.-St.-G. sieht als Höchstmaß drei Jahre Gefängnis vor!) Hier erfolgt eine ärztliche Beobachtung, die fast regelmäßig einsetzt, wenn Söhne der Bourgeoisie eine strafbare Handlung begangen haben. Dann tauchen ständig Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit auf.

Die fetten Jahre.

In einem Projekt über 9 Millionen Mark neue Aktien sagt die Ludwig Hupfeld A.-G., Böhlitz-Ehrenberg:

An Dividenden wurden für die letzten fünf Jahre bezahlt:

1915/16	6	Proz.
1916/17	20	„
1917/18	25	„
1918/19	20	„
1919/20	20	„ und Mk. 50.— Bonus.

In gleicher Weise haben die meisten industriellen Betriebe Dividenden verteilen können. Viele haben noch ganz andre Ueberschüsse zu verzeichnen gehabt. Der Segen ist vor allem den Aktionären zugute gekommen, die reine Parasiten sind und vom Ertrag der Tätigkeit der Arbeiter leben. Die Arbeiterschaft aber hat gerade in den letzten Jahren Zeiten der bittersten Not durchgemacht.

Es fehlen eine Million Wohnungen. Die Zahl der fehlenden Wohnungen in Deutschland wird im Wohlfahrtsministerium auf eine Million veranschlagt. Vor dem Kriege wurden im Jahre etwa 200 000 neue Wohnungen notwendig. Dazu kamen etwa 100 000 Wohnungen als Ersatz für unbrauchbar gewordene Wohnungen. Während der letzten fünf Jahre hat die Bautätigkeit fast ganz geruht. Im zweiten Viertel des Jahres 1920 standen in Groß-Berlin einer Nachfrage von 85 647 Wohnungen ein Angebot von 16 449, also noch nicht 20 Prozent der Nachfrage gegenüber, am meisten nach Wohnungen von einem Zimmer mit Küche. In der Provinz Brandenburg war die Nachfrage am größten nach Wohnungen mit zwei und drei Zimmern, ebenso in Schlesien. Im Rheinland werden dagegen Wohnungen mit zwei und drei Zimmern am stärksten begehrt. Auch nach solchen von vier und fünf Zimmern herrscht noch erheblicher Begehr. In den Gemeinden bis zu 100 000 Einwohnern der Provinz Brandenburg betrug das Angebot 27 Prozent der Nachfrage, in den größeren Orten bis

---

Der Taugenichts.

6] Von Anton Tschechow.

In den kleinen Zimmern, die seine Mutter bewohnte, war es sehr eng; überall, selbst im Flur und Vorzimmer, standen die Möbel herum, die man nach dem Verkauf des Gutes aus dem großen Hause herübergeschafft hatte; es waren lauter altertümliche Mahagonimöbel. Frau Tscheprakowa, eine volle, alte Dame mit chinesischen Schlitzaugen, saß in einem schweren Sessel am Fenster und strickte. Sie empfing mich höchst zeremoniell.

„Mam, das ist Herr Polosnjew," stellte mich Tscheprakow vor. „Er tritt hier in Stellung."

„Sind Sie adlig?" fragte sie mich mit seltsam unangenehmer Stimme, die so klang, als ob in ihrem Halse Fett kochte.

„Ja," antwortete ich.

„Nehmen Sie Platz."

Das Mittagessen war schlecht. Es gab eine Pastete mit bitterem Quark, eine Milchsuppe und sonst nichts. Jelena Nikiforowna, die Dame des Hauses, blinzelte mir die ganze Zeit bald mit dem einen, bald mit dem andern Auge zu. Sie sprach und aß, aber in ihrem ganzen Wesen war etwas Totes, und ich glaubte sogar Leichengeruch zu spüren. Das Leben glimmte in ihr ebenso schwach wie das Bewußtsein, daß sie eine Gutsbesitzerin, die einst Leibeigene besessen hatte, und Generalswitwe sei, die die Dienstboten Exzellenz zu titulieren haben; wenn diese kümmerlichen Reste ihres einstigen Lebens in ihr wieder aufleuchteten, pflegte sie ihrem Sohn zu sagen:

„Jean, du hälst das Messer nicht so, wie es sich gehört!"

Oder sie wandte sich, schwer keuchend, an mich, mit der Geziertheit einer Dame, die ihren Gast unterhalten will:

„Wissen Sie, wir haben unser Gut verkauft. Es tut uns natürlich furchtbar leid, denn wir sind an diese Gegend gewöhnt, aber Dolschikow hat versprochen, Jean zum Stationschef von Dubetschnja zu machen. So werden wir von hier nicht fortziehen müssen, sondern auf der Station wohnen, und das ist genau so wie auf dem Gute. Der Ingenieur ist so gut! Finden Sie nicht auch, daß er ein schöner Mann ist?"

Die Tscheprakows lebten vor nicht langer Zeit als reiche Leute, aber nach dem Tode des Generals hatte sich alles verändert. Jelena Nikiforowna zankte sich und prozessierte mit den Nachbarn, kürzte den Angestellten und Arbeitern die Löhne und hatte immer Angst vor Dieben und Räubern; nach kaum zehn Jahren war Dubetschnja nicht mehr wiederzuerkennen.

Hinter dem großen Hause lag ein alter Garten, in dem Gras und Gesträuch verwilderten. Ich betrat die schöne und noch gar nicht baufällige Terrasse und blickte durch die Glastür ins Innere des Hauses hinein. Ich sah ein Zimmer mit Parkettfußboden, wohl einen Salon mit einem alten Klavier und Stichen in breiten Mahagonirahmen an den Wänden; sonst war nichts drin. Von den früheren Blumenanlagen waren nur Päonien und Mohn übriggeblieben, die aus dem Grase ihre weißen und grellroten Köpfe hoben. Längs der Wege wuchsen, einander drängend, junge Ahornbäume und Ulmen, die von den Kühen ordentlich angenagt waren. Das Dickicht schien undurchdringlich; so war es aber nur in der Nähe des Hauses, wo noch Pappeln, Fichten und Linden, die wohl ebenso alt wie das Haus waren, standen. Aber weiter hinaus war der Garten schon zu einer Weide ausgerodet; hier war es nicht mehr so schwül, hier bekam man nicht fortwährend Spinngewebe in den Mund und in die Augen, hier wehte ein erfrischender Wind. Und noch weiter vom Hause weg war es schon sehr geräumiger; hier standen ganz frei Kirschen-, Pflaumen- und Apfelbäume, von Stützen und Brand entstellt, und so große Birnbäume, daß man gar nicht glauben wollte, daß es Birnbäume seien. Dieser Teil des Gartens war an Obsthändlerinnen aus der Stadt verpachtet, und ein halbverrückter Bauer, der in einer Hütte wohnte, bewachte ihn vor den Staren und Dieben.

Der Garten ging dann allmählich in eine richtige Wiese über und stieg zum Flüßchen herab, das mit grünem Schilf und Weidengebüsch umwachsen war; neben dem Mühlendamme lag ein tiefer, fischreicher Teich. Die mit Stroh gedeckte Mühle rauschte wütend, und die Frösche quakten wie wahnsinnig. Auf dem glatten Wasserspiegel zogen Kreise, wenn ein Fisch die Stengel der Wasserlilien streifte. Jenseits des Flüßchens lag das Dorf Dubetschnja. Der stille blaue Teich lockte zu sich und verhieß Kühle und Ruhe. Und jetzt gehörte das alles — der Teich, die Mühle und die schönen Ufer dem Ingenieur!

Nun begann mein neuer Dienst. Ich empfing Telegramme und gab sie weiter, setzte allerlei Berichte auf und schrieb die Bestellzettel, Klagen und Rechnungen ins reine, die uns die kaum des Schreibens kundigen Polliere und Meister schickten. Den größten Teil des Tages tat ich aber nichts und ging, in Erwartung von Telegrammen, im Zimmer auf und ab; oder ich ließ einen Jungen als Aufpasser zurück und spazierte im Garten, bis der Junge mir meldete, daß der Apparat klopft. Zu Mittag aß ich bei der Frau Tscheprakow. Fleisch gab es sehr selten; meistens bekamen wir Milchspeisen und an Mittwochen und Freitagen — Fastenspeisen; an diesen Tagen standen rosa Teller auf dem Tisch, die man „Fastenteller" nannte. Frau Tscheprakowa hatte die angenehme Angewohnheit, mir immer zuzublinzeln, und in ihrer Gegenwart fühlte ich mich recht unbehaglich.

Da es nicht einmal für einen Menschen genug Arbeit gab, so tat Tscheprakow gar nichts, sondern schlief meistens oder ging mit der Flinte an den Teich, Wildenten zu schießen. An Abenden betrank er sich im Dorfe oder auf der Station, betrachtete sich dann vor dem Schlafengehen in einem kleinen Spiegel und rief sich selbst zu:

„Guten Abend, Iwan Tscheprakow!"

Wenn er betrunken war, sah er sehr blaß aus, rieb sich immer die Hände und wieherte wie ein Pferd. Manchmal zog er sich auch ganz nackt aus und lief in diesem Zustande im Felde herum. Er aß auch Fliegen und behauptete, daß sie säuerlich schmeckten.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Gustav Herrmanns zweiter Abend am Dienstag im Feurichsaale bot allerlei sehr stark gepfefferte Sachen auf dem Gebiet der Satire und Erotik. Die Frechheiten wurden indessen geadelt durch eine strenge Auswahl, die nur literarisch Wertvolles berücksichtigte und durch den künstlerischen Vortrag. So war volles Gelingen gegeben — bis auf den Besuch, der sehr spärlich war.

H. B.

Stadtgeschichtliches Museum. Die Theaterausstellung im Stadtgeschichtlichen Museum hat durch Ueberlassung der Impekoven-schen Entwürfe für die Martersteigsche Peer-Gynt-Inszenierung eine wertvolle Bereicherung erfahren.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210310/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

50 000 Einwohnern 12 Prozent, in den Gemeinden von 50 000 bis 100 000 Einwohnern 6 Prozent. In der Rheinprovinz betrug das Angebot in den Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern 30 Proz., bis 50 000 Einwohner 20 Prozent, bis 100 000 Einwohner 13 Prozent, darüber 15 Prozent.

Verzeichnis der ausländischen Konsuln in Sachsen. Wie uns die Handelskammer Leipzig mitteilt, hat die Buchdruckerei B. G. Teubner in Dresden, Große Zwingerstraße 16, von dem in Nr. 46 der Sächsischen Staatszeitung enthaltenen **Verzeichnis der ausländischen Konsuln, die für den Freistaat Sachsen zuständig sind,** Sonderabdrücke für den Handgebrauch (Oktavformat) hergestellt, die zum Preise von 50 Pf. das Stück zuzüglich Porto unmittelbar von ihr bezogen werden können. Dieses Verzeichnis dürfte von Wichtigkeit besonders für die Handelskreise sein.

Führung durch die Technische Messe. Wie in vorhergehenden Jahren, wird auch diesmal wieder unter Führung des Afa-Bundes eine Führung durch die Technische Messe unternommen. Alle Kolleginnen und Kollegen, die Interesse dafür haben, die Ingenieure, Techniker, Werkmeister und Handlungsgehilfen, die den Afa-Verbänden angehören, treffen sich am Sonnabend, dem 12. März, nachmittags 3 Uhr, an der Bugra. Wir ersuchen um rege Beteiligung. Afa-Bund.

Die Dividendenausschüttungen in Leipzig. Der Aufsichtsrat der Spar- und Gewerbebank in Leipzig schlägt der am 30. März stattfindenden Hauptversammlung bei sehr reichlichen Abschreibungen eine Dividende von 8 (i. V. 7) Prozent vor.

Die Gebühr für die Abstempelung von privaten Drucksachen mit dem Freimarkenstempel durch die Reichsdruckerei wird am 10. März auf 75 Mk. das erste Tausend derselben Wertgattung erhöht. Jedes weitere Tausend oder ein Teil davon kostet 40 Mk. Für zweifarbige Markenwerte wird sogar die doppelte Gebühr berechnet. Der Druck jedes einzelnen Wertzeichens kostet im ersten Tausend also wenigstens 7½ Pfg., u. U. sogar 15 Pfg. Dazu kommt natürlich noch der Betrag des Wertzeichens, sowie die Kosten der Einsendung der Drucksachen an die Reichsdruckerei und die Rücksendung von dort nebst Verpackungskosten, Rollgeld, Zustellgebühr usw. Abgestempelt werden bis zu 4 Mk. Kartenbriefe, Postkarten, Briefumschläge, Streifbänder und offene Drucksachen. Auch sonst sind neue ausführliche Bestimmungen für das Verfahren aufgestellt worden. Vor dem 10. eingelieferte Drucksachen werden zur alten Gebühr abgestempelt.

Aufwandentschädigung. Der vom Rat mit Zustimmung der Stadtverordneten beschlossene I. Nachtrag vom 24. Januar 1921 zum Ortsgesetz vom 27. November 1919 über Aufwandentschädigung an ehrenamtliche Mitglieder von Gemeindevertretungen usw. ist vom Ministerium des Innern genehmigt worden. Er liegt im Neuen Rathaus, Hauptgeschoß Zimmer 309, vier Wochen lang zur Einsicht aus. Dir.-Reg. 538-20.

Ueber den Verlauf der Mustermesse schreibt uns heute das Meßamt u. a. **110 000** Meßabzeichen waren bis Mittwoch mittag verkauft, also 10 000 mehr als am Dienstag. Im Laufe des Mittwoch begann der Verkehr und damit auch das Geschäft allerdings etwas abzuflauen. Es ist das mit auf die Gepflogenheiten des Hauptteils der Einkäufer, zu ihren Geschäftsabschlüssen die beiden ersten Meßtage zu benutzen, zurückzuführen. Man ist von ihr um so weniger abgewichen, als man mit einem Sinken der Preise während der Dauer der Messe nicht rechnet. Die Preise sind ja in den meisten Branchen noch immer hoch. Die Einkäufer klagen vielfach darüber und für die Geschäftsentwicklung ist das immerhin ein Hemmnis. Die Orders bleiben deshalb in ihrer Höhe vielfach hinter den Erwartungen der Aussteller zurück. Diese selbst urteilen — sogar innerhalb derselben Branchen — über den Verlauf des Messegeschäftes sehr verschieden, sodaß man ein klares Bild über den Absatz mancher Industrieerzeugnisse schwer gewinnt.

Sozialistischer Rede- und Leseabend. Die Vortragsreihe: Das Wesen des Staats wird heute Abend fortgesetzt. Genosse Jenssen spricht über: Der kapitalistische Staat. Der Vortrag beginnt **pünktlich ½8 Uhr im Speisesaal der Volkszeitung.**

Ueber das Thema Völkerverständigung spricht Lida Gustava Heymann am Sonntag, dem 13. März, abends 7½ Uhr, im Vereinshause, Roßstraße, Blauer Saal. Die Versammlung wird von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit einberufen.

Neuanmeldung von Briketts für Erwerbslose und Kurzarbeiter!

Alle Besteller müssen sich wie folgt anmelden: Ausgabestellen Plagwitz, Elisabeth-Allee und Bayrischer Bahnhof (Maß u. Co.), Lößniger Straße, **Montag, den 14. März, und Dienstag, den 15. März,** Sellerhausen, Bennigsenstraße (Maß u. Co.), und Eutritzsch, Freiladebahnhof (Werner, Gleis 21), **Mittwoch, den 16. März, und Donnerstag, den 17. März,** Stötteritz, Städtischer Lagerplatz, Dauthestraße, **Freitag, den 18. März.**

Der Arbeitslosenrat.

Holz für Erwerbslose und Kurzarbeiter!

Buchenholz-Ausgabe, ofenfertig geschnitten, der Zentner 14 Mk., täglich bei Kurt Stöbe, Kohlenstraße 14.

Der Arbeitslosenrat.

Lebensmittelkalender für Freitag, den 11. März.

Für Haushaltungen.

Ausgabe von Briketts an Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene bei der Firma Georg Werner auf dem Magdeburg-Thüringer Freiladebahnhof auf Gutscheine des Ortsamtes für Kriegerfürsorge Nr. 101—250 von 8 bis 12 Uhr (je zwei Zentner).

Briketts für Arbeitslose: Einlösung von Gutscheinen der noch freigegebenen Briketts Gerberstraße 3, Hof, Zimmer 2.

Für Händler.

Butter: Bezugskartenentnahme Nr. 1—1000 des Berechtigungsausweises und Abgabe der Bezugskarten B 203.

Veranstaltungen der Arbeiterturn- und Sportvereine.

Turner, Bezirk. Frauenturnwarte! Die offizielle Musik für die Freiübungen der Turnerinnen zum Reichssporttag ist „Hamburger Gavotte" von Alfons Czibulka, op. 300. Zu beziehen für Klavier und Bandoneon vom Arbeiter-Turnverlag.

Gruppen. Stadtgruppe Leipzig. Kreis-, Bezirks- und Gruppenbeiträge (pro Mitglied 1 Mk.) sind an den Gruppenkassierer Paul Liebing, L.-Kleinzschocher, Wiegandstraße 45, II, umgehend zu zahlen. Zuschriften, welche die Stadtgruppe betreffen, sind zu richten an Heinrich Wutke, Leipzig, Fichtestraße 20.

Südgruppe. Gruppenleitungssitzung heute Donnerstag 8 Uhr in der Börse, [illegible]

Vereine. L.-Ostvorstadt. Freitag, 8 Uhr: Vereinsversammlung in der Gäßchen eine, L.-Sellerhausen. Wichtige Tagesordnung, das Turnen fällt an diesem Tage aus. — L.-Schönefeld. Heute Donnerstag nach dem Turnen Turnratssitzung im Sächsischen Hof. — L.-Thonberg. Sonnabend, 7 Uhr: Mitgliederversammlung bei Quasdorf, Bericht vom Bezirksturntag. — L.-Gohlis. Freitag, nach dem Turnen: Mitgliederversammlung im Brauereiausschank Ackau. Bericht vom Bezirksturntag. — Freie Turnerschaft L.-Möckern. Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung aller Abteilungen. Turnen beginnt deshalb schon um 7 Uhr.

Turnspieler. Faustballspiele für Sonntag, 20. März. Spielplatz L.-Sellerhausen (Tunnelwiese). 9 Uhr: Stötteritz II—Thonberg (Osten); 9.30 Uhr: Paunsdorf—Osten (Thonberg); 10 Uhr: Engelsdorf—Schönefeld (Paunsdorf); 10.30 Uhr: Stötteritz I—Eilenburg (Schönefeld). — Spielplatz Gohlis (Mannenkaserne). 9 Uhr: Mockau II—Gohlis (Eutritzsch); 9.30 Uhr: Schladitz—Eutritzsch (Mockau); 10 Uhr: Wahren—Radefeld (Gohlis); 10.30 Uhr: Mockau I—Stahmeln (Schladitz). — Gemeindespielplatz Leutzsch. 9 Uhr: Lindenau I—Leutzsch (Plagwitz); 9.30 Uhr: Plagwitz—Schönau (Lindenau); 10 Uhr: Lindenau III—Kleinzschocher (Schönau). — Spielplatz Oetzsch (Elektrizitätswerk). 9 Uhr: Eiche—Oetzsch (Connewitz); 9.30 Uhr: Connewitz—Gautzsch (Eiche); 10 Uhr: Markkleeberg—Zöbigker (Oetzsch). — Spielplatz Markranstädt. Altranstädt—Mennen (Markranstädt). Die in Klammern stehenden Vereine stellen Schiedsrichter. Bei Regen oder ungünstigem Wetter werden die ausfallenden Spiele am Ende der Serie neu angesetzt. Für die Jugendlichen beginnt die Faustballserie am 3. April. Bitte die Vereins- und Gruppenspielleiter, soweit dies noch nicht geschehen, sofort ihre genaue Adresse anzugeben, andernfalls können diese in dem in Kürze erscheinenden Adressenverzeichnis nicht berücksichtigt werden.

Die am 13. März angesetzten Faustballspiele müssen infolge der an diesem Tage stattfindenden Demonstrationsversammlungen ausfallen. Die Spiele werden dann am 3. April neu angesetzt. Der Bezirksspielleiter.

Fußballspieler. Schiedsrichtersitzung am 10. März, abends 7 Uhr, im Restaurant Meyer, Ranstädter Steinweg 38. S.-K. Sachsen 07: Sonntag, vormittags ½9 Uhr: Vorstandssitzung. — M.-Lindenau. Dienstag, abends ½8 Uhr: Versammlung. — B.-Stötteritz. Sonnabend, abends ½8 Uhr: Versammlung bei Heyne.

Arbeiter-Schwimmverein. Der am 12. März angesetzte Familienausflug nach Gautzsch fällt aus, und wir bitten die Genossen und Genossinnen, die an dem Tage stattfindenden Trauerfeiern zu Ehren der Märzgefallenen recht zahlreich zu besuchen. Montag, den 14. März, abends 9 Uhr, Wasserballmannschaftssitzung beim Genossen Weidmann. Sonnabend, den 19. März, Schwimmwartsübungsstunde im Zoo. Die außerordentliche Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert pünktliches Erscheinen aller. Beginn 7 Uhr. — Knautkleeberg und Umgegend. Sonnabend, den 12. März, abends ½6 Uhr, Monatsversammlung im Vereinslokal. — Kursusteilnehmer. Alle Mitglieder, die zum Kursus gemeldet sind, aber bei Beginn nicht erschienen sind, haben infolge Ueberfüllung kein Anrecht an demselben. Es wird nochmals auf unsere Uebungsstunde Freitags ½8 Uhr im Carolabad hingewiesen.

Athleten. Sonntag, den 13. März, früh 9 Uhr: Ausscheidungskämpfe für den Länderkampf Finnland—Sachsen im Gasthof Windorf-Großzschocher.

Radfahrer. Freitag, den 11. März, abends 8 Uhr, Bezirksvorstandssitzung bei Meyer, Ranstädter Steinweg. Abteilung Stüng: Sonnabend, den 12. März Frühlingsfest im Gasthof Stüng. Abteilung Ost: Sonntag, den 13. März, nachmittags 4 Uhr, Treffen in den Drei Mohren. Montag, den 14. März, abends ½8 Uhr Abteilungsvorstandssitzung bei Fischer, Zollikoferstraße 37.

Naturfreunde. Wanderungen am Sonntag, 13. März: Leutzsch—Merseburg—Schkeuditz—Möckern (nur für gute Geher). 7.30 Uhr Endstation 17, 18, 19. Weißköppel—Reiche. Jugendwanderung Elsteraue 7 Uhr Endstation 1, Großzschocher. Nagel—Kurt. Halbtagswanderung: Knauthainer Park—Cospuden. 1.30 Uhr Zauchdelbrücke. Hornig. — Montag, 14. März, Leitungssitzung bei Genossen Burmeister. — Bezirksveranstaltungen. Zentrum: Mittwoch, 16. März, Musik- und Liederabend. — Osten: Donnerstag, 10. März Vortrag des Genossen Berg: Der Körperbau des Menschen. — Westen: Donnerstag, 10. März, Vortrag des Genossen Schäfer: Das Liebesleben in der Natur. — Markranstädt: Donnerstag, 10. März, Musik- und Liederabend. Schreibzeug mitbringen. — Sonntag, 13. März, Fuchsjagd (Wenitz). Treffen 7.30 Uhr. — Eilenburg: Donnerstag, 10. März, Hermann-Löns-Abend — Sonntag, 13. März, Wanderung nach Mockern. Abmarsch 7 Uhr. Führer: Herber.

Arbeiter-Schachverein. Spiellokale und Tage: Donnerstags Marienhof, Hohe Straße 49. Donnerstags Schillerschlößchen, Gohlis, Menckestraße. Donnerstags Klause, Stötteritz, Rudolf-Herrmann-Straße. Dienstags, Lindenfels, Plagwitz, Karl-Heine-Straße. Dienstags Gazonia, Mockau, Bertastraße. Mittwochs Harmonie, Reudnitz, Rathausstraße. — Sonntag, 13. März, nachmittags 4 Uhr: freier Schachverkehr im Marienhof, Hohe Straße. — Montag, 14. März, abends 7 Uhr: Sitzung der Großen Spielkommission im Schillerschlößchen. — Sonnabend, den 19. März, abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung im Lindenfels. Vortrag über Endspiele durch Genossen Voag. — Arbeiter-Schachverein Oetzsch-Gautzsch. Spielabende Sonnabends 7 Uhr in der Börse, Ecke Ost- und Hauptstraße in Oetzsch. Gäste willkommen.

Sächsische Spielvereinigung. 4. Kreis. 1. Bezirk. (Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.) Serienspiele am Sonntag, dem 13. März 1921. 1 Uhr: Sachsen 07 III—Favorit I. 1 Uhr: Favorit II—Spielvereinigung Taucha III. 1 Uhr: Sportklub-Ost III—Viktoria-Anger III. 3 Uhr: Lindenau II—Viktoria-Leutzsch II. 1 Uhr: West 03 IV—Schönau III. ½3 Uhr: Lindenau I. Jugend—Großzschocher 1 Jugend.

Ausscheidungsspiele.

½3 Uhr: Stötteritz 1. Jugend—Markranstädt 1. Jugend in Möckern. ½5 Uhr: Fortuna-Taucha 1. Jugend—Eutritzsch 1 Jugend in Stötteritz. 3 Uhr: Sachsen-Gautzsch III—Connewitz III auf dem Spielplatz Kohlstücke (großes Feld).

Gesellschaftsspiele.

3 Uhr: Stötteritz I—Pegau I. ½2 Uhr: Stötteritz II—Pegau II. 3 Uhr: Wurzen I—Lindenau I. 3 Uhr: Eilenburg I—Wurzen I. 12 Uhr: Eilenburg II—Wurzen II. ½11 Uhr: Eilenburg III Wurzen III.

Vormittag bis 1 Uhr ist Spielverbot.

Das geplante Städtespiel Erfurt—Leipzig am kommenden Sonntag in Erfurt findet nicht statt. Die betreffenden Sportgenossen brauchen also nicht am Bahnhof zu sein.

Voranzeige. Sonntag, den 20. März, nachmittags 3 Uhr, im Gemeindesportpark Leutzsch, Entscheidungsspiel um die Kreismeisterschaft. Es spielen: Dresdner Sportverein I—Fußballabteilung Turnerbund Stötteritz I.

Der Bezirksspiel-Ausschuß.

Den Opfern der Märzkämpfe

widmet die Leipziger Arbeiterschaft

sechs März-Gedenkfeiern

mit Gesang, Dichtungen, Gedächtnisrede und der Aufführung des Chorwerkes

Der Tag des Proletariats

(Karl Liebknecht gewidmet)

von Ernst Toller. Musik von Conrad Löwe.

Die Feiern finden statt:

Westbezirk: Sonntag, den 13. März, **vormittags ½11 Uhr,** im Felsenkeller, Plagwitz.

Zentrum: Montag, den 14. März, abends 8 Uhr, im Volkshaus.

Ostbezirk: Dienstag, den 15. März, abends 8 Uhr, im Schützenhaus, Sellerhausen.

Nordbezirk: Mittwoch, den 16. März, abends 8 Uhr, im Neuen Gasthof, Gohlis.

Süd-Ostbezirk: Donnerstag, den 17. März, abends 8 Uhr, im Löwenpark, Stötteritz.

Südbezirk: Freitag, den 18. März, abends 8 Uhr, in der Goldenen Krone, Connewitz.

Eintritt 3 Mark.

Der Ueberschuß wird zur Unterstützung der Märzopfer verwendet.

Karten durch die Ortsvereine und in den Filialen der Leipziger Volkszeitung.

Polizeinachrichten.

Vermißt wird seit dem 6. März der 40jährige Kaufmann Emil Mohr aus Dresden, der als Aussteller zur Messe hier weilte und in der Waldstraße 22, II., Wohnung genommen hatte. Er hat am 5. d. M., abends mit seinem ebenfalls aus Anlaß der Messe hier anwesenden Vertreter einige Lokale in der innern Stadt besucht und sich gegen 2 Uhr morgens an der Otto-Schill-Straße von jenem verabschiedet. Seit dieser Zeit fehlt von ihm jede Spur, und seine Ehefrau befürchtet, daß ihm ein Unglück zugestoßen oder er gar einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Der Vermißte ist 1,50 Meter groß, untersetzt, hat blondes Haar, rotblonden, kurz verschnittenen Schnurrbart, rundes, gesundfarbiges Gesicht, Sommersprossen an den Armen und war bekleidet mit Marengo-Cutaway und -Weste, gestreifter Hose, grauem Winterüberzieher mit Monogramm „E. M.", braunem weichem Hut, schwarzen, umgearbeiteten Militärschuhen, weißem Barchenthemd und E. M. gezeichneter Unterjacke. Er hatte u. a. eine goldene Uhr mit Sprungdeckel und kleiner Panzerkette bei sich. Sein Trauring trägt die Gravierung „13.9.20 — K. K. 18.12.20". Sachdienliche Wahrnehmungen teile man sofort der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache mit.

Wer kennt die Tote? Am 8. März, nachmittags 3 Uhr, ist in der Nähe des Germaniabades der Leichnam einer unbekannten, etwa 35—40jährigen Frau aus der Pleiße gezogen worden. Die Tote ist 1,60 Meter groß, kräftig, blond und war bekleidet unter anderem mit einem blauem, mit schwarzem Krimmer besetztem Mantel und „M. E." gezeichneter Leibwäsche. Zweifellos handelt es sich um eine Lebensmüde, die erst wenige Stunden zuvor den Tod durch Ertrinken gesucht hatte. Der Leichnam sowie die Kleidungsstücke können in der Anatomie, Liebigstraße, besichtigt werden. Wer Angaben über die Tote machen kann, tue dies sofort bei der nächsten Polizeiwache oder beim Polizeiamte, Wächterstraße 5.

Aus der Umgebung.

i. **Paunsdorf.** Kirchenaustritt. Sonntag, 13. März vormittags 10 bis 12 Uhr, ist wiederum das Standesamt zur Entgegennahme von Kirchenaustrittserklärungen geöffnet. **Benutzt** diese Gelegenheit zum Austritt aus der Kirche.

Taucha. Freitag, den 11. März, findet eine öffentliche Sitzung des Gemeinderats statt. Aus der reichhaltigen Tagesordnung sei besonders die Erhöhung des Lichtstrompreises, Beschlüsse des Kreisausschusses zu der Genehmigung des Tilgungsdarlehens von 800 000 Mk., Sonderzuwendung an die Erwerbslosen und die Bereitstellung von Mitteln zur Unterbringung von Kindern in Erholungsheimen hervorgehoben.

Baalsdorf. (Aus dem Gemeinderat.) Der Haushaltplan für das Rechnungsjahr 1921/22 weist einen Fehlbetrag von 20 045 Mark auf. Dieser soll durch Erhebung von Grundsteuer und zwar pro Einheit 80 Pfennig gedeckt werden. Es werden 4 Termine festgesetzt (15. 5. 21, 15. 8. 21, 1. 12. 21, 1. 3. 22). Mit Erhöhung der Gebühren für die Leichenfrau erklärt man sich einverstanden. Die Gesuche der Tierärzte Brünner, Liebertwolkwitz, und Dr. Seidemann, Borsdorf, um Übertragung der wissenschaftlichen Fleischbeschau, sollen befürwortend weitergereicht werden. Man nahm davon Kenntnis, daß zurzeit nur noch zwei Arbeitslose im Orte vorhanden sind und sah aus diesem Grunde davon ab, zu beantragen, daß die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung nach den Sätzen der Ortsklasse A erfolge.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Die gestrige Sitzung begann mit einem stürmischen Auftakt. Die eigenartige Handhabung der Geschäftsführung durch den Präsidenten, der am Tage vorher durch Verweigerung des Wortes zur Geschäftsordnung jede Stellungnahme der Fraktionen zu seiner politischen Erklärung verhindert hatte, veranlaßte die Fraktionen der USP. und der VKPD., gestern formulierte Erklärungen abzugeben. Diese Erklärungen wurden aber durch den Kammervorstand verhindert, weil in der Erklärung auch ein Protest gegen die Verletzung der Geschäftsordnung durch den Präsidenten enthalten war und eine Kritik der Handlungen des Präsidenten nach der Geschäftsordnung verboten sei. Die Absicht, eine Kritik an dem geschäftsordnungswidrigen Verhalten des Vorsitzenden zu vereiteln, wurde damit freilich nicht erreicht, denn diese neue Brüskierung mußte ganz naturgemäß die Differenzen verstärken. Sowohl der Vertreter der Kommunisten als auch unser Redner protestierten gegen das diktatorische Gebaren des Präsidiums. Genosse Müller wandte sich gegen den offenen Bruch der Geschäftsordnung am Dienstag und verbat sich jede Zensur an den Erklärungen der Fraktion durch den Präsidenten oder den Kammervorstand. Das heutige Vorgehen stelle einen neuen Verstoß und einen unberechtigten Versuch dar, das Recht der Abgeordneten zu beschneiden. Dagegen müsse mit aller Entschiedenheit protestiert werden.

Nach dem Beschluß des Kammervorstandes sollen die Erklärungen nun in der Donnerstagsitzung abgegeben werden, nachdem im Aeltestenausschuß eine „Klärung" versucht worden ist. Bei dieser „Klärung" wird natürlich gar nichts herausspringen denn es ist völlig ausgeschlossen, daß an dem Inhalt der vorgesehenen Erklärungen etwas geändert wird.

Es braucht nicht besonders erwähnt zu werden, daß die Geschäftsführung in diesem Falle den uneingeschränkten Beifall der bürgerlichen Parteien fand. Um so bezeichnender ist es aber, daß der deutschnationale Vizepräsident, der sich im Kammervorstand ganz besonders für die Unterbindung einer politischen Aussprache ins Zeug gelegt hatte, später in Abwesenheit Fräßdorfs zuließ, daß bei einer andern unbedeutenden Angelegenheit von einem bürgerlichen Vertreter eine politische Rede im nationalistischen Sinne geradezu vom Zaune gebrochen wurde. Der Abgeordnete Bürger von der Deutschen Volkspartei, sowie der deutschnationale Lehrer Grellmann mißbrauchten einen Antrag, der vom Kultusministerium Anordnung für den durch die Reichsverfassung vorgeschriebenen Unterricht über Staatsbürgerkunde fordert, dazu, den Versailler Friedensvertrag zum Gegenstand ihrer Erörterungen zu machen. War schon die Tatsache außerordentlich auffallend, daß ausgerechnet die Parteien, die früher den von sozialdemokratischer Seite geforderten staatsbürgerlichen Unterricht stets abgelehnt haben, jetzt diesen Antrag stellen, so ließ die Begründung und Befürwortung durch die bürgerlichen Redner vollends gar keinen Zweifel darüber aufkommen, daß für die Antragsteller nicht pädagogische Gründe, sondern lediglich reaktionäre politische Momente bestimmend gewesen sind. Nachdem aber nun Herr Dr. Wagner einmal den nationalistischen Sprechern freie Bewegung gelassen hatte, vermochte er auch den sozialistischen Rednern das Eingehen auf die politischen Gegenstände nicht mehr zu verwehren. Der Kommunist Weimer konnte sich bei dieser Gelegenheit nicht verkneifen, in der üblichen Manier einen Seitenhieb nach den sozialistischen Bruderparteien zu führen, denen er vorwarf, daß sie am Tage vorher verhindert hätten, daß die politische Debatte einsetzte. Vom Genossen Müller wurde diese unwahre Behauptung sofort angenagelt. Tatsache ist, daß unsre Fraktion nicht nur gegen den Inhalt der Fräßdorfschen Rede, sondern auch gegen die Handhabung der Geschäftsordnung lebhaft protestiert hat. Mehr haben auch die Kommunisten nicht getan, da sie das Wort zur Geschäftsordnung nicht bekamen. Ein Antrag, eine politische Aussprache aufzunehmen, ist von ihnen überhaupt nicht gestellt worden.

Der nationalistische Antrag wurde übrigens gegen die Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt. Aber die Debatte über diesen Punkt hat der Geschäftsordnungsdebatte erst ein Relief gegeben und die Berechtigung unsres Protestes gegen das Vorgehen des Präsidenten dargetan.

Im übrigen bot die Tagesordnung wenig Bemerkenswertes. Zu erwähnen ist noch ein Vorstoß der Deutschnationalen gegen die Gewerkschaften und die Betriebsräte. In einer sogenannten kurzen Anfrage fabelten die Herren Dr. Eckardt und Genossen etwas von Terror der Bezirksleitung des Textilarbeiterverbandes in Schneeberg und forderten die Regierung auf, etwas zu tun, um die „Rechtsunsicherheit" zu beseitigen. Der Angriff prallte ab, und die Herren Fragesteller waren sehr erstaunt, daß ihnen die Regierung nicht auf den Leim kroch und sie eine andre Antwort erhielten, als sie früher vom Regierungstisch aus gewöhnt waren.

Eine Erklärung der USP.-Fraktion im Landtage.

Die Erklärung, deren Abgabe von der USP.-Fraktion im Sächsischen Landtage gefordert wird, hat folgenden Wortlaut:

Der Herr Präsident hat zu Beginn der gestrigen Landtagssitzung eine Erklärung abgegeben, zu der die Mitglieder des Landtages nicht Stellung nehmen konnten, weil der Präsident sich ausdrücklich weigerte, das Wort zu dieser Erklärung oder zur Geschäftsordnung zu erteilen. Die USP.-Fraktion erblickt in der Verweigerung des Wortes zur Geschäftsordnung einen Verstoß gegen den klaren Wortlaut der Geschäftsordnung des Landtages und gegen die parlamentarischen Gepflogenheiten. Sie erhebt dagegen entschieden Einspruch.

Der Wortlaut der Rede des Herrn Präsidenten war weder mit den Parteien vereinbart, noch der Fraktion vorgelegt worden. Sie war eine private Meinungsäußerung des Präsidenten, für die wir jede Verantwortung ablehnen. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir uns weniger energisch gegen die imperialistischen Gelüste des Ententekapitalismus wenden.

Wir erkennen die Verpflichtung Deutschlands an, an der Wiedergutmachung der Kriegsschäden und an dem Wiederaufbau der Wirtschaftsbeziehungen nach Kräften mitzuarbeiten.

Aber wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die dauernde Versklavung der deutschen Arbeiter durch immer neue Forderungen und Gewaltakte, die gerade die Teile des deutschen Volkes am meisten schädigen, die alles getan haben, um dem imperialistischen Wahnsinn entgegenzuwirken und die durch den Weltkrieg eingetretenen Verwüstungen zu verhindern.

Mit der gleichen Entschiedenheit lehnen wir es ab, die Interessen des deutschen Volkes mit denen seiner kapitalistischen und chauvinistischen Ausbeuter im eigenen Lande zu identifizieren.

Wir lehnen es ab, uns bei der Abwehr der ungerechten Forderungen und brutalen Vergewaltigungsversuche des Ententekapitalismus mit den Parteien in eine Einheitsfront zu stellen, die durch ihre von egoistischen Profitinteressen diktierte Kriegspolitik mindestens zu einem großen Teile mitschuldig sind an all der Not und an all dem Elend, die jetzt mit aller Schwere auf der Kulturmenschheit lasten und die Lage des deutschen wie des internationalen Proletariats auf den denkbar niedrigsten Stand herabgedrückt haben.

Wir vertrauen nicht auf eine Einheitsfront mit den kapitalistischen Widersachern der Arbeiterschaft.

Wir sehen in der Einheitsfront der Arbeiter aller Länder gegen die Front des internationalen Kapitals die einzige Möglichkeit, einen gerechten Ausgleich zwischen den Völkern herbeizuführen und durch den Auf- und Ausbau eines im Interesse der Allgemeinheit organisierten Wirtschaftssystems die Leiden der Kulturmenschheit zu heilen.

Aus dem Rechtsausschuß des Landtags.

Im Rechtsausschuß des Landtags fand gestern die Abstimmung über die Aufhebung des sogenannten Konkubinatsgesetzes vom Jahre 1834 statt. Da die kommunistischen Vertreter nicht zur

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210310/6
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stelle waren, wurde die Vorlage, die einem Antrage der unabhängigen Partei entsprach, mit Stimmengleichheit abgelehnt. Der Schaden ist zwar nicht allzugroß, da die Abstimmung im Plenum korrigiert werden kann, aber es wäre doch wünschenswert, wenn die Kommunisten es mit ihrer Aufgabe in den Ausschüssen etwas gewissenhafter nehmen würden.

Ohne Aenderungen wurden die Vorlagen über die Erhöhungen der Gebühren für Pfandleiher und der Entwurf über die Aenderung der Entschädigungssätze für an Gehirn- und Rückenmarkentzündung verendeter Pferde und an Maul- und Klauenseuche umgestandener Rinder angenommen.

Der Bombenanschlag in Falkenstein

bietet den Reaktionären aller Schattierung Gelegenheit nach „Schutz" gegen umstürzlerische Elemente zu schreien. Der geschäftsführende Ausschuß der Falkensteiner Ortsgruppe der deutsch-demokratischen Partei hat seine Wünsche in folgender, an die sächsische Regierung gerichteten Eingabe zusammengefaßt:

1) Die Regierung bestimme Falkenstein zum Standort von mindestens einer Hundertschaft der Landespolizei. 2) Die Regierung verschaffe sich nun endlich einmal ein wirkliches Bild der trost- und schutzlosen hiesigen Lage durch Entsendung eines Beauftragten, der mehr Psychologe und Volkswirtschaftler als Parteimann sein muß. 3) Die Regierung erlasse eine unzweideutige Kundgebung des Inhalts, daß jedwede Amnestierung von Verbrecherelementen ausgeschlossen ist, die fortgesetzt durch Umtriebe und Anschläge das Vogtland in Aufregung erhalten und jeden Gesundungsprozeß insbesondere wirtschaftlicher Art unmöglich machen. 4) Die Regierung stelle ungesäumt finanzielle Mittel zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Vogtlandes, insbesondere Falkensteins, zur Verfügung.

Wie gut doch, daß sich der Bombenanschlag zur rechten Zeit ereignet hat. Es sprechen zwar alle Anzeichen dafür, daß die Täter den bürgerlichen Ordnungshelden näher stehen, als der revolutionären Arbeiterschaft, nichtsdestoweniger kann man aber in dem Dunkel, das über der ganzen Sache lagert, politische Geschäfte machen und indirekt den verhaßten Sozialisten und Kommunisten eins auswischen. Ganz offen wagen die bürgerlichen Herrschaften freilich noch nicht gegen die Sozialisten und Kommunisten vorzugehen, denn die im Falkensteiner Stadtverordneten-Kollegium sitzenden Kommunisten und Sozialisten haben der Entrüstungsproklamation mit zugestimmt, womit sie zum Ausdruck brachten, daß sie mit den Tätern nichts gemein haben wollen. Die Annahme liegt sehr nahe, daß der Anschlag von Spitzeln verübt wurde, um der sozialistischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten und den Nachweis zu erbringen, daß ein starker militärischer oder polizeilicher Schutz dringend notwendig ist. Darauf deutet auch die Forderung der Demokraten hin, eine Hundertschaft Sipo nach Falkenstein zu legen. Direkt verlogen wirkt die Forderung wegen Unterlassung von irgend welcher Amnestie. Obwohl die Demokraten ganz genau wissen, daß es sich bei den bisher erfolgten Amnestierungen nur um politische Vergehen handelt, stellen sie es so hin, als ob von den Sozialisten auch gemeine Verbrecherelemente straffrei gemacht worden seien. Wenn wirkliche Verbrecher nicht verfolgt, nicht oder nicht genügend bestraft wurden, so geschah dies von ganz anderer Seite, als von Sozialisten. Wir erinnern nur an den Kasseler Mörderprozeß, an den Aulockprozeß und andere. An diese Adressen mögen sich die bürgerlichen Herrschaften wenden, wenn sie sich beschwert fühlen.

Gerichtssaal.

Die Tötung eines Reichswehrsoldaten beim Kapp-Putsch.

Unter einem ungewöhnlichen Aufgebot polizeilichen Schutzes — 5 uniformierte Polizisten im Gerichtssaal und eine Anzahl Kriminalbeamte im Zuhörerraum! — wurde am Dienstag vor dem Schwurgericht gegen das Mitglied der kommunistischen Partei, dem Schlosser Alfred Fraaß, wegen Tötung eines Reichswehrsoldaten beim Kapp-Putsch verhandelt.

Fraaß ist 1898 in Plauen geboren, hat das Realgymnasium bis Untertertia besucht, wollte sich dann als Schiffsjunge ausbilden lassen, ist auch bis Ostern 1914 auf der Levanteliniie gefahren hat dann Schlosser gelernt und sich durch Privatstunden soweit fortgebildet, daß er das Einjährigenexamen machen konnte. Bis zum Jahre 1917 besuchte er die Technische Staatslehranstalt, um sich zum Techniker auszubilden, dann wurde er zum Militär eingezogen, 1918 im Dezember entlassen und arbeitete bis März 1920 in den Werkstätten Engelsdorf.

Nach der Kappwoche verließ Fraaß Leipzig und schloß sich später dem Hölzschen Unternehmen in Falkenstein an. In Dresden wurde er wegen dieser Teilnahme zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Während die acht Mitangeklagten Zuchthaus erhielten wurde bei ihm anerkannt, daß er nicht aus gemeinen Motiven, sondern im Banne noch nicht ausgereifter politischer Ideen gehandelt habe, was auch durch ein außerordentlich günstiges Leumundszeugnis bestätigt worden sei. —

Am Sonntag, dem 14. März 1920, als die Zeitfreiwilligen die anläßlich des Kapp-Putsches für die Verfassung demonstrierende Leipziger Arbeiterschaft überfielen, kam Fraaß, der sich an der Demonstration beteiligt hatte, nachmittags aus einer Zusammenkunft seiner Parteigenossen. Man war sich dort darüber klar geworden, daß es Aufgabe der Arbeiterschaft sei, jeden Zeitfreiwilligen und Reichswehrangehörigen zu entwaffnen. Da das Gerücht verbreitet war, daß Baltikumtruppen im Anmarsch seien hatte Fraaß, der in seine Wohnung nach Engelsorf wollte, die Absicht, festzustellen, ob wirklich in der Umgebung sich schon Truppen zeigten. Er ging mit zwei Bekannten in der achten Abendstunde die Eisenbahnstraße entlang, als plötzlich in der Nähe der Kirchstraße ein Reichswehrsoldat vor ihnen auftauchte. Fraaß hielt ihn für einen Offizier und rief ihm Halt, halt! zu. Der Soldat rannte aber links von ihm vorbei und Fraaß sah, wie er im Vorbeirennen eine Bewegung machte, als wollte er zur Pistole greifen. Um ihn zu verhindern, von der Waffe Gebrauch zu machen schoß er selbst zwei- oder dreimal hinter ihm her. Er schoß ohne zu zielen und ohne die Absicht, ihn töten zu wollen. Mit dem einen Schuß traf er einen Passanten in den Oberschenkel, mit dem andern verletzte er den Soldat so schwer, daß er am andern Morgen im Krankenhaus St. Georg starb.

Die Anklage lautete auf Tötung, die aber nicht mit Ueberlegung ausgeführt worden sei.

Durch die Zeugen wird festgestellt, daß der Vorgang sich so abgespielt hat, wie ihn Fraaß darstellt, nur hat der Getötete keine Pistole bei sich geführt. Seine Mutter bestätigt aber, daß er ein längliches Paket mit Brotschnitten bei sich gehabt habe, das Fraaß wahrscheinlich in der Dunkelheit für eine Patronentasche gehalten hat. — Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er sich den Revolver gekauft habe, erklärt der Angeklagte, daß alle Sozialisten befürchten mußten, im Falle des Gelingens eines Rechtsputsches unschädlich gemacht zu werden. „Aber Sie wissen doch," sagte der Vorsitzende ganz naiv, „daß wir, wenn auch die Regierungen wechseln, deshalb doch immer noch dieselben ordentlichen Gerichte haben!" Die ordentlichen Gerichte nämlich, die jedes Vergehen der Arbeiterschaft sühnen und die studentischen Meuchelmörder in Marburg freisprechen! Die ordentlichen Gerichte, die sich um die feige Ermordung unseres Genossen Schröder, der am 20. März in der Querstraße aus 200 Meter Entfernung von Zeitfreiwilligen meuchlings niedergeschossen wurde, überhaupt nicht gekümmert haben. Von den Arbeitermorden der Weißgardisten in München und Ungarn, von Standgerichten und ähnlichem schien der Präsident noch nichts zu wissen. Aber er hat recht, der Herr Präsident, die Justiz ist dieselbe geblieben, die sie war — die Justiz des Klassenstaats!

Auch hier war die Geschworenenbank so besetzt, daß an eine Freisprechung nicht zu denken war. Trotzdem von allen befragten Zeugen der Angeklagte als ein ehrenhafter, ideal veranlagter, wissensdurstiger und nüchterner Mensch geschildert wurde, dem der gute Glauben zuzubilligen war, daß er bei dem blitzschnell in der Dunkelheit sich abspielenden Vorgange sich bedroht fühlte und in Notwehr zu handeln glaubte, bejahten die Geschworenen die Schuldfrage auf vorsätzliche Tötung und billigten nur mildernde Umstände zu. Das Gericht verurteilte Fraaß daraufhin **wegen Totschlags zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis.** In der Urteilsbegründung hob der Präsident hervor, daß strafmildernd die besonders anständige Gesinnung des Angeklagten in Betracht gezogen sei, er war damals besonders erregt und habe „sich heftig auf seine politischen Ideen versteift". — Die Strafe wurde mit den neun Monaten des Dresdner Urteils zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 11 Monaten vereinigt. —

Der Verteidiger hatte die Absicht, durch Vernehmung des mehrheitssozialistischen Rechtsanwalts Graf, des Professors Brandenburg und des Obersten Bieren den Nachweis zu liefern, daß die Arbeiterschaft ein Recht hatte, zu glauben, die Zeitfreiwilligen und die Reichswehr seien versteckte Anhänger Kapps. Nach der Vernehmung Grafs wird aber von allen Seiten auf die Zeugen Brandenburg und Bieren verzichtet, da man als richtig voraussetzte, daß die Arbeiterschaft sich in diesem Glauben befand. In seinem Eifer, die Zeitfreiwilligen nachträglich reinzuwaschen, zitierte der Staatsanwalt den Aufruf der Leipziger Volkszeitung vom 13. März, in dem gesagt wurde, daß der Proklamation der monarchistischen Staatsstreichler die Proklamation der sozialistischen Republik entgegengestellt werden müsse, und schlußfolgerte aus diesem Aufruf ebenso geistreich als kühn, die Zeitfreiwilligen wären berufen gewesen, Regierung und Verfassung gegen die bewaffnete Arbeiterschaft zu verteidigen. „Wer behauptet, die bewaffnete Arbeiterschaft hätte sich zum Schutze der Regierung erhoben, sagt, wenn er Kommunist oder Unabhängiger ist, bewußt die Unwahrheit!" rief der Herr Staatsanwalt triumphierend in den Saal. Und er hatte auch allen Grund zum Triumph, denn während bisher jedermann annahm, daß es sich in den Märztagen um einen Rechtsputsch handelte, hat der Herr Staatsanwalt Goldmann es glücklich heraus daß es in Wirklichkeit ein Linksputsch war! Eine Bereicherung der Geschichtskenntnis, zu der wir diesem „Geschichtsforscher", herzlich gratulieren!

9. Quittung.

Zum Aufbau des Volkshauses gingen beim Bezirksparteisekretariat an weiteren Beiträgen ein: Erler 20 Radfahrerbund Solidarität Abteilung Mockau 45, ein alter Freund des Volkshauses 50, P. Meinhold 100, Familienabend Alt-Leipzig Bezirk Osten, am 12. Februar im Pantheon 102 Mk. Schröers.

31. Quittung.

Für die Opfer der Revolution gingen seit 31. Dezember 1920 beim Bezirksparteisekretariat an weiteren Beiträgen ein: Silvesterfeier bei Weidenhammer 13, Frauen-Diskussionsabend Lindenau 51, Otto Steinmüller, L.-Kleinzschocher 5, Liste 7617, Stemmerei Hofmeister 30, Lackierer der Zentralwerkstätten der Gr. L. Straßenbahn, Lindenau, Lützener Straße 10 Mk. Schröers.

Permalton-Nährextrakt
ein naturreiner, aus besten Vegetabilien hergestellter Extrakt von höchstem Nährwert für Gesunde und Kranke in jedem Lebensalter. **Malz- und Nährextrakt-Werke Aktiengesellschaft, Braunschweig.** Alleinig. Großvertrieb für Kreisbauptmannschaft Leipzig **Paul Imroth, Leipzig,** Eichendorffstraße 34, Fernsprecher 1752.

Achtung! Hausfrauen!
In selbstgeräuch. stark. Speck. Pfd. 13.50 M, von 3 Pfd. an 13. M hochf. hausschl. Wurstw. billig **Markthalle, Fleischerstand 18.**

Ury
Gebrüder
Lebensmittel
zu billigen Preisen

Schmalz	Pfund	**11.50**
Margarine	Pfund	**9.80**
Rindertalg	Pfund	**9.00**
Haferflocken	Pfund	**2.95**
Viktoria-Erbsen	Pfund	**1.75**
Grüne Erbsen	Pfund	**1.70**
Rangoon-Bohnen	Pfund	**1.10**
Peribohnen	Pfund	**1.95**
Vollreis	Pfund	**2.50**
Bruchreis	Pfund	**2.20**
Salz-Schnittbohnen	3 Pfund	**2.00**
Muskatnüsse	4 Stück	**0.95**
Speck	Pfund	**12.50 14.00**
Corned beef	1½ engl. Pfund-Dose	**11.00**
Keksbruch	Pfund	**10.50**
Schnittspargel mittelstark	2-Pfund-Dose	**10.20**
Erbsen und Karotten	2-Pfund-Dose	**7.75**
Gemischt-Gemüse	2-Pfund-Dose	**7.90**
Karotten gewürfelt	2-Pfund-Dose	**5.75**
Schnitt- u. Brechbohnen	2-Pfund-Dose	**5.95**
Leberwurst	2-Pfund-Dose	**5.65**
Mettwurst geräuchert	Pfund	**14.50**

Hervorragende
Neuheiten
Jackenkleider • Mäntel
Mantelkleider
Blusen • Kleider • Röcke
Knaben- und Mädchen-Kleidung
in reichhaltiger Auswahl vornehmster Stoffe, aus Wolle und Seide
Konfektionshaus Ebert
Größtes Spezialhaus für Damen-, Backfisch- und Kindergarderobe in Sachsen
Engros- und Detail-Verkauf.

Minlos'sches Waschpulver
Wie ein Mann hängen Millionen drauf.
Garantiert Friedensqualität, wieder überall erhältlich, wo nicht wende man sich an
L. Minlos & Co., Cöln-Ehrenfeld
oder unsern Vertreter
E. Mühlenhaupt, Leipzig, Hohenzollernstr. 2
Fernsprecher 8576.

Empfehle zur Konfirmation
In Röst-Kaffee von M. Richter, hochfeine stadtbekannte **hausschlachtene Wurstwaren** und alle anderen Artikel zu billigst. Tagespreisen. **Aug. Gläser Nachf. A. Würtz,** Kolonialwaren, L.-Schönefeld, Schmidt-Rühl-Straße 38.

STÖTTERITZ!
Neue Kohlenkarten nimmt zur prompten Lieferung frei Haus und ab Lager gern an **Kohlenhandlung Hermann Schilling, Leipzig-Stötteritz, Ecke Güntz- und Schönbachstr.** Tel. 10653 u. **Sommerfelder Str. 36.**

Gummi-Klose
Leipzig, Hainstr. 17
Spezial-Haus
für modernen hygienischen Bedarf

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210310/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Wirtschaftliche Wochenschau.

Die wirtschaftliche Wirkung der Sanktionen.

Die Frage der Wiedergutmachung an sich, d. h. die Frage, wie Frankreich und Belgien instand gesetzt werden sollen, die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen und ihren ungestüm mahnenden Gläubiger Amerika zu befriedigen, und wie die anderen Ententestaaten für die Vernichtung zivilen Eigentums entschädigt werden sollen, ist eine rein wirtschaftliche. Ihre Lösung hängt davon ab, in welchem Maße Deutschland seine Arbeitskräfte und Ueberschüsse der Warenausfuhr über die Einfuhr zum Werke des Wiederaufbaues zur Verfügung stellen kann, ohne daß dadurch seine Produktionsgrundlagen, seine Wirtschaftskraft und seine Leistungsfähigkeit geschwächt werden. Eine Schwächung seiner Produktivkraft, seines einzigen Aktivpostens, würde naturgemäß auch eine Verminderung seiner Zahlungsfähigkeit zur Folge haben. Man könnte also die Frage, um die es sich hier dreht, als ein nationalökonomisches Rechenexempel betrachten, dessen Lösung freilich nach unserer Ansicht auf kapitalistischer Grundlage nicht gefunden werden kann.

Immerhin kann man sich vorstellen, daß durch das Zusammenarbeiten nationalökonomischer Sachverständiger in beiden Lagern und durch internationales, wenn auch kapitalistisches Zusammenwirken wenigstens der erste Schritt zur Lösung der schwierigen Frage getan würde. Völlig wahnsinnig aber ist der Versuch, der jetzt von den Ententeregierungen unternommen wird, durch militärische und politische Zwangsmaßnahmen — als solche stellen sich ja die Sanktionen im wesentlichen heraus — eine Lösung zu erzwingen. Je komplizierter die wirtschaftlichen Zusammenhänge werden, je feiner organisiert das wirtschaftliche Leben eines Landes, desto unmöglicher wird es, durch die Anwendung nackter Gewalt wirtschaftliche Leistungen aus ihm herauszupressen. Es wird sich dies sehr deutlich zeigen, wenn wir die wirtschaftlichen Wirkungen der Sanktionen nicht nur auf Deutschland, sondern auch auf die Ententeländer selbst untersuchen.

Die erste Zwangsmaßnahme ist bereits in Kraft getreten: Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort wurden von Ententetruppen besetzt. Es sind dies die drei größten Kohlenhäfen Deutschlands, der Doppelort Duisburg-Ruhrort der größte Binnenhafen Europas überhaupt. Sie sind für den Transport der Ruhrkohle, besonders nach Süddeutschland, von der allergrößten Bedeutung. Der größte Teil des Kohlentransportes vollzieht sich auf dem Wasserwege, der heute eine um so größere Rolle spielt, als der Bahnverkehr fortwährend mit Waggonmangel zu kämpfen hat. Sollte der Transportverkehr über die drei Kohlenhäfen durch irgendwelche Maßnahmen der Besatzungsbehörden ins Stocken geraten, so wären die Folgen für das deutsche Wirtschaftsleben katastrophal. Erstens würde die Kohlenversorgung Süddeutschlands noch schlechter werden, als sie im Verhältnis zur Versorgung Norddeutschlands heute schon ist, zweitens aber wäre die Bahn völlig außerstande, den Transport zu bewältigen, kommt es ja schon heute häufig genug vor, daß infolge Waggonmangels die Kohle auf die Halden gestürzt werden muß und die Kohlenproduktion sinkt. Würde der Wasserweg gänzlich oder teilweise ausscheiden, so würde die Kohlenversorgung der deutschen Industrie noch schlechter werden, die Arbeitslosigkeit weiter steigen. Drittens aber ist in Betracht zu ziehen, daß der Bahntransport bedeutend kostspieliger ist als der Wasserweg, daß also die Kohle, die Grundlage der Produktion, weiter verteuert würde und eine neue Preiswelle sich über uns ergösse.

Die Entente hat sich allerdings noch nicht klar darüber ausgesprochen, welche Absichten sie mit der Besetzung der Kohlenhäfen verfolgt. Da sie aber jedenfalls damit einen Druck auf Deutschland ausüben will, so ist anzunehmen, daß sie den Versuch machen wird, die Kohle, die auf dem Wasserwege transportiert werden soll, wenigstens teilweise zu beschlagnahmen oder das neubesetzte Gebiet von den neuen Zollschranken, mit denen sie das linksrheinische Gebiet umgeben will, zu umfassen. In beiden Fällen wird die Wirkung dieselbe sein: die Unterbindung des Kohlentransportes auf dem Wasserwege.

Als zweite Zwangsmaßnahme wird die Beschlagnahme der Zolleingänge an der Westgrenze des besetzten Gebietes folgen. Die Zollgebühren werden wie bisher und in derselben Höhe wie bisher weiter erhoben werden, aber statt in die deutsche Reichskasse in die Reparationskasse fließen. Durch diese Maßnahme wird jedoch der Wirtschaftsverkehr Deutschlands mit dem Auslande nicht belastet, sondern es verliert nur die Reichskasse eine Einnahmequelle, die aber, an sich nicht sehr beträchtlich, ohnehin bald fast ganz versiegen würde: denn die Errichtung einer Binnenzollmauer am Rhein wird zur Folge haben, daß der Handelsverkehr zwischen Deutschland und dem Westen, um der doppelten Zollbelastung zu entgehen, andere Wege aufsuchen wird als den über das besetzte Gebiet.

Viel einschneidender wird die Aufrichtung einer neuen Zollmauer am Rhein sein. Eines der fruchtbarsten und industriereichsten Gebiete Deutschlands wird dadurch dem Mutterlande wirtschaftlich entfremdet werden, zum schweren Schaden für beide Teile. Denn trotz der Besetzung war der wirtschaftliche Zusammenhang, in dem das besetzte Gebiet zum unbesetzten stand, ein überaus inniger. Vom Güterverkehr zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet ging kaum ein Fünftel ins Ausland. Alles andere war Innenverkehr, der jetzt durch die neuen Zollschranken aufs schwerste belastet würde. Wie sehr das Wirtschaftsleben, insbesondere des besetzten Gebietes selbst, durch eine Absperrung vom übrigen Deutschland getroffen wird, das zeigte sich bald nach dem Einzug der Franzosen vor zwei Jahren. Damals wurde eine ähnliche Absperrung vorgenommen, sie mußte aber von den Besatzungsbehörden sehr bald wieder aufgehoben werden, da die Wirkungen katastrophal waren.

Es wird auch bei dieser Zwangsmaßnahme erst die nächste Zeit entscheiden, wie und in welcher Absicht die Entente sie durchführen will und welche Wirkungen sie haben wird. Vorläufig will die Entente am linken Rheinufer Zölle in der bisherigen Höhe erheben, später aber neue Zölle einführen, und zwar vor allem hohe Zölle zwischen dem besetzten Gebiet und Deutschland, während die Zollsätze zwischen dem besetzten Gebiet und den westlichen Ententeländern erniedrigt werden sollen. Die Absicht, die mit einer solchen Zollpolitik verfolgt wird, ist klar: es soll das wirtschaftliche Band zwischen dem besetzten Gebiet und dem übrigen Deutschland zerschnitten und ein neues zwischen den Rheinlanden und Frankreich geknüpft und damit der politischen Loslösung dieses Gebietes von Deutschland vorgearbeitet werden. Von dieser politischen Absicht und Wirkung soll in diesem Zusammenhange nicht gesprochen werden, wir begnügen uns mit der Feststellung, daß wirtschaftlich ein solcher Umstellungsprozeß die schwersten Schädigungen für das betroffene Gebiet verursacht, wie das Beispiel des Saargebietes deutlich beweist, in dem die Industrie ihre Konkurrenzfähigkeit sowohl nach dem Westen als auch nach dem Osten verloren hat und die Arbeiter unter Betriebseinschränkungen, Arbeitslosigkeit und einem rücksichtslos auf der ganzen Linie durchgeführten Lohnabbau aufs schwerste zu leiden haben.

Die letzte Zwangsmaßnahme soll schließlich in einem Aufschlag auf die deutsche Ausfuhr in die Ententeländer bestehen. Wie und in welcher Höhe er erhoben werden soll, bleibt der Gesetzgebung der einzelnen Ententestaaten vorbehalten. Die Höchstgrenze ist 50 Prozent, es steht aber jedem Lande frei, weniger zu erheben oder auf die Abgabe ganz zu verzichten. Briand sprach sich über die technische Durchführung der Abgabe folgendermaßen aus:

„Wenn ein Kaufmann in einem alliierten Lande von einem deutschen Exporteur Waren kaufe, so habe er diesem nur die Hälfte des Kaufpreises zu zahlen, die andere Hälfte sei an die Reparationskommission abzuführen, die den Betrag Deutschland auf seine Schuld gutschreibe. Sache der deutschen Regierung sei es, ihre Exporteure schadlos zu halten."

Demnach wird die Sache von Briand so dargestellt, als würden die Alliierten damit zur Selbsthilfe greifen und einen Teil der Reparationsbeträge auf diese Weise hereinbringen wollen. Freilich würde bei einer so primitiven Einkassierung nicht viel für sie herausschauen. Die Ausfuhr aus Deutschland betrug in den ersten 8 Monaten 1920 nach der neuesten amtlichen Statistik 40 Milliarden Mark. Nimmt man an, daß sie trotz der Weltwirtschaftskrise heute noch denselben Umfang hat, so kommt man zu einem Jahresbetrag von 60 Milliarden Mark. Nimmt man weiter an, was aber sicher zu hoch gegriffen ist, daß ein Drittel davon in die Ententestaaten gehen wird, die eine Ausfuhrabgabe erheben werden, so würde selbst bei einer fünfzigprozentigen Abgabe der einfließende Höchstbetrag im allerbesten Fall eine Goldmilliarde ausmachen.

Aber selbst diese Summe wird unmöglich aus der deutschen Ausfuhr herausgepreßt werden können, weil sie durch die Ausfuhrabgabe aufs schwerste gedrosselt würde. Und diese Wirkung, die Erschwerung der deutschen Ausfuhr, scheint viel eher die Absicht gewesen zu sein, die mit der Androhung dieser Zwangsmaßnahme verfolgt wurde. Denn wie immer auch ihre Durchführung erfolgen sollte, der deutsche Exporteur würde doch jedenfalls trachten, die Abgabe auf den Ententekäufer abzuwälzen, die Wirkung der Abgabe würde also dieselbe sein wie die eines hohen Einfuhrzolles. Nach einem solchen sehnen sich ja bekanntlich gewisse Kreise der englischen und französischen Industrie. Da aber, besonders in England, die Antidumpinggesetzgebung noch immer recht unpopulär ist, will man sie der Oeffentlichkeit schmackhafter machen, indem man sie unter dem Deckmantel der Sanktionen einführt.

Der Wirtschaftszustand, in dem Deutschland sich gegenwärtig befindet, die Notwendigkeit angespannter Produktion auf der einen Seite, um uns aus dem Elend herauszuarbeiten und um unser Proletariat nicht in Hunger und Arbeitslosigkeit verkommen zu lassen, und die durch das Elend verursachte Verringerung der Kaufkraft und Aufnahmefähigkeit für die Ergebnisse dieser Produktion auf der anderen Seite machen eine möglichst gesteigerte Ausfuhr zu einer unbedingten Lebensnotwendigkeit für die deutsche Wirtschaft. Und der Tiefstand unserer Valuta gegenüber dem Westen einerseits, ihr verhältnismäßig hoher Stand gegenüber dem Osten anderseits zwingen unserer Ausfuhr die Richtung nach dem Westen auf, während sie den Handelsverkehr mit dem Osten erschweren. Aus all dem geht hervor, welch furchtbarer Schlag der deutschen Wirtschaft durch eine hohe Ausfuhrabgabe, wie sie von den Ententeregierungen als Zwangsmaßnahme geplant ist, versetzt würde. Die schwere Absatzstockung, die heute schon auf der deutschen Industrie lastet und nur durch die Auslandsaufträge etwas gemildert ist, würde ungeheuer verschärft werden, die Arbeitslosenziffern, die Not und das Elend des Proletariats weiter steigen.

So sehen wir, daß jede einzelne der angedrohten Zwangsmaßnahmen unser schon jetzt so schwer daniederliegendes Wirtschaftsleben weiter schädigen, die Produktion zum Stillstand bringen, die Arbeitslosigkeit verschärfen müßte. Freilich würde das die Machthaber der Entente wenig rühren. Welchen Nutzen haben aber sie selbst von einer solchen „Regelung" der Wiedergutmachungsfrage zu erwarten? Sehen wir zu, welche Wirkungen die Sanktionen für die Entente selbst zur Folge haben werden.

Sperren die Besatzungsbehörden der Ruhrkohle den Wasserweg ab, so müssen auch die Kohlentransporte in die Ententeländer, die auf Grund des Spaer Abkommens geliefert werden müssen, ins Stocken geraten. Deutschland würde beim besten Willen nicht mehr fähig sein, das Pflichtquantum abzuliefern.

Die Ausdehnung der Besetzung auf die Kohlenhäfen und der Behördenapparat, der zur Einführung neuer Zollschranken notwendig ist, werden so gewaltige Kosten verursachen, daß dadurch der größte Teil der Zolleinnahmen aufgezehrt würde. Freilich würde Deutschland wenigstens mit einem Teil dieser Kosten belastet werden, aber da es durch die Wiedergutmachungszahlungen, die ihm ja auf die eine oder andere Weise auferlegt werden, ohnehin bis zur Höchstgrenze belastet werden wird, wird der Aufwand für Besetzungen usw. davon abzuziehen sein.

Ueberprüft man die rein finanziellen Ergebnisse, die die Entente von den Zwangsmaßnahmen zu erwarten hat, auch nur ganz flüchtig, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sie nicht im entferntesten an die Summen heranreichen, die in Paris beschlossen und von Deutschland für die nächsten Jahre auch zugestanden wurden. Die Entente wird sich also mit der Zwangsmaßnahme allein nicht begnügen können, sondern abgesehen davon ihre Entschädigungsansprüche an Deutschland stellen. Auf die eine oder die andere Weise wird sie eben die Gesamtsumme herauszupressen suchen, aber es ist klar, daß ihr dies um so weniger gelingen kann, je mehr sie die Wirtschaftskraft Deutschlands schwächt. Gilt dies schon im allgemeinen, so noch viel mehr, wenn diese Schwächung, wie in diesem Falle, nicht aus wirtschaftlichen Gründen und zu wirtschaftlichen Zwecken erfolgt, sondern politische Motive hat und als „Strafe" auferlegt wird. Und wir haben oben zur Genüge geschildert, wie schwer das Wirtschaftsleben Deutschlands durch die Zwangsmaßnahmen getroffen werden muß, was sich in einem Sinken der Ausfuhrziffern und der Reichseinnahmen, also in einer Verminderung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und der Fähigkeit, seinen Wiedergutmachungsverpflichtungen nachzukommen, äußern muß.

Aber die Entente verstopft sich durch die Sanktionen nicht nur die Quelle, aus der ihr die Wiedergutmachungen fließen können, sondern sie schädigt ihre eigenen Wirtschaftsinteressen fast nicht minder als die Deutschlands. Die Ausfuhrabgaben erschweren den Handelsverkehr mit Deutschland; wo er doch noch stattfinden kann, wird der Ententeverbraucher durch die Abwälzung der Abgabe auf ihn schwer belastet. Auf der anderen Seite aber wird der Hauptzweck der Abgabe, der Schutz der Ententeindustrie vor der deutschen Konkurrenz, doch nicht erreicht, denn wenn der deutschen Industrie die Ausfuhr nach der Entente versperrt wird, so wird sie, da sie ohne Ausfuhr nicht leben kann, diese in die neutralen Länder und jene Ententeländer, die auf die Abgabe verzichten, lenken und dort der Ententeindustrie eine um so schwerere Konkurrenz machen — abgesehen davon, daß alle gesetzlichen Maßnahmen nicht verhindern werden, daß deutsche Waren auf dem Umwege über die neutralen Länder abgabenfrei in die Ententeländer strömen.

Den schwersten Schaden aber erleidet die Ententeindustrie durch die Schwächung der deutschen Wirtschaftskraft selbst. Denn viel größer als das Interesse, die Einfuhr zu erschweren, sind die Ausfuhrinteressen der Ententeindustrie. Diese aber werden durch eine weitere Schwächung der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung, die ja die Kehrseite des Erlahmens der Produktion ist, aufs schwerste geschädigt. Dafür sprechen die Arbeitslosenziffern in England, Frankreich und Belgien die deutlichste Sprache.

Erwägt man, so nüchtern wie es hier geschehen ist, diese Wirkungen der Sanktionen, vergegenwärtigt man sich ihren ganzen Widersinn, der darin besteht, daß nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich gerade das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung erreicht wird und die Entente nicht nur Deutschland, sondern auch sich selbst und die ganze Welt nur noch tiefer in das Elend, das als Begleiterscheinung des Kapitalismus und als Folge des Krieges auf der Menschheit lastet, stürzt, so will die leise, wenn auch bisher immer wieder getäuschte Hoffnung nicht schwinden, daß einmal doch die Vernunft, und sei sie auch noch so kapitalistisch beschränkt, über den Wahnsinn siegt, die eiserne wirtschaftliche Notwendigkeit über die Wahnsinnsexzesse des Imperialismus.

Einige Male schien es schon nahe daran zu sein. Einige Ententestaaten machten den schüchternen Versuch, die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages, die den Handelsverkehr mit Deutschland erschweren, abzubauen. England, Belgien, Italien und die Tschechoslowakei erklärten, daß sie den Paragraphen des Friedensvertrages, der ihnen gestattet, deutsche Guthaben zu beschlagnahmen, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, nicht zur Anwendung bringen werden. Allerdings wird dieses Zugeständnis durch die neuen Sanktionen, die eine teilweise Beschlagnahme des Wertes der deutschen Warenlieferungen vorsehen, wieder rückgängig gemacht. Trotzdem ist anzunehmen, daß nicht alle Ententestaaten von der Erlaubnis, diesen Punkt der Sanktionen anzuwenden, Gebrauch machen werden. Die Tschechoslowakei, die vor kurzem mit Deutschland einen Handelsvertrag geschlossen hat, der den Warenverkehr zwischen diesen beiden Ländern sehr erleichtert und begünstigt, soll bereits erklärt haben, daß sie sich den Sanktionen nicht anschließen werde. Und von Italien, das ebenfalls auf die deutsche Einfuhr in hohem Maße angewiesen ist, ist binnen kurzem dasselbe zu erwarten, so daß diese Zwangsmaßnahme wahrscheinlich auf Frankreich, Belgien und England beschränkt sein wird, wo augenblicklich die Schutzzollbestrebungen sehr stark geworden sind.

Auch die Stimmung auf der Börse und dem Devisenmarkt deutet darauf hin, daß die kapitalistischen Kreise nicht nur Deutschlands, sondern auch des Auslandes die Hoffnung nicht aufgegeben haben, daß es nicht zum äußersten kommen wird. Die Börse ist überraschend „fest geblieben", wie es im Börsenjargon heißt, und auch die deutsche Valuta hat keine wesentliche Einbuße erfahren bzw. sich nach einem kleinen Rückgang wieder erholt, so daß sie heute noch den verhältnismäßig hohen Stand inne hat, den sie vor etwa zwei Monaten erreichte.

Jedenfalls aber wird der Kampf um die Reparationen, in dem die Sanktionen nur eine Etappe, ein, freilich höchst plumpes, Kampfmittel bilden, weitergehen, für beide Parteien nur erschwert und erbitterter durch die Sanktionen und die weiteren Bedrohungen, die ihnen folgen werden. Je schärfer aber dieser Kampf werden wird, je unheilvoller seine Wirkungen auf das Wirtschaftsleben Europas, um so dringender wird die Notwendigkeit, daß das Proletariat in diesen Kampf eingreift, daß es laut und kraftvoll seine Stimme erhebt und sich für die Lösung einsetzt, zu der die kapitalistischen Regierungen unfähig sind, die aber doch allein aus dem Chaos herausführen kann: die Heilung der Kriegsschäden durch internationales Zusammenarbeiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210310/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Goldraub der Entente.

l. b. Die Wiener Sektion der Reparationskommission hat der österreichischen Regierung den Auftrag gegeben, aus dem Goldbepot der österreichisch-ungarischen Bank 65 Millionen Goldkronen und sämtliche Tresorschlüssel zu übergeben und diese Forderung mit der Drohung verbunden, „im Falle der Nichtausfolgung des Goldschatzes alle Hilfsaktionen für Oesterreich sofort einzustellen". Die Beamten der österreichisch-ungarischen Bank verweigerten mit dem Hinweis auf die höheren staatlichen Interessen die Durchführung des Auftrages der Liquidatoren der österreichisch-ungarischen Bank. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung brachte Renner im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion eine dringliche Anfrage an die Regierung ein, in der die Regierung aufgefordert wird, das der Republik gehörige Eigentum zu schützen und die Wegführung des Goldschatzes zu verhindern.

Die Forderung der Reparationskommission stellt wahrhaftig die größte Frivolität dar, die sich die Entente gegenüber dem unglücklichen Deutschösterreich bisher erlaubt hat. Die Ententeforderung hat folgende Vorgeschichte: Im Oktober 1917 hat eine niederländische Ausfuhrgesellschaft der österreichischen und der ungarischen Regierung eine Anleihe von 25 Millionen holländischer Gulden gewährt, deren Haftung die österreichisch-ungarische Bank übernahm. Infolge der Entwertung der österreichischen Krone schnellte die holländische Schuld riesenhaft an. Die österreichische Regierung bemühte sich um einen Ausgleich, und die niederländische Ausfuhrgesellschaft erklärte sich voriges Jahr bereit, von der Schuld 38 Prozent nachzulassen. Doch die Reparationskommission von deren Zustimmung die Holländer den Nachlaß abhängig machten, verweigerte diese. Inzwischen sank der Kurs der österreichischen Krone, die holländischen Gulden wurden noch teurer und die Schuldenmasse wuchs. Die österreichische und ungarische Regierung hatten inzwischen durch Teilzahlungen die Schuld um vier Millionen holländischer Gulden verringert. Die niederländische Gesellschaft war bereit, nach einer Restzahlung von 7 Millionen holländischer Gulden die Schuld zu streichen, also auf 9 Millionen holländischer Gulden zu verzichten. Da Oesterreich über holländische Gulden nicht verfügt, sollte zur Zahlung der Goldschatz der österreichisch-ungarischen Bank herangezogen werden, da sie für die Anleihe die Bürgschaft übernommen hatte. Dagegen legten indes die Nachfolgerstaaten Verwahrung ein. Sie erklärten, ihre Bewilligung hierzu nur dann zu gewähren, wenn ihnen als Anzahlung auf ihre Ansprüche aus diesem Goldschatz ein Betrag ausgefolgt werde, den sie vorläufig mit 65 Mill. Goldkronen bemessen. Die österreichische Sektion der Reparationskommission machte alsogleich die Sache der Sukzessionsstaaten zu ihrer eigenen und beauftragte die Liquidatoren der österreichisch-ungarischen Bank, den Goldschatz auszufolgen. Die Rechtslage ist unzweifelhaft. Das Geld der österreichisch-ungarischen Bank ist Eigentum der österreichischen und der ungarischen Regierung, da nach dem Wortlaut des Friedensvertrages „zum Besitz und Eigentum der gegenwärtigen österreichischen Regierung das Vermögen des ehemaligen österreichischen Kaiserreiches gehört", so auch das Gold, das die ehemalige Regierung des ehemaligen österreichischen Kaiserreiches bei der österreichisch-ungarischen Bank hinterlegt hatte. Der Friedensvertrag verpflichtet die österreichische Republik, alle Lasten des österreichischen Kaiserreiches allein zu tragen und nun, da es sich um Staatsgüter handelt, treten plötzlich die Sukzessionsstaaten der österreichischen Monarchie — entgegen dem klaren Wortlaut des Friedensvertrages — als Rechtsnachfolger der Monarchie ihren Anteil heischend, an die österreichische Regierung heran.

Der Friedensvertrag von St. Germain hat Oesterreich zerrissen, verstümmelt, es seiner Rohstoffquellen beraubt, ein lebensunfähiges Staatsgebilde geschaffen, das auf die Mildtätigkeit der ganzen Welt angewiesen ist; in der Mantelnote des Friedensvertrages haben die Signatarmächte die bindende Verpflichtung übernommen, durch ausgiebige Kredithilfe ihre totgeborene Schöpfung zu neuem Leben zu erwecken. Seit mehr als zwei Jahren ist der Vertrag in Wirksamkeit, von einer ernsthaften Hilfe für Oesterreich ist zwar viel die Rede, aber nichts zu sehen. Dagegen ist die Entente nun am Werke, der österreichischen Regierung das letzte Aktivum, das sie besitzt, frech zu rauben. Die österreichische Regierung hat bei der Pariser Reparationskommission durch ihre Delegation Einspruch erhoben. Die Reparationskommission hat die Anordnungen der Wiener Kommission, ohne den Delegierten der österreichischen Regierung in Paris zu hören, bestätigt und sie unter die Drohung gestellt, alle Hilfsaktionen für Oesterreich einzustellen. Der Finanzminister wurde gestern durch eine sozialdemokratische Interpellation über die Absichten der österreichischen Regierung befragt. Er erklärte, sie werde die Ausfolgung des Goldschatzes solange verhindern, bis die Rechtsfrage durch das zuständige Gericht, d. i. das schiedsgerichtliche Gericht des Völkerbundes, erwiesen ist. Die Raubgelüste der Entente beweisen mit der wünschenswerten Deutlichkeit, was Oesterreich an Unterstützung durch die Entente zu erhoffen hat.

Reichstag.

Berlin, 9. März, nachmittags 1 Uhr.

Die Interpellation Aderhold (USP.) über die Preissteigerungen und die Arbeitsverhältnisse in der Kaliindustrie wird vom Reichswirtschaftsminister innerhalb der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Reichsschatzministerium.

In der fortgesetzten Aussprache über den Haushalt des Reichsschatzministeriums begründet

Abg. **Hammer** (Dnatl. Vp.) einen Antrag, in dem ein Reichsgesetz verlangt wird, durch das für die Vergebung von Leistungen und Lieferungen durch die Verwaltung des Reiches, der Länder und sonstigen Verbände des öffentlichen Rechts Grundsätze aufgestellt werden. Diese beziehen sich namentlich auch auf die Vergebung solcher Aufträge an Handwerker und Handwerkervereinigungen. Mit den wahnsinnigen Unterbietungen von Handwerkern muß schnell ein Ende gemacht werden. **Aufhören muß die Bevorzugung von Arbeiterproduktivgenossenschaften.** Wir fordern keine gesetzliche Einschränkung derselben, denn wir werden mit ihnen so fertig, aber bei der Vergebung von Staatsaufträgen zu Siedlungszwecken usw. muß man ausschließlich das Handwerk berücksichtigen.

Abg. **Lange-Hegermann** (Zentr.): Wir bitten, den Antrag Hammer abzulehnen und unsern Antrag anzunehmen, der die Einberufung eines Ausschusses von sachverständigen Vertretern der Arbeitgeber- und auch der Arbeitnehmerorganisationen fordert zur Ausarbeitung einheitlicher Grundsätze für die Vergebung öffentlicher Arbeiten. Die Arbeitnehmer müssen deshalb zugezogen werden, weil der tarifmäßige Lohn bei der Bemessung des Preises gesichert werden muß.

Abg. **Havemann** (D. Vp.): Wir sind für schleunige Einbringung des Handwerksgesetzes. Die Arbeiterproduktivgenossenschaften, d. h. die sozialistischen Bauunternehmungen wollen wir nicht bekämpfen, verlangen aber, daß sie nicht bevorzugt werden. Die Anträge des Zentrums und der Deutschnationalen sind überflüssig, weil die Sache durch das Handwerksgesetz geregelt wird.

Abg. **Simon-Franken** (USP.): Man hat hier mehr oder minder scharfe Attacken gegen die Arbeiterproduktivgenossenschaften geritten. Für eine Regelung des Submissionswesens sind auch wir. Der „sozialen Bauhilfe" sind die Handwerker aber vielfach deswegen unterlegen, weil die Arbeitergenossenschaften ihre billigen Angebote auf Grund von Ersparnissen machen konnten, die weder auf Kosten der Löhne noch der Qualität der Arbeit erzielt wurden. Das Entscheidende dabei war, daß der Profit des Unternehmers fortfiel. So hat in Bonn bei einem Bauunternehmen der Unternehmer ein Angebot von 800 000 Mk. gemacht, das von der „sozialen Bauhilfe" dann für 306 000 Mk. ausgeführt wurde. Diese Bauhilfe erweist sich als eine heilsame Korrektur, damit die Bäume der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen. Den Antrag Hammer lehnen wir ab.

Der Antrag Hammer (Dnatl. Vp.) wurde im Hammelsprung mit 202 gegen 54 Stimmen abgelehnt, der Zentrumsantrag dagegen angenommen.

Abg. **Biener** (Dnatl. Vp.): Die Reichsbäckereibetriebe treten als Schleuderkonkurrenz gegenüber den privaten Betrieben auf, weil sie das Mehl vom Reiche billiger bekommen. (Abg. Kahmann (Soz.): Das ist bestritten worden!) Den Bäckermeistern wird nämlich durch den Zwischenhandel der Kommunalverbände der Doppelzentner um 36 bis 40 Mk. verteuert. (Hört, hört! rechts.)

Abg. **Bruhn** (Dnatl. Vp.): Das Schatzministerium berücksichtigt nicht die Interessen der mittleren Beamten, die es von den ehemaligen Militärverwaltungen übernommen hat.

Abg. **Hartleib** (Soz.): Die tariflich festgelegten Löhne werden von den Vertretern des Reichsschatzministeriums immer als Maximallöhne angesehen, sie sollen aber nur das Existenzminimum gewährleisten. Für außerordentliche Leistungen müssen sie überschritten werden. Ein Beispiel von dem mangelnden sozialen Verständnis des Reichsschatzministeriums bieten die Lohnverhältnisse der Reichsvermögensverwaltung in Scheuen bei Celle. Dort werden seit 9 Monaten Stundenlöhne von 3 Mk. bis 3.20 Mk bezahlt, und seit Dreiviertel Jahren bemühen wir uns vergeblich, diesen Arbeitern ausreichende Lebensbedingungen zu verschaffen.

Reichsschatzminister **v. Raumer:** Der Abg. Kahmann hat selbst zugegeben, daß die von mir getroffene Regelung für die Kreise günstig gewesen ist; er meint aber, daß die Gemeinwirtschaft dabei zu kurz komme. Ich fühle mich aber stark genug, um mir das Gesetz meines Handels nicht von Ihnen (zu den Sozialdemokraten) vorschreiben zu lassen. Der Kahn-Vertrag ist durch unser Eingreifen lediglich verbessert worden. Ich habe mich aber hinter die Direktoren der Deutschen Werke gestellt, um ihr Ansehen zu wahren. Für den Mittelstand werde ich stets eintreten. Die Reichsbäckereien erhalten wir nur soweit, als sie für die Reichswehr und die Polizei notwendig sind. Der Abg. Hartleib hat gemeint, die Tarife seien auf der Grundlage der Mindestlöhne aufgestellt, der Reichsarbeitsminister hat aber darauf hingewirkt, daß sie als Höchstlöhne anzusehen sind, weil in Reichsbetrieben die Mehrkosten nicht abgewälzt werden können. In der Elektrizitätswirtschaft müssen wir nicht nur ein Organisationsgesetz, sondern auch ein Konzessionsgesetz und ein Leitungsbaugesetz schaffen. Das alles läßt sich in der Frist bis zum 1. April nicht fertig stellen.

Abg. **Hoch** (Soz.): Der Reichsschatzminister fühlt sich, wie er sagt, stark genug, um sich das Gesetz seines Handels von niemandem vorschreiben zu lassen. Gegen die Widerstände seines Ministeriums und seiner Parteifreunde war er offenbar nicht stark genug, das Elektrizitätsgesetz durchzusetzen. In Hanau hat man uns von **unsauberen Geschichten bei der Verschiebung von Heeresgut berichtet.** Wir bekamen Einsicht in ein vertrauliches Schreiben der **Frankfurter Metall-Verwertungsgesellschaft** an eine Berliner Gesellschaft, aus dem hervorging, daß Eisenbahnschienen nicht nach dem wirklichen, sondern nach dem theoretischen Gewicht verkauft worden sind. Es stellte sich dann heraus, daß das bahnamtliche Gewicht bedeutend höher war als das theoretische. Nach einem Jahr erst gab man mir Zahlen nach einer Stichprobe, aber nicht, wie verabredet, die Durchschnittszahlen. Das theoretische Gewicht, nach dem gezahlt worden ist, war 400 000 Kilo höher als das tatsächliche. Das Bezeichnende ist, daß der zuständige Beamte, Regierungsrat Lindenberg, der entweder bestochen oder total unfähig sein muß, nach der ganzen Angelegenheit zum Ministerialrat befördert worden ist. (Hört, hört!) Ich muß den Minister, der doch sonst immer den starken Mann spielen will, dringend ersuchen, bei solchen Fällen durchzugreifen.

Reichsschatzminister Dr. **v. Raumer:** Der Fall hat sich nicht unter meiner Amtsführung, sondern bereits früher zugetragen. Der Abg. Hoch hat von der Tribüne des Reichstages aus gegen einen Beamten den Vorwurf der Bestechung erhoben. Er hat damit einen unbescholtenen Beamten in den Schmutz gezogen. (Zuruf links: Siehe Deutsche Werke!) Es wäre die Pflicht des Abg. Hoch gewesen, mir sein Material vorher vorzulegen.

Abg. **Dorsch** (Dnat.): Die Landwirte, bei denen jetzt besonders in Hessen recherchiert wird, haben bei Kriegsanfang ihre Pferde für 8—1400 Mark abgegeben; heute haben sich die Pferdepreise fast verdreißigfacht und die Landwirte müssen für minderwertige Pferde an die Heeresverwaltung ungeheure Preise zahlen. Daß bei der überstürzten Demobilmachung viele Pferde zugrunde gegangen sind, ist Schuld der Revolution. (Gelächter links.) Den Landwirten darf nicht Unrecht geschehen.

Abg. **Hoch** (Soz.): Ich stelle fest, daß ich hier nur Fälle besprochen habe, nachdem ich dem Ministerium das Material übergeben habe. Das Material stammt aus dem Ministerium selbst. (Hört, hört!) Das Ministerium selbst hat erklärt, daß infolge meines Eingreifens die **Metall-Aktiengesellschaft sich zur Nachzahlung der strittigen Beträge bereit erklärt hat.** Im Hauptausschuß ging der Minister auf den Kern der Sache gar nicht ein. Statt einzugestehen, daß das Gewicht um 400 000 Kilo zu gering angegeben war, versuchte man mich mit falschen Zahlen zu täuschen.

Reichsschatzminister **v. Raumer:** Alle Vorwürfe gegen meine Beamten meines Ministeriums haben sich bisher als unbegründet ergeben. Ich kann hier darauf hinweisen, daß gegen meinen Amtsvorgänger Bauer, den Parteigenossen des Abg. Hoch, ähnliche Vorwürfe erhoben worden sind, die sich auch als unbegründet erwiesen haben.

Staatssekretär **Walter:** Bei den Nachzahlungen von Pferden wird nach Möglichkeit auf die Verhältnisse der Landwirtschaft Rücksicht genommen.

Abg. **Dorsch** (Dnat.): An der Verschleuderung von Pferden aus Heeresbeständen war einzig allein die Revolution und die überstürzte Demobilmachung durch die Volksbeauftragten schuld.

Abg. **Simon-Franken** (U. Soz.): Sie müssen das Gedächtnis des deutschen Volkes für sehr kurz halten, wenn Sie glauben, man wüßte nicht mehr, daß Hindenburg und Ludendorff den Waffenstillstand binnen 48 Stunden verlangt haben.

Damit ist der Haushalt des Reichsschatzministeriums erledigt.

Es folgt der

Haushalt des Reichsministeriums des Innern.

Von Freitag, den 11. März bis Freitag, den 18. März

Billige Hosen-Woche

Jetzt erst recht, nachdem durch den Abbruch der Londoner Verhandlungen die Notwendigkeit der Stärkung des Binnenmarktes erwiesen ist, muß die Bedarfsdeckung breitester Schichten unseres Volkes erstes Ziel der Wirtschaft sein. Durch einen abermaligen Preis-Abbau wollen wir den Einkauf desjenigen Kleidungsstückes, des Beinkleides, in dem offenbar der größte Bedarf vorliegt, ermöglichen. Ohne Rücksicht auf frühere Herabsetzungen, ohne Rücksicht auf die alten Einkaufspreise, nur mit Rücksicht auf die neue Wirtschaftslage, ermöglicht durch neue große Einkäufe zu ganz besonders niedrigen Preisen stellen wir

unser gesamtes Hosen-Lager, über viertausend Stück, zum Sonderverkauf

Reguläre Preise auf den Preisschildern vermerkt	M. 65.– 75.– 85.– 95.– 110.– 125.– 140.– 165.– 190.– 215.– 225.– 240.– 290.–
Preise der billigen Woche nach dieser Liste, die Sie beim Einkauf mitbringen wollen	M. 50.– 60.– 70.– 80.– 90.– 100.– 120.– 130.– 140.– 165.– 175.– 190.– 240.–

Brühl 28/32 **H. Hollenkamp & Co. · Leipzig** Ecke Reichsstr.

Erstes Herren-Bekleidungshaus

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210310/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Dazu liegen verschiedene **Anträge Aderhold (U. Soz.) und Genossen** vor, und zwar auf **Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren, Vorlegung der Noten** zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung über die Entwaffnung der Einwohnerwehr, ferner auf Vorlegung **eines Gesetzentwurfes**, der die Grundlage für die **Erteilung von Religionsunterricht** an öffentlichen Schulen aufstellt, sowie auf Vorlegung der Grundsätze, nach denen in einer bestimmten Frist der **Religionsunterricht** von den öffentlichen Schulen **abzulösen** ist.

Abg. **Braun** (Soz.): Wir verlangen zwar äußerste Sparsamkeit auf allen Gebieten, aber an den kulturellen Aufgaben des deutschen Volkes darf nicht gespart werden. Der Weltruf der deutschen Wissenschaft muß aufrechterhalten bleiben. Unbedingt bewilligen müssen wir die Ausgaben für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft. Ohne die deutsche Wissenschaft, Kunst und Technik würde man auf der ganzen Welt zurücksinken in frühere Stadien der Kultur. Wenn wir auch große und berechtigte Wünsche zurückstellen müssen, so dürfen wir an dem Wenigen, das in diesem Etat für geistige Zwecke getan werden kann, doch nicht sparen. Viel überflüssiger sind andere Ausgaben, z. B. für Kriegsgesellschaften. Das **Reichswanderungsamt**, das die Aufgabe hat, von der Auswanderung abzuraten, braucht keinen großen Beamtenapparat. Dieses Amt ist ein **gegenrevolutionäres Konventikel**. Dort kommt niemand ohne militärische Vergangenheit hinein. Ebenso steht es mit dem **Reichswasserschutzamt**. Sein Präsident, **der Kapitän Häuser, hat im Kapp-Putsch Waffen nach Magdeburg gebracht** zu gegenrevolutionären Zwecken. Obwohl der Reichsminister das weiß, ist dieser Herr **noch im Amte**. (Lebhaftes hört, hört! links.) Wir brauchen keine Mittel auszugeben für diesen kaiserlichen Jachtklub unter anderem Namen. Der Geist im Ministerium des Innern ist zu sehr nach polizeilichen Gesichtspunkten orientiert. Die Filmprüfung gehörte überhaupt nicht vor das Forum der Polizei, sondern müßte der Kulturabteilung überwiesen werden. Vergeblich warten wir immer noch auf die Gesetze über die Durchführung der Verfassung, z. B. auf dem Gebiete des Volksbegehrens und Volksentscheides. Gerade diese Fragen können in Preußen bei der Entscheidung über die Abfindung der Hohenzollern sehr bald wichtig werden. Ueberhaupt vermissen wir auf dem Gebiete der inneren Verwaltung den Geist eines neuen Deutschlands der den Aufgaben unserer Zeit wirklich gerecht werden kann. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dr. **v. Delbrück** (Dnat.): Der Etat für 1920 ist der erste Versuch, Klarheit in die finanziellen Verhältnisse des Reiches zu bringen. Er zeigt, wie sich der Friede von Versailles verfassungsrechtlich ausgewirkt hat, bringt aber noch keine Lösung des Problems. Die Weimarer Verfassung hat die Wünsche und Hoffnungen, die sich daran knüpften, nicht erfüllt. Der **überspannte Parlamentarismus** hat sich nicht bewährt und uns nur schwache Regierungen gebracht, die nicht einmal eine sichere Mehrheit haben. (Zustimmung rechts.) Dem Antrag Schiffer, der dem Reichstag einen Teil seiner Gesetzgebungsbefugnisse nehmen und sie in die Dunkelkammer eines Ausschusses versenken will, werden wir uns mit allen Mitteln widersetzen. Wir haben viel zu viel Ministerien, wir müssen wieder zu der alten Einfachheit zurückkehren. Die Ausgaben des Ministeriums des Innern sind gestiegen auf 1,8 Milliarden und dauernd kommen neue Ausgaben hinzu. Vorschläge auf Ersparnisse finden sich nur für das Reichswanderungsamt und die Technische Reichsanstalt. Die Nationalversammlung hat aus Anlaß der Verhaftung der Abgg. Schiele und Colsbern während des Kapp-Putsches Bestrafung der Schuldigen verlangt. Geschehen ist immer noch nichts. (Hört, hört! rechts.) Die Uebernahme der Kadettenanstalten als moderne Erziehungsanstalten auf das Reich, wie es der Ausschuß verlangt, lehnen wir ab. Ueber das Reichswanderungsamt verlangen wir eine Denkschrift. Der Reichsminister des Innern soll für äußerste Sparsamkeit in der Verwaltung sorgen und darf sich nicht von Einflüssen von außen neue Ausgaben aufdrängen lassen.

Reichsminister des Innern Dr. **Koch**: In der Betonung der Notwendigkeit umfassender Ausgaben für kulturelle Zwecke stelle ich Uebereinstimmung zwischen den beiden Vorrednern und mir fest. An dieser Stelle zu sparen, würde die Volksgesundheit empfindlich schädigen und damit auch die Vorbedingungen für ein Wiederaufblühen unserer Volkswirtschaft nehmen. Eine Einigkeit zwischen den Vorrednern herrschte auch in der Auffassung, daß im Reichsministerium des Innern ein gesetzgeberischer Uebereifer herrsche. Es ist nur merkwürdig, daß beide Redner in ihren Reden selbst auch ein neues Gesetz verlangen. Das vom Abg. Braun verlangte Reichsgesetz über Jugendwohlfahrt ist in Vorbereitung, das Reichsgesetz über den Volksentscheid liegt seit Dezember v. J. dem Reichsrat vor; es wird in den nächsten Wochen dem Reichstage zugehen, ebenso das vom Abg. v. Delbrück verlangte Gesetz über die **Schlichtungsordnung**. Gegenüber dem Abg. Dr. v. Delbrück, der die Wurzel der gegenwärtigen Mißstände im Parlamentarismus sieht, sehe ich ihren Ursprung im Kriege. Delbrück hat seinerzeit im Ausschuß die vom Prinzen Max von Baden empfohlene Verfassung als die einzig mögliche für die deutschen Zustände bezeichnet und die jetzige ist im Prinzip von der des Prinzen Max von Baden nicht verschieden. Der Sparsamkeitskommissar Dr. **Carl** ist mit seinen Vorschlägen gescheitert. Wie er bin auch ich für eine Verringerung der Zahl der Ministerien. **Reichsschatz- und Ernährungsministerium haben Liquidationsaufgaben**, das **Wiederaufbauministerium wird fortfallen** müssen, da infolge des Widerstandes der Franzosen seine Aufgaben als mißlungen betrachtet werden muß. Die großen finanziellen Aufgaben der letzten Jahre können nicht durch neue Steuern gelöst werden, sondern nur durch Mitbeteiligung der gesamten Volkswirtschaft, an ihrer Lösung, indem die wirtschaftliche und finanzielle Führung von einer Stelle aus erfolgt. Jede Sparsamkeitsorganisation muß mit der Verminderung der Ministerien begonnen werden. Der geplante Ausschuß aus 8 Reichstagsabgeordneten, 4 Vertretern des Reichsrats und 4 Mitgliedern der Reichsregierung muß sich über die Grundsätze klar werden, nach denen die Sparsamkeitsorganisation vorgenommen werden soll. Die aus dem Kriege übernommenen Organisationen müssen schnellstens abgebaut werden. Die Zahl der Beiräte bei den Ministerien nimmt einen beängstigenden Umfang an. Durch Schaffung von Ministerien ohne Portefeuille muß man versuchen, die Zusammenarbeit der Reichsregierung mit der preußischen zu bessern; im Rahmen einer Zuständigkeit kann man verwalten, aber man kann nicht darin Politik machen. Eine Zerschlagung Preußens zu diesem Zwecke weise ich zurück, da sie gerade jetzt infolge der Besetzung neuen preußischen Gebietes im Westen völlig unmöglich ist. Der vom Kommissar Carl im Hinblick auf die Finanzämter vertretene **Gedanken des Einheitsstaates lehnt die Reichsregierung ab**. In gewissen großen Lebensfragen, wie der der Einwohnerwehren und der Orgesch bin allerdings auch ich Unitarist, im übrigen bin ich aber für Dezentralisation, für Abgabe der Verwaltungsbehörden an die Länder. Infolge des Krieges und des Friedensschlusses sind die neuen großen Aufgaben, wie z. B. die **Förderung des Ernährungswesens** zwangsläufig an das Reich übergegangen. Was das **Schulwesen** betrifft, muß der Zustand der Vorkriegszeit, daß sich das Reich um das Schulwesen nicht kümmerte, endgültig vorbei sein, da sonst die Einheitlichkeit der Bildung und der Kultur unseres Volkes rettungslos verscherzt wäre. Die Entscheidung, ob die Kinder am Religionsunterricht teilnehmen sollen oder nicht, habe ich gemäß der Verfassung den Ländern überlassen. Die Aufsicht und Verwaltung des Schulwesens in größeren Fragen muß in die Hand der Länder gelegt werden, in kleineren in die der Gemeinde. Das Reichswanderungsamt ist an sich nicht überflüssig, wenn auch die Auswanderung qualifizierter Kopf- und Handarbeiter möglichst einzuschränken ist. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat einen Abbau des Reichswanderungsamtes für unmöglich erklärt und die anderen Gewerkschaften teilen seinen Standpunkt. Polizeiliche Einrichtungen kann das Reich nicht ganz entraten. Polizei von Reichs wegen haben wir nicht. Wenn das Reich nicht ein bescheidenes Maß von Mitwirkungen in politischen Angelegenheiten hätte, wäre die Reichseinheit gefährdet. In den Fragen der Orgesch, der Kommunisten usw. bin ich nicht zuständig. Bei der Bekämpfung des Verbrechertums brauchen wir eine **Reichskriminalbehörde**. Infolge des Kapp-Putsches haben eine ganze Reihe von Dienstentlassungen stattgefunden. Ich werde die Verfassung gegen gewaltsame Umstürze von rechts oder von links entschieden verteidigen. Versuche zum Sturze der Verfassung wären für unser Wirtschaftsleben unerträglich. Es ist unerhört, daß die Uebergriffe der Besatzungsbehörden gegen pflichtgetreue Beamte in letzter Zeit sogar zunehmen. (Hört, hört!) Es wird z. B. den Beamten der Reichsvermögensverwaltung unmöglich gemacht, übertriebene und ungerechtfertigte Anforderungen der Besatzungsbehörden abzulehnen. Ich spreche der Beamtenschaft der besetzten Gebiete unseren Dank für die schwere und wertvolle Arbeit aus, in der sie sich dadurch nicht beeinflussen läßt.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag 1 Uhr: **Weiterberatung**. Schluß 7 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Brieflich wird Auskunft nicht erteilt.

Genosse in Liebertwolkwitz. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. 1. Als Erben kommen Sie und der Sohn Ihrer Frau in Frage. 2. Die Eltern erben nicht, falls der Sohn beim Tode der Frau noch lebt. 3. Das kann sie machen, aber in diesem Falle haben die Eltern der Frau Anspruch auf den Pflichtteil. — 50 Pfg. Parteikasse.

R. G. 4. Sie können den Posten kündigen, ob Sie dann die Wohnung räumen müssen, darüber entscheidet das Mieteinigungsamt. — 1 Mk. Parteikasse.

3000. Sie können nur auf Zahlung der Restsumme klagbar werden und sind nicht berechtigt, dem Mann die Sachen wegzunehmen.

H. J. 500. 1. Kirchensteuern haben immer bestanden. Sie sind nur nicht eingezogen worden. Jetzt will die Kirche die Steuern haben und zwar zunächst die „vorläufigen". 2. Sie können jeden Tag austreten. 3. Ja! 4. Richtet sich nach der Höhe des Einkommens. — 50 Pfg. Parteikasse.

HALPAUS-RARITÄT
Die unübertroffene Qualitäts-Cigarette
ARTUR SCHWARZ

SANSSOUCI
Straßenbahn 6–8 Stadtzentrum Elsterstraße 12
Heute abend 7 Uhr:
Letzter großer Meß-Ball.
Küche und Keller zu zivilen Preisen.

Albertgarten
Größtes und schönstes Ball- und Gesellschaftshaus.
(Mit Straßenbahn 20 und 21 vom Augustusplatz in 10 Minuten zu erreichen.)
Morgen ab 7 Uhr: Großer Meßball Verstärktes Ballorchester ∴ ∴ Neueste Tänze ∴ ∴
Der Saal in seiner neuen Aufmachung mit brillanten Lichteffekten.

Gasthof Neustadt Morgen Freitag Großer Meßball
Die neuesten Tanzschlager. — Tanz frei.

Tanzpalast Papiermühle Stötteritz. Straßenb.-Linie Nr. 5, 6, 19. Telephon 8261.
Morgen Freitag, abends 7 Uhr
Geh zum Papiermühlen-Meß-Damenball!
Tanz frei! Glänzendes Amüsement! Urfideler Betrieb! Tanz frei!
Sonntag, ab 4½ Uhr: Ball.

Akten- Bücher- Schüler- Muster- Mappen
Rindleder
Größte Auswahl. Billigste Preise. Nur eig. solide Fabrikate
Karl Blaich, Windmühlenstraße 32 Tauchaer Straße 16
Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schul- und Reise-Artikel.

Ziehung 21. bis 26. März
Geld-Lotterie des Landesausschusses für Krüppelfürsorge in Sachsen, zu Gunsten der Krüppelhilfe.
Hauptvertrieb: Alexander Hessel, Dresden, Weißegasse 1.
Höchstgewinn i. günstig. Fall 100 000
Prämie: 75 000
Hauptgewinne: 25 000, 10 000, 5 000 etc.
kleinster Gewinn M. 10
Lose à M. 4.— (Postgeld u. Liste M. 1.) bei den Staatslotterie-Einnahmen und den durch Plakate kenntlichen Geschäften.

U.T Hainstraße 19
Ab morgen! Erstaufführung!
Der gewaltige Monumental-Film:
Der Todfeind
oder
Verbrecherische Liebe
nach dem gleichnamigen Roman von Luise Westkirch.
Ort der Handlung: Polnische Grenze. Zeit: Gegenwart.
6 Akte
Außerdem:
Paul Heinemann
in seinem urkomischen Lustspiel:
So ein Lausbub
3 Akte
Heute letzter Tag: Aschermittwoch
Täglich von 4 Uhr ab

Welt-Theater
Barfussgasse Am Markt.
Tel. 4870 Tel. 4870
Vom 11. bis 17. März 21
Rafaello 9 Akte
Das Rätsel von Kopenhagen 9 Akte
voll Spannung und Sensation
Erstaufführung
Das Mysterium des Hauses Ragmar 5 Akte.
Grösste Detektiv-Woche!
Schlag auf Schlag!
Der Schrecken der Millionäre 4 Akte.
Dazu das V.-Mädel ein prächtiges Lustspiel in 4 Akten mit Ossi Oswalda.
Beginn: Sonntags 3½, Sonnabends 4½, sonst 5 Uhr

Neues Theater.

Augustusplatz. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1415.

Donnerstag, den 10. März 1921
Bei aufgehobenem Anrecht:
6. Meßspiel bei festlich beleuchtetem Hause.

Madame Butterfly.
(Die kleine Frau Schmetterling.)

Oper in 3 Akten, nach J. L. Long und D. Belasco von L. Illica und G. Giacosa, deutsch von Alfr. Brüggemann. Musik von Giacomo Puccini. (Ohne Ouvertüre.)

Musikal. Leitung: Alfred Szendrei. In Szene gesetzt von Karl Schäffer. Leipziger Philharmonisches Orchester (Thermel).

Personen: Cho-Cho-San, genannt Butterfly (El. Hansen-Schultheß); Suzuki, Butterflys Dienerin (Elisabeth Merklein); Kate Pinkerton (Paula Engert); B. F. Pinkerton, Leutnant in der Marine der Vereinigten Staaten von Amerika (Hans Lißmann); Sharpleß, Konsul der Vereinigten Staaten in Nagasaki (Stefan Kovosi); Goro Nakado (Walter Eischner); Der Fürst Yamadori (Alfred Voigt); Onkel Bonze (Otto Salzmann); Yakusidé (Alois Rothkappel); Der Kaiserliche Kommissär (Emil Herbeling); Der Standesbeamte (Ludwig Wippel); Die Mutter Butterflys (Meta Herrmann); Die Base (Luise Pohle); Die Tante (Martha Walter). Zwei Diener (Heinrich Scholz, Bernhard Mehlhorn). Verwandte, Freunde und Freundinnen Butterflys; Diener.

Ort der Handlung: Nagasaki. — Zeit: Gegenwart.

Sonder-Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Studenten- und Schülerkarten ungültig.

Freitag, den 11. März, bei aufgehobenem Anrecht: 7. Meßspiel bei festlich beleuchtetem Hause: **Die Walküre.** Anfang 6½ Uhr.
Sonnabend, den 12. März: 49. Anrechts-Vorstellung (1. Folge, grün): **Der Barbier von Sevilla.** Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Richard-Wagner-Platz. (Nachdruck verboten.) Fernruf 1416.

Donnerstag, den 10. März 1921
6. Meßspiel bei festlich beleuchtetem Hause.

Meine Frau, die Hofschauspielerin.

Lustspiel in 3 Akten von Alfred Möller und Lothar Sachs.
In Szene gesetzt von Karl Huth.

Personen: Dr. Kurt Reichersberg, Schriftsteller (Fritz Reiff); Karla Reichersberg-Mallot, Hofschauspielerin, seine Frau (Käthe Wittenberg); Else, seine Schwester (Agnes del Sarto); Will Strupp, Karikaturenzeichner (Wilh. Engel); von Raschwitz, Rennstallbesitzer (Adolf Winds); Erich Wolters cand. phil. (Herbert Hübner); Emil Köpple, Rentier (Karl Huth); Walter Eggershall, Oberspielleiter (Alfred Schlageter); Theo Mansfeld, Schauspieler (Artur Niklas); Ernst Holbein, Schauspieler (Oskar Berger); Lotte Burg, Schauspielerin (Rita Ott); Erna Lind, Schauspielerin (Luise Glau); Felix Kronsberg, Opernsänger (Werner Hartmann); Kußmann, Inspizient (Julius Brede); Heinrich, Diener bei Dr. Reichersberg (Hans Beßler).

Ort der Handlung: Der 1. und 2. Akt spielt in der Wohnung von Dr. Reichersberg. Der 3. Akt im Künstlerzimmer des Neuen Komödienhauses.

Sonder-Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr.
Freitag, den 11. März: 7. Meßspiel bei festlich beleuchtetem Hause: Der Biberpelz. Anfang 7½ Uhr.
Sonnabend, den 12. März: **Menagerie.** Anfang 7½ Uhr.

Battenberg

Fernruf No. 1870.

Varieté.	Theater.
Anfang ½8 Uhr	Anfang ½8 Uhr
Gastspiel **Paul Beckers**	**Und willst du süsse Mädel küssen**
Der grosse Lachschlager **Der vertauschte Anton.**	Posse mit Gesang u. Tanz von Berthold u. Tamcke.
Im 2. Akt **Varieté-Spezialitäten.**	Morgen „Und willst du süsse Mädel küssen"

Vorverk. Tageskasse u. K. Hirsch, Katharinenstr. 6.

Krystall-Palast

Theater

Täglich abends ½8 Uhr:
Das neue, erstklassige
Varieté-Mess-Programm

Nachtfalter

Hainstrasse 18
Allabendlich **7½ Uhr**
Kabarett.

Ball-Haus **Goldner Helm** Leipzig-Eutr.
Jeden Freitag und Sonntag:
Die stimmungsvollen Ballfeste.
Neueste Schlager. — Erstklassiges Ballorchester.

Gasthof Stünz

Straßenbahn 3 und 8
Morgen Freitag ab 7 Uhr
Im festlich geschmückten Saal
Großer Meß-Ball
Damen-Engagement. Erstklassige Wiener Musik.
Tanz frei. — Eintritt 2.50. — Tanz frei.

Terrasse Ball. L.-Kleinzschocher
Inhaber H. Dümpel.
Tel. 40684. Straßenb. 1 u. 3.
Morgen Freitag ab ½7 Uhr
Neues Orchester. 9 Uhr Konter.
Tanz frei.

Schillerschlößchen

Leipzig-Gohlis, Menckestraße.
Morgen ab 6½ Uhr: **Gr. Ballbetrieb.** Verein Präludium.

Pantheon

Dresdner Str. 20 Fernspr. 15957
Freitag u. Sonntag **Gr. Ball-Feste**
Sonnabend Doppelkopfkl. „Vierzehner"-Ball.
Sonnabend, den 9. April, Saal noch frei!

Der Gebrauchs-Artikel für Alle

Baumwollwaren Weißwaren

Sie müssen sich unbedingt von der Güte unserer angebotenen Qualitäten überzeugen.

Dann erst sind Sie in der Lage, unser Angebot zu würdigen und ihre Vorteile daraus zu ziehen.

Kommen Sie zu uns!

Hemdentuch kräftige Ware, zirka 80 cm breit . . . . . . Meter 12.75	9.50
Köper-Barchent gebleicht 14.75 . . . . ungebleicht	12.75
Linon ganz besonders für Bettwäsche geeignet . . . . Meter	11.25
Roh-Nessel zirka 80 cm breit, dichte Qualität . . . . . . Meter 12.75	9.50
Bettzeug kariert, Kissenbreite . . . . Meter 18.75	15.75
Bettzeug kariert, Bettbreite . . . . Meter 29.75	25.75
Barchent Tennis und Blusenstreifen . . . Meter 10.75	8.75
Barchent weiß, grau, blau, braun . . . Meter 12.75	9.75
Musseline für Kleider u. Blusen, Tupfen- und Ringelmuster . . Meter 16.75	14.75
Voll-Voile zirka 115 cm breit, weiß, gute Qualität . . . . . . Meter	28.50
Bestickt Voile zirka 115 cm breit, schöne Muster . . Meter	29.50

Ury

Gebrüder.

Neues Operetten-Theater.

Dorfstraße. (Nachdruck verboten.) Fernruf 2484.

Donnerstag, den 10. März 1921
Der große Julius.

Parodistische Operette in 4 Akten von Armin Petersen und Peter Lug. Unter Benutzung einer Idee von Wilhelm Walloth. Musik von Artur Delmar. (Ohne Ouvertüre.)

In Szene gesetzt von Joseph Groß. Musikal. Leitung: Otto Findeisen.
Personen: Julius Caesar, Diktator (Rudi Glaller); Marcus Antonius (Kurt Wolfram); Brutus, Cassius, Casca, Trebonius, Verschworene gegen Caesar (Walter Grave, Ludwig Hanft, Herm. Engelmann, Josef Trautmann); Calpurnia, Gemahlin des Caesar (Emmy Navarra); Portia, Gemahlin des Brutus (Marg. Röhner); Lesbia, Gemahlin des Cassius (Therese Ißler); Emilia, Gemahlin des Casca (Ena Döhle); Julia, Gemahlin des Trebonius (Charl. Bolland); Historia, im Hause des Caesar (Charlotte Schaebrich); Cinna, ein Poet (Karl Eichler); Publius marcianus (Karl Diermann); Rufus, Diener des Brutus (Alfred Köhler); Augustus, ein Germanenführer (Edmund Marlo); Maestro Strichardus (Hans Sparing); Ein Souffleur (Adalbert Wallis); Ein Schauspieler (Georg Feldegger); Ein Wahrsager (August Rohwold). Vornehme Römer, Krieger, Tänzerinnen, Pagen, Diener.
Tänze angeordnet von Emmy Grosbaum.

Im 2. Akt: Tanz der Phönizierinnen und expressionistischer Tanz, ausgeführt von Charlotte Wunderlich und den Tänzerinnen.

Sonder-Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10½ Uhr.
Freitag, den 11. März: **Der ersten Liebe goldne Zeit.** Anfang 7½ Uhr.
Sonnabend, den 12. März: **Der letzte Walzer.** Anfang 7½ Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19. Direktion: Fritz Viehweg. Fernruf 1010

Donnerstag, den 10. März 1921
Jan der Wunderbare.

Ein derbes Lustspiel in 5 Akten von Friedrich Kayßler.
In Szene gesetzt von Fritz Viehweg.

Personen: Jan Beelt (Otto Werther); Antje Beelt, seine Frau (Gertrude Langfelder); Willem Daup, Dirk Nimmo, seine Freunde (G. Aug. Koch, Reinhold Balqué); Jakob Kale (Ad. Braunstein); Piet Potter, Schankwirt (Karl Walden); Berike Potter, seine Frau (Else Schmidt); Lidje Snelle (Stella David); Meske Appelboorn (Annemarie Niemann); Franz Gamme (Max Hofmann).

Spielt in einem niederdeutschen Nest.
Zeitcharakter und Typen in der Art der Teniers.
Die Fabel ist zum Teil Boccaccio entnommen.
Pause nach dem 3. Bild

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 9¾ Uhr.

Freitag, den 11. März: **Liselott von der Pfalz.** Anfang 7½ Uhr.
Sonnabend, den 12. März: **Mariechen von Nymwegen.** Anfang 7½ Uhr.
Sonntag, den 13. März, vorm. 11 Uhr **Vereinsvorstellung.** Nachm. 3½ Uhr: **Lumpacivagabundus** (Volksvorstellung, Einheitspreise). Abds. 7½ Uhr: **Liselott von der Pfalz.**

Bestellte Eintrittskarten müssen eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung abgeholt sein, andernfalls wird darüber verfügt.

Der achte Spielabschnitt läuft vom 6. März bis 31. März 1921. Bis zu diesem Tage muß die achte Marke der Jahreskarte an der Tageskasse eingelöst sein.

Kleines Theater.

Telephon 12300 Direktion: Fritz Viehweg. Elsterstraße 42

Donnerstag, den 10. März 1921, nachm. 5 Uhr
Reigen.

Zehn Dialoge von Artur Schnitzler.
In Szene gesetzt von Oberspielleiter Robert Wirk.
Einlaß 4½ Uhr. Anfang 5 Uhr. Ende nach 7 Uhr.

Abends 8½ Uhr
Gastspiel Karl William Büller.
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank in 4 Akten von Franz und Paul von Schönthan.
In Szene gesetzt von Alfred Wöpel.
Emanuel Striese, Theaterdirektor . . . Karl William Büller.
Einlaß 7¾ Uhr. Anfang 8½ Uhr. Ende 11 Uhr.

Sonntag, den 13. März 1921, vorm. 11½ Uhr
Tanzgastspiel Edith v. Schrenck.
Tänze und Tanzdichtungen.
Halbe Preise.
Einlaß 11 Uhr. Anfang 11½ Uhr. Ende nach 1 Uhr.

Freitag, den 11. März, nachm. 5 Uhr: Reigen. Abends 8½ Uhr: Gastspiel C. W. Büller: Der Raub der Sabinerinnen.
Sonnabend, den 12. März, nachm. 5 Uhr: Reigen. Abends 8½ Uhr Gastspiel C. W. Büller: Der Raub der Sabinerinnen.
Die Kasse ist geöffnet vormittags von 10—2 Uhr, an Sonn- und Festtagen von 11—2 Uhr.
Vorverkauf bei F. A. Coppius, Petersstraße 15, und August Polich.

Drei Linden

Täglich abends ½8 Uhr
Der größte Varieté-Erfolg der Saison
9 wirkliche Welt-Attraktionen.

Gastspiel **Francardi**
der erfolgreichste Verwandlungskünstler der Welt.
Ein Weltwunder an Vielseitigkeit.

Mornes Porträtmodelleur auf Zuruf.	**Forrester Neumeyer** das vorzügl. Gesang- und Tanz-Duett.

Nach vielen Jahren das erste Mal in Leipzig!
Kapitän Nansens dressierte Seelöwen
Der Gipfel der Dressur.

Käte Adelmann die bekannte Xylophon-Virtuosin.	**Ward** der Mann ohne Nerven.

Rudolf Mälzer
Deutschlands bester sächsischer Komiker.

4 Montijos-Uessems
die besten Universal-Artisten der Welt.

Zwei Palermos in ihrem feinkomischen Elastik-Akt.	**Opt. Berichterstattung** der Drei Linden.

Vorverkauf. Tageskasse (Tel. 43543), Th. Althoff, Petersstr., Konsum-Verein, Karl-Heine-Str.

Grüne Schänke L.-Anger

— Fernruf 60345. —
Morgen Freitag: **Meß-Ball.**

Westend-Hallen, Plagw.

Morgen Freitag, ab 6 Uhr
Großes **Elite-Ballfest.**
Streich- und Blasmusik. — Flotter Betrieb.

„Volksfürsorge"

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Rechnungsstelle Leipzig
Zeitzer Straße 32 — Volkshaus — Zimmer 14
Das **Bureau der Rechnungsstelle** ist von jetzt an geöffnet Dienstag und Freitag von vormittags 10 bis abends 7 Uhr, an den übrigen Tagen von vormittags 10 bis 1 Uhr.

Ia Blut- und Leberwurst, Pfd. 12 Mk.
Markthalle, Galerie 67, Beck.

Solange Vorrat reicht!
Ia Brat- und Backfett, Pfd. nur 9.50
Carl Strahmer, Molkerei, Johannisplatz 13
Firma Gust. Reichelt, Molkerei, Gemeindestraße 16.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210310/11
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

ASTORIA
Windmühlenstr. 31 Fernruf 18195/96
Morgen Erstaufführung
Die Verschwörung zu Genua
6 Akte. Der große Prachtfilm der Ufa. **6 Akte.**
Heute letzter Tag:
Die Bestie im Menschen.

UNIVERSUM
Rossplatz 6 (Café Bauer) Fernruf 18195/96
Morgen Erstaufführung
Friedrich Zelnik
im Abenteuer in 5 Akten
Monte Carlo.
Heute letzter Tag:
Hannerl und ihre Liebhaber.

COLOSSEUM
Rossplatz 12—13 Fernruf 18195/96
Morgen: Der Riesen-Nachtrage wegen
Die Benefizvorstellung der 4 Teufel
6 Akte aus dem Artisten- und Zirkusleben.
Heute letzter Tag:
HENNY PORTEN

Licht- und Naturheilverfahren
F. H. Geißler Blutreinigungskuren. Sorgf. Behandlung. Vorausgehende gründl. Untersuchung der inneren Leiden mit Nachprüfung aus den Krankheitszeichen in den Augen. Sprechz. 9-12 3-5. **Plattondorfer Str. 14.***

Frische Seefische
für Freitag u. Sonnabend
zu billigsten Preisen
Wir empfehlen:
vorzüglichen
Angelschellfisch
Kabeljau } im Anschnitt
Seelachs }
Goldbarsch, hochfein
Knurrhahn, Rotzungen, Schollen, Heilbutt, Steinbutt
Grüne Heringe
Tägl. frische Räucherware
D.D. „Nordsee"
Reichsstraße 25.

Eine Zigarette
für 3 Pfennige
fertigen Sie sich selbst beim Bezuge meiner unt. Nr. 700 797 gesetzl. gesch. Zigarettenmaschine **Pax.** Versand geg. Nachnahme von Mk. 7.80. Händler extra Rabatt.
M. Puse, Weißenfels a. S.
Herrenberg 2.

Inserate und nicht an die Redaktion sondern a. d. **Expedition** d. Leipz. Volkszeitg. zu richten.

Schweineschmalz, reines . . Pfund **11.20**
Ia Rindstalg 10.00 **Kokosfett 11.25**
Speck, ger. extra hoch, weiße Kernware, Pfund **12.00** u. **13.00**
Schinkenspeck, geräuchert extra hoch Pfund **13.00**
Salzspeck prima weiße Ware . . . Pfund **9.50**
Tafel-Margarine lose **9.30**, Würfel **9.75**
ungesalzen, Würfel **11.00**
Ia Leberwurst, geräuchert reine Ware
in ganzen Würsten Pfd. **7.50**, ausgewogen **8.00**
Vollreis I . . . . **2.75** **Graupen,** klein . . **2.75**
Nudeln, weiß . . . **6.50** **Haferflocken** . . . **3.20**
Kernseife 250 Gramm, Doppelstück **3.40**
Abendroths Fettzentrale, Volkm., Rabet 52.

8ung! Heute und folgende Tage **8ung!**

Prima junges fettes Rostfleisch . . . . . Pfund **8** Mk.
Gehacktes . . . . Pfund **8** Mk.
Ia Knoblauchwurst Pfund **8** Mk.
Blut- u. Leberwurst und Sülze . . . Pfund **6** Mk.
Wiener Würstchen . Paar **1** Mk.
Rossschlächterei Wilh. Finn, L.-Eutritzsch
Magdalenenstraße 25.

Jeden Freitag u. Sonnabend
Billige Wurst!*
hausschlachtene Ware!
Schmalz 11.70
Kakao 15.70
H. Müller Tändchenweg 6 u. Markthalle, Gal. 150

8ung! Meissner Str. 9
Ia Schmalz Pfund **11.50**
Ia Speck „ **13.00**
Vollreis „ **3.00**
Haferflocken „ **3.00**
BRUNO GEBAUER.

Versteigerung!
Sonnabend, 12. März, vorm. 11 Uhr, sollen in **Böhlitz-Ehrenb.**, K.-Albertstr. 16, p. r. **1 rote Plüschgarn., 1 gr. Spiegel, 2 Tische, Bettstelle u. and. Möbel elektr. Lampen, Kaninchenstall, Küchenger.** u. a. S. versteig. w.

Achtung, Hausfrauen!
Pa. fr. Rdfleisch. Pfd. 12 u. 13 ℳ
„ „ Hammelfleisch Pfd. 11 ℳ
Schweinefleisch . . Pfd. 15 ℳ
Div. Wurstwaren i. bek. Güte.
G. Schollmeyer, Flichmstr.
Ecke Johannisg. u. Johannispl. 15

Trauringe massiv Gold
Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6. *

Moderne und geschmackvolle
Drucksachen
für jeden Bedarf in ein- und mehrfarbig. Ausführung liefert schnell bei billigsten Preisen
Leipziger Buchdruckerei AG
Tauchaer Str. 19-21 .·. Fernsprecher 4596
Rotationsbetrieb bestens geeignet für pünktliche Lieferung von Massenauflagen

In unserm Verlage erschien:
Die Reichseinkommensteuer
Gemeinverständliche Darstellung des Reichseinkommensteuer-Gesetzes für Arbeiter, Angestellte und Beamte
unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitseinkommens mit Beispielen für die Steuerberechnung, Steuertabelle und Tarif
Von Rudolf Weck
Königsberg i. Pr.
Preis 1.50 Mk.
Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abt. Buchhandlung — Tauchaer Straße 19/21

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Große Metallwarenfabrik
sucht für ihre Besteckabteilung einen fachkundigen, mit modernen Arbeitsmethoden vertrauten
Betriebsleiter
zum baldigen Eintritt. Dauernde Stellung mit hohen Bezügen. — Ausführliche Angebote mit Lichtbild, Lebenslauf, Zeugnisabschriften unter Chiffre: **Betriebsleiter 4321** an die **„ALA" Vereinigte Anzeigen-Gesellschaft, m. b. H., Leipzig, Ritterstraße 1-3.**

Wir suchen für das **Bezirksparteisekretariat Leipzig** zum baldigen Antritt eine jüngere ständige
Hilfskraft
die mit den Bureauarbeiten (Maschinenschreiben, Stenographie) vertraut ist und gewissenhaft arbeitet. Parteigenossen oder Genossinnen, die sich hierum bewerben, wollen ihr Gesuch mit Angabe ihrer bisherigen Berufs- und Parteitätigkeit nebst Gehaltsanspruch dem Bezirkssekretariat Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, einsenden.
Bezirksleitung der U. S. P. Leipzig.

Große bekannte Stahlschreibfederfabrik
sucht
erstklassigen Fachmann
Ausführliche Offerten unter **L. L. 5728** an **Rudolf Mosse, Leipzig.**

Schleifer
für Schneidemaschinen u. Pappscheronmesser stellt unter äußerst günstigen Bedingungen sofort für dauernd ein
Maschinenfabrik Hugo Peege, Leipzig-Reudnitz* Josephinenstr. 9/11.

Statistinnen
sucht Zirkus Busch
Gastspiel ab 16. März 1921 in der Alberthalle
Vorzustellen: Freitag mittag 12—2 Uhr in der Alberthalle.

Ausschneiden!
Briefl. Ausbildungskurse f.
Maurer und Zimmerer
als Polier, Zeichner, Betonmeister. Lehrpläne kostenfrei
C. Drescher, Bauführer
Goldschmieden, Post Dt.-Lissa

Perf. Obst-Plätterinnen
sucht Dampfwäscherei Rüger Connewitz, Simildenstr. 20

Junge Mädchen
für Handarbeiten für sofort gesucht. E. Stabenau, Frankfurter Straße 6, II.

Jg. kräft. Mädchen, 14-16 J., w. z. Milch h. u. l. häusl. Arbeit, b. gt. Kost, f. d. gz. Tag sof. ges. Thonb., Stött. Str. 10/12, pt.

Verkäufe

Nur an Verbraucher!
Kakao
1 Pfund **15.—** Mk.
Milch-Blockschokolade 100 g 4.50
Blockschokolade . . . . 100 g 3.95
„Der kleine Laden"
Zschocher'sche Straße 62.

Zigaretten-Tabak
50-gr.-Karton **nur Mk. 7.50**
Gerberstr. 40 u. Elsterstr. 3, I.*
Wiederverkäuf. Engrospreise ab Fabriklag. Elsterstr. 17, pt.

Der Weg lohnt sich in das Schuhwaren-Geschäft Dresdner Str. 63. Herren-, Dam.- u. Kinderstief., Spang.- u. Halbschuhe, schwarz, braun, Konf.-Stief., gt. Qual. u. bill.*

Schuhwerk [*
gut und billig, verkauft L.-R., Frommannstr. 12, Lad.

Neue Leder-Gamaschen, bill. Ranftsche Gasse 6, Klink. [*

Neue und getragene
ANZÜGE
für Konfirmand., Burschen und Männer billig
WADEWITZ,
Windmühlenstr. 33, I. Etg.

Mod. Anzüge von 260 bis 650
Hosen gestreift 75—175 schwarz 125—175
Hochf. Covercoats billig
Burgstr. 13, II. l. *

2 mod. Anzüge u. Cutaways Nürnberger Str. 7, l. rechts.*

Zwei Jackett-Anzüge 250—375, 2 gestreifte Hosen Lt., Demmeringstr. 72, II. lks.*

!Von Herrschaften!
wenig getr. Herren- u. Damen-Garderobe, Kostüme, Kleider, Mäntel, Röcke, Blus., Schuhe, Bettwäsche, Federbett. z. bill. Preis. **Ranst. Steinweg 26, I. l.***

Milit.-Hosen
Blusen, Mäntel, Schuhe, Stiefel, billig.
Fritzsche, Reud., Frommannstr. 12, Lad. [*

Jackett-Anzug, dnkl., neu, grß. Fig., zu verkf. Großzschocher, Albert-Vollack-Str. 3, II. r.

Konfirm.-Anz. u. Schuhe spottbill. **Lind. Markt 11, I. r.**

Cutaway, elegant, zu verkf. Möckern, Sohrstr. 6, II. lks.

Einig. eleg. Cutaw. m. gstr. Hos. 2 schöne Jackett-Anz., Gehrock-Anzug, gestr. Hose, Überzieh., Paletot bill. Lange Str. 10, I.*

8ung!
Billige Gelegenheitskäufe!
Nur diese Woche!
300 Lederluch-Hosen
in schwarz u. grau, gute, kräft. Ware, **je 72.- Mark**
verkauft **Walter Fritzsche,** Nd., Frommannstr. 12, Lad.*

Telephon 10401.
Große Auswahl in nur herrschaftlich getragenen
Kleid. Blus. Mänt. Röck.
und dergl. **Frieda Claub,** Windmühlenstr. 45, I. Etage.*

Martha Lindam ∘ Paunsdorf,
Hauptstr. 74, an der Kirche.*
Blusen, Schürzen, Strümpfe bill. Hemden, Reformhos., Strickgarn

*| **Hemden für Händler!** Normalhemd., wollgem., Gelegenheitskauf! Spottbillig! **Strickwolle wieder billiger!** E. Winkler, Schletterstr. 22, pt.

Hemden f. Herren **25.—** f. Damen
Hemdentuch u. Nessel m **10.—**
Hemdenbarchent . . . m **11.—**
Bettbezug u. Kissen . **130.—**
Barchent-Bettuch . St. **35.—**
Küchenhandtuch . . St. **5.—**
Kohlgartenstr. 20, I. l.*

Wäsche
Herrenhemden
Damenhemden
Schürzen
gut und billig [*
Lind., Radinsstr. 18, I. r.

Einer sagts dem Andern Kleiderschr. 280, Küche, Tische, Vert., Ti., Kom. Schlafzi. gut u. bill. Plag., Schmiedestr. 7, p.

Einzelverkauf
zu Engros-Preisen

Damenstiefel mit u. ohne Lackbesatz		**90.00**
Damenstiefel R. Chevreau		**118.00**
Damenstiefel Boxcalf		**130.00**
Damenstiefel Boxcalf, Lackkappe		**140.00**
Damenstiefel braun		**220.00**
Damen-Halbschuhe	**90.00**	**75.00** **69.00**
Damen-Spangenschuhe		**98.00**
Damen-Halbschuhe braun, Chevreau		**145.00**
Herrenstiefel R. Chevreau		**115.00**
Herrenstiefel mit Lackkappe		**139.00**
Herrenstiefel Prima Rindbox		**150.00**
Herrenstiefel Pa. Rindb. m. Gummizug		**159.00**
Konfirmandenstiefel		**100.00**
Konfirmandenstiefel Prima Rindbox		**132.00**
Kinderstiefel	19/22 **28.50**	23/24 **29.50**
Kinderstiefel	25/26 **52.00**	27/30 **64.00**
		31/33 **80.00**
Kinderstiefel Rindbox		33/34 **97.50**
Kinderstiefel braun		27/35 **extra billig**
Lack-Schnür- u. Spangenschuhe		**168.00**
Lederhausschuhe		**44.50**
Herrenstiefel braun		**190.00**

Stein & Comp. Schuhwaren-Engros
Richard-Wagner-Straße 12, III.
Fahrstuhl. — Geöffnet 9—1 und 3—6

Auf Teilzahlung.
Mod. Schlafzi. u. Kücheneinr., auch einz. Möbel pt. preisw. Tischler, Li., Calvinstr. 20.*

Schlafzimmer*
Eiche gem. m. Spiegel, Marmor u. Matratzen
2500 ℳ 2900 ℳ
Moderne Küchen
in Em.-Lack, 7teilig,
865, 975, 1225 ℳ
Beck, Härtelstr. 21

Küche, mod., 7teil., 500 u. 775. Kleiderschrank m. Verglasung 450, Vertiko 400, Sofa und 2 Sessel, Friedensgarnit., 750, Bettstelle m. Matr. 200 u. 250, Stühle à 65 u. 50 u. and. Möbel l. bill. Eisenbahnstraße 6, pt.

Küche, wie neu, weiß, Sofa 250 ℳ, 4 gebr. Sofatische bill. z. verk. Zollikoferstraße 31, III.

Küche 7teilig, von 450 Mk. an zu verkaufen [* Lind., Odermannstr. 4. Laden.

Küchenschrank, gebraucht, zu vk. 6-7 U. abds. Kochst. 110, IV.

Plüschsofa, Bettst. m. Matr., 2 Tische, Fedb., Gard., Bettw. vk. Klzsch., Antonienst. 46 I. M.

Plüschsofa m. Eichenumbau u. versch. andere Möbel weg. Platzmang. bill. z. vk. Li., Odermannst. 4, Lad.*

Plüschsofa, rot, Küche 375 ℳ, vk. Reudn., Kapellenstr. 9a, pt.

Chaiselongue, schön, preisw. z. vk. Lind., Kanzlerstr. 1, II l.*

Sofa, gebraucht, billig z. verk. Brandvorwerkstraße 14, III. r.

Chais., Schrank, Vert., Bettst. m. M. 160. Vo., Ewaldst. 17, p.

Bettst., einf., m. guterh. Matr. verk. Eutr., Schiebelstr. 9, III. l.

Reformbettstelle verk. billig Stött., Ferd.-Jost-Str. 24, p.

Geigen verkauft Fritzsche,* Frommannst. 12. Ld.

Alle Musik-Zuginstrumente

Reparatur und deren Teile. Spezial-Geschäft **Uhlemann,** Brüderstraße 5.

Nähmasch., gutnäh., vk. preiw. Meth. Frankfurter Str. 22.*

Nähmaschine, gebraucht., Tisch und Sofa, alles guterhalten, preiswert z. verkaufen Lind., Spittastraße 22, Hofgebäude.

2 Räder m. Frlf., billig, Trödl. Eisenbahnstr. 13, Hths., l. r.

Fahrrad mit Freilauf billig z. vk. Reudnitzer Str. 19, pt.

Halbrenner
für **975** Mark zu verkaufen Volkm., Lukasstr. 5, Hempel.

Kinderwagen zu verkaufen Wahren, Königstr. 68, I. lks.

Fahrrad-Gummi
nur beste Marken, allerbill.*
Fahrrad-Reparaturen
fachmännisch, schnell, billigst
Beyer Ranstädter Steinweg 33

Kinderwagen, guterh. pk. bill. Stött., Lange Reihe 48 Hth. pt.

Kinderwagen, hell guterhlt., vk. Lindenau, Markt 17 III. l.

Kinderwagen, guterhalt., vk. Reudnitz, Lyssusstr. 33, I. lks.

Korbkinderwagen, gute, blt., vk. Reudn., Kapellenstr. 8, p. r.

Korbkinderwagen, hell 250 ℳ, verkauft Konraditraße 6, p. r.

Korbwagen elegant, billig zu verkaufen Eutr., Schönefelder Str. 1, I. l.

Prom.- u. Klappwagen mit Verdeck und Sportwagen bill. Lindenau, Markt 11, I. r.

Kndr.-Prom.-Klappw., eleg., zu verk. Lind., Queckstr. 23, I. r.

Schauf.-Spiegel, 110×120 cm groß, mit weiß. Rahmen, guter Quecksilberbelag, f. 600 ℳ z. vk.* Hardenbergst. 66, p. r., Naegler

Lederranz., Gesangbuch, eleg. Puppenwag. z. vk. Schleußig, Brockhausstraße 11, III, lks.

Leipz. Volkszeit. 1914/20
komplett verk Seidel, Connewitz, Biedermannstr. 16, III.

Waschwannen
Reisekörbe
Stubenwagen
Werner, Moltkestraße 44.

Waschgefäße, neu u. alt, **Malerleit., Waschbretter Wäscheleinen, Holzeimer alles bill. Körnerstr. 2.**

Zaunlatten
Riegel u. Säul. l. Holz lief.
G. Georg Poppe.*
Leipzig-Sellerhausen,
Wurzner Str. 136, Tel. 60758.

Ausverkauf v. st. Obstbäumen
letzter Rest, *
bei Pönisch, Lützner Str. 208.

Affenpinscher, kl., niedl., z. vk. Dölitz, Crostewitzstraße 7, p. r.

Kaufgesuche

Fr. Glaser Ranstädter Steinweg 46, Lad. Telephon 1312
kst. H.- u. D.-Garderobe
Möbel
Wäsche, Bett., Tepp., Gardin., Leihhausch., Gold- u. Silberwaren, sow. ganze Nachlässe*

Achtung!
Alte u. neue Herr.- u. Damensachen, Wäsche, Möbel, Schuhe Betten, Gold- u. Silberwaren Teppiche, Gardinen, Pelze, Zahngeb., sowie gz. Wirtsch. kauft jederzeit *
Frau Witteles Lortzingst. 12, p Tel. 13150

Kaufe Herren-Garderobe Militär-Sachen [* Bett- u. Leibw. Leihhausch. Klink. Ranftsche Gasse 6, pt. Straßenbahn b. Battenberg

Alte Fahrräder, Motorräder, auch defekte, kauft Scheffler, Färberstraße 8. [*

Gehrockanzüge u. and. Herren-Garderobe, Fahrräder kauft Hahn, Lange Str. 10, I. und Demmeringstraße 72, II. l. I*

Gold-
Silber-, Platin-Waren, alte künstl. Zähne u. Zahngebisse kauft **S. Pischurka,** Nürnberger Str. 44, n. II. E.*

Kupfer, Blei Messing, Zink
k. Göhe-Paul, Turnerstr. 13, S I

Rohe Felle u. Wildware
Füchse, Iltisse, Marder
usw. kauft **Jamschon,** Sternwartenstr. 37, Laden [* T. 11018, Nähe Baur Bahnh.

Nähmaschine, a. def., a. Priv. z. kaf. Off. Thbg., Mühlst. 2, I. l. [*

Fahrräder, a. defekt, k. stets Kohlgartenstr. 44, II. T. 60748*

Fahrradgestell z. kauf. gesucht Großzschocher Elsterstr. 10, l. r.

Vermischte Anzeigen

Die Beleidig., d. ich geg. Hrn. Gute ausgesprch., nehm. ich m. Bed. zurück. **Luise Gleitmann**

Schreibmasch.-Arbeiten
Vervielfältigungen. Zeugn.-Abschrift. **Fr. Reiss,** Kronprinzstr. 76, III. r. T. 4408. [*

Möbeltransporte
Hans Eitner
Gegr. 1866. *
Leipzig, Roscherstr. 1113.
Stadt- und Fern-Transporte.
Nur gute Ausführung. Aufbewahrung.
Fernruf 13500 u. 20310.

Wohnungen

Schlafstelle f. anst. Mädchen zu verm. Körnerstr. 43, IV. r.

Ehrl. Mädchen sucht Schlafstelle f. sofort, Zentrum, Off. V. 35 Fil. d. Bl., Zeitzer Str. 32

Fräul. m. 7 l. Mädch. sucht für sofort einf. Schlafstelle Lind., Plagw. od. Klzsch, Off. M. 26 Fil. Kleinzsch., Dieskaustr. 5.

Gesucht w. 2 St., Ka. u. Kü. l. b. III. Etg. i. Ost. g. St., Ka. u. Kü. s. tausch. Berechtsch. vorh. Off. u. P. W. Fil. Elisabethstr. 19

Tausche
3-Zimmer-Wohn. i. Neustadt mit einer ebensolch. in Lind. od. Plagwitz. Zu erfr. Plagwitz, Ziegelstraße 15, Wende.

Suche l. Lad., Werkst. o. Part.-St. f. Co., Gautzsch o. Zöbigker z. E. e. Schuhm. Aug. Günther, Co., Biedermannstr. 27, l. Lad.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19210310/12 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG